

2020



Sicherheitsbericht



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



**Nicht hängen lassen
auf Niedersächsisch.**

Bitte immer dran denken:

Kontakte reduzieren.

Abstand halten.

Hände waschen.

Maske tragen.



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Wunsch, in Sicherheit zu leben, ist eines der elementaren Bedürfnisse des Menschen. Es wundert daher nicht, dass die Gewährleistung dieser Sicherheit gerade in bewegten Zeiten ein Thema ist, das die Bevölkerung umtreibt. Eine bewegte Zeit, eine Zeit, die für viel Verunsicherung gesorgt hat – wir haben sie im zurückliegenden Jahr erlebt, und wir erleben sie auch jetzt noch.

Die Corona-Pandemie stellte und stellt Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen. Sie ist sogar die größte Herausforderung für die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg. Welche Wirkung die Verordnungen zur Eindämmung der Pandemie auf den Alltag der Menschen hatten und haben, zeigte sich nicht zuletzt in dieser Ausnahmesituation. Nach anfänglicher Solidarität in Teilen der Bevölkerung entstand ein gesellschaftliches Reizklima, das auch wir als Polizei zu spüren bekommen haben: Mit steigender Frustration angesichts der Maßnahmen zur Abwehr der Pandemie sank die Hemmschwelle, gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte vorzugehen – sei es verbal oder aber körperlich. Steigende Zahlen in diesem Bereich belegen diesen Trend. Aggressionen haben sich auch im sozialen Nahraum, vornehmlich in Form von Gewalt gegen Frauen, niedergeschlagen – ein besorgniserregender Trend, dem wir mit allen polizeilichen Mitteln entgegenwirken werden.

Gleichzeitig mussten wir als Organisation umdenken, Arbeitsabläufe umstrukturieren und kreative Lösungen finden, um das Infektionsrisiko für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren und handlungsfähig zu bleiben. Das ist uns gut gelungen. Auf der anderen Seite förderte die Corona-



Pandemie neue Erscheinungsformen von Kriminalität zu Tage: Subventionsbetrug bei Corona-Hilfen, neue Maschen im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder Hacker-Angriffe auf Unternehmen, deren Mitarbeitende ins Home-Office geschickt wurden, sind nur einige Beispiele dafür, mit welchen neuen Phänomenen sich die Polizei im vergangenen Jahr auseinandergesetzt hat. Wir haben darauf sowohl repressiv als auch präventiv reagiert und sind Kooperationen eingegangen, die uns die Verfolgung dieser Straftaten – insbesondere im Bereich Cybercrime – in Zukunft erleichtern sollen.

Dieser Sicherheitsbericht für ein ganz besonderes Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik, aber auch der Polizeidirektion Göttingen, soll Ihnen einen Einblick in die ebenso besondere Arbeit gewähren, die wir 2020 geleistet haben. Zudem soll es auch in dieser nun vierten Auflage des Sicherheitsberichts um die Themenfelder Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung, Verkehr,

Prävention, Ausstattung und Technik der Polizei gehen. Wir verstehen den Sicherheitsbericht darüber hinaus als Instrument zur Förderung des steten Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Medien und Polizei. Aus diesem Grund thematisieren wir auch in diesem Jahr wieder die polizeiliche Arbeit in Ihrer Region und stellen Kolleginnen und Kollegen vor, die die Schnittstelle dieser Zusammenarbeit bilden.

Abschließend bleibt uns nur, Ihnen eine interessante Lektüre und spannende Einblicke in unsere Arbeit zu wünschen, deren Ziel es immer war und immer sein wird, dass die Menschen zwischen Hann. Münden und Hoya, zwischen Bad Pyrmont und Walkenried sicher leben können – auch in bewegten Zeiten.

Gwendolin von der Osten
Präsidentin der Polizeidirektion
Göttingen

Inhaltsverzeichnis

Organisation – Präsent vor Ort	In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen	8
	Personal in Zahlen	9
	Nachwuchs für den Polizeiberuf	10
	Der Behördenstab	11
	Die Abteilung 1: Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung	12
	Die Abteilung 2: Recht, Wirtschaft und Liegenschaften	13
	Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden	14
Einsatzmanagement – Wir sind da und helfen	Modernes Notruf- und Einsatzmanagement	16
	Die Pandemie in der Direktion	17
	Erfahrungsbericht: Arbeiten in der Pandemie	19
	Ausstattung in der Pandemie	20
	Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung	21
	Hunde im Dienst der Polizei	22
	Erfahrungsbericht: Mit der Bodycam im Einsatz	24
Kriminalitätsbekämpfung – Wir ermitteln und klären auf	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion	26
	Cybercrime	30
	Online-Wache	32
	SÄM: Neue Betrugsmaschen	33
	Visualisierung: „Falscher Polizist“	34
	Unsere Einsätze	35
	Hasskriminalität	36
	Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen	37
	Subventionsbetrug in der Pandemie	38
	Audiovisuelle Vernehmungen	39
Verkehrssicherheitsarbeit – Sicher auf der Straße unterwegs	Verkehrslagebild in der Polizeidirektion Göttingen	42
	Hauptunfallursachen und Prävention	43
	Verkehrssicherheitsarbeit	44
	Sicherheit im Straßenverkehr	46
Im Portrait: Die Polizeiinspektion Hildesheim	Die Polizeiinspektion Hildesheim im Überblick	50
	Kommissariate in der Fläche	51
	Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim	52
	Interview: Auf Umwegen zum Traumberuf	53
	Die Pandemie in der Polizeiinspektion Hildesheim	54
	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim	55
	Cybercrime	57
	Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Hildesheim	58-61
	Erfahrungsbericht: Arbeiten im Home-Office	62
	Polizeiarbeit mit Social Media	63
	Unsere Methoden	64-65
	Prävention	66-67
	Partner für mehr Sicherheit	68
	Mediensicherheit von Kindern	70
	Prävention in der Corona-Pandemie	72
Technik & Ausstattung	Schutzausstattung und moderne Technik	74
	Schlusswort der Polizeipräsidentin	77
	Impressionen	78
	Impressum	79

Vorwort des Inspektionsleiters



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem aktuellen Sicherheitsbericht möchte ich Ihnen wieder einen Einblick in verschiedene polizeiliche Themen geben, die die Sicherheitslage in Stadt und Landkreis Hildesheim im zurückliegenden Jahr 2020 beeinflusst haben. Dabei ist deutlich zu erwähnen, dass die Corona-Pandemie auch die Arbeit der Polizei erheblich beeinflusst hat. Sie hatte unter anderem auch Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung: Es ergaben sich neue Schwerpunkte, dafür rückten andere gewohnte Handlungsfelder etwas in den Hintergrund.

Während ich noch im letzten Sicherheitsbericht einen Anstieg der Verkehrsunfallzahlen einschließlich der Verletzten und Getöteten ansprechen musste, konnte in diesem Bereich nun ein erheblicher Rückgang erzielt werden. Die positive Entwicklung ist auch allgemein in der Kriminalität ersichtlich, wozu auch ein Rückgang der Wohnungseinbruchdiebstähle gehört. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Bürgerinnen und Bürger vermehrt

zu Hause anzutreffen waren und das Verkehrsaufkommen minimiert wurde. Zeitgleich konnte auch die hohe Aufklärungsquote der Vorjahre gehalten werden.

Im Vergleich zu den vergangenen Jahren wurden leider vermehrt ältere Menschen Opfer von Betrugsdelikten. Die Täter gaben sich unter anderem als falsche Polizeibeamte, Bankmitarbeiter oder nahe Angehörige aus und erbeuteten häufig hohe Geldbeträge. Durch Präventionsmaßnahmen, zahlreiche Pressemeldungen und gesundes Misstrauen gegenüber derartigen Anzeigen konnten aber auch zahlreiche Taten verhindert werden, sodass es zu keiner Geldübergabe kam.

Im Zusammenhang mit Corona-Förderprogrammen gab es einen beachtlichen Anstieg an Subventionsbetrugsdelikten. Mit den hohen Fallzahlen im Deliktsfeld Betrug wird sich die Polizei sicher auch noch in den kommenden Jahren beschäftigen müssen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir mit unseren Anstrengungen in der Prävention und Ermittlungsarbeit nicht nachlassen

werden. Auf Grund des Covid-19-Virus wurden zum Schutz der Polizeibeschäftigten, wie andernorts auch, in unseren Dienststellen die Arbeitsumstände teilweise erheblich verändert. Gleichzeitig führten die Kolleginnen und Kollegen zahlreiche Kontrollen durch, um die Einhaltung der Corona-Regelungen in der Öffentlichkeit zu überwachen. Die Zusammenarbeit mit Sicherheitspartnern ist hierbei deutlich hervorzuheben und wird auch im Sicherheitsbericht genauer dargestellt. Außerdem erhalten Sie einen Einblick in unsere Datenverarbeitungs-Gruppe sowie in die Arbeit der Autobahnpolizei. Eine Untersuchungsmethode von Spuren lernen Sie ebenfalls kennen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und verabschiede mich gleichzeitig bei Ihnen, da ich das letzte Mal den Sicherheitsbericht präsentieren darf. Bleiben Sie gesund.

Uwe Ippensen

Jetzt wäscht zusammen,
was zusammen gehört.



Perfect Match

auf Niedersächsisch.



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA



Organisation

Präsent vor Ort

In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen

Die Polizeidirektion Göttingen ist an 91 Standorten vertreten

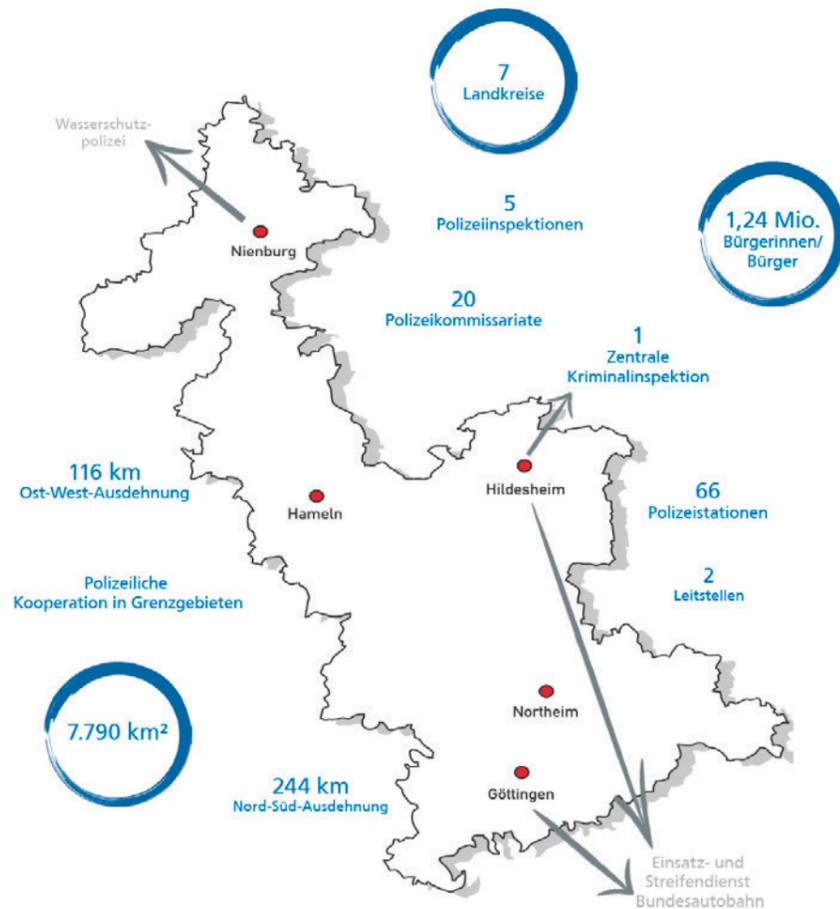
Der Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen erstreckt sich über eine Fläche von 7.790 Quadratkilometern von Hann. Münden im Süden bis nach Hoya im Norden sowie von Walkenried im Osten bis nach Uchte im Westen. Fünf Polizeiinspektionen sowie die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) sind der Behörde nachgeordnet.

In der Fläche ist die Direktion an 91 Standorten vertreten, in 27 Dienststellen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Für die Sicherheit auf den Autobahnen, die durch das Gebiet der Polizeidirektion Göttingen verlaufen – also die A7 sowie die A38 – sorgen die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei.

Auf Weser und Aller

Auf dem Wasser ist die Polizeidirektion Göttingen ebenfalls vertreten: In Nienburg befindet sich eine der wenigen Wasserschutzpolizeistationen in Niedersachsen. Sie ist auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See für etwa 380 Kilometer Wasserstrecke zuständig.

Zum Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen gehören sieben Landkreise sowie die selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim und das einer kreisfreien Stadt gleichgesetzte Göttingen. Die Ost-West-Ausdehnung umfasst 116 Kilometer, die Nord-Süd-

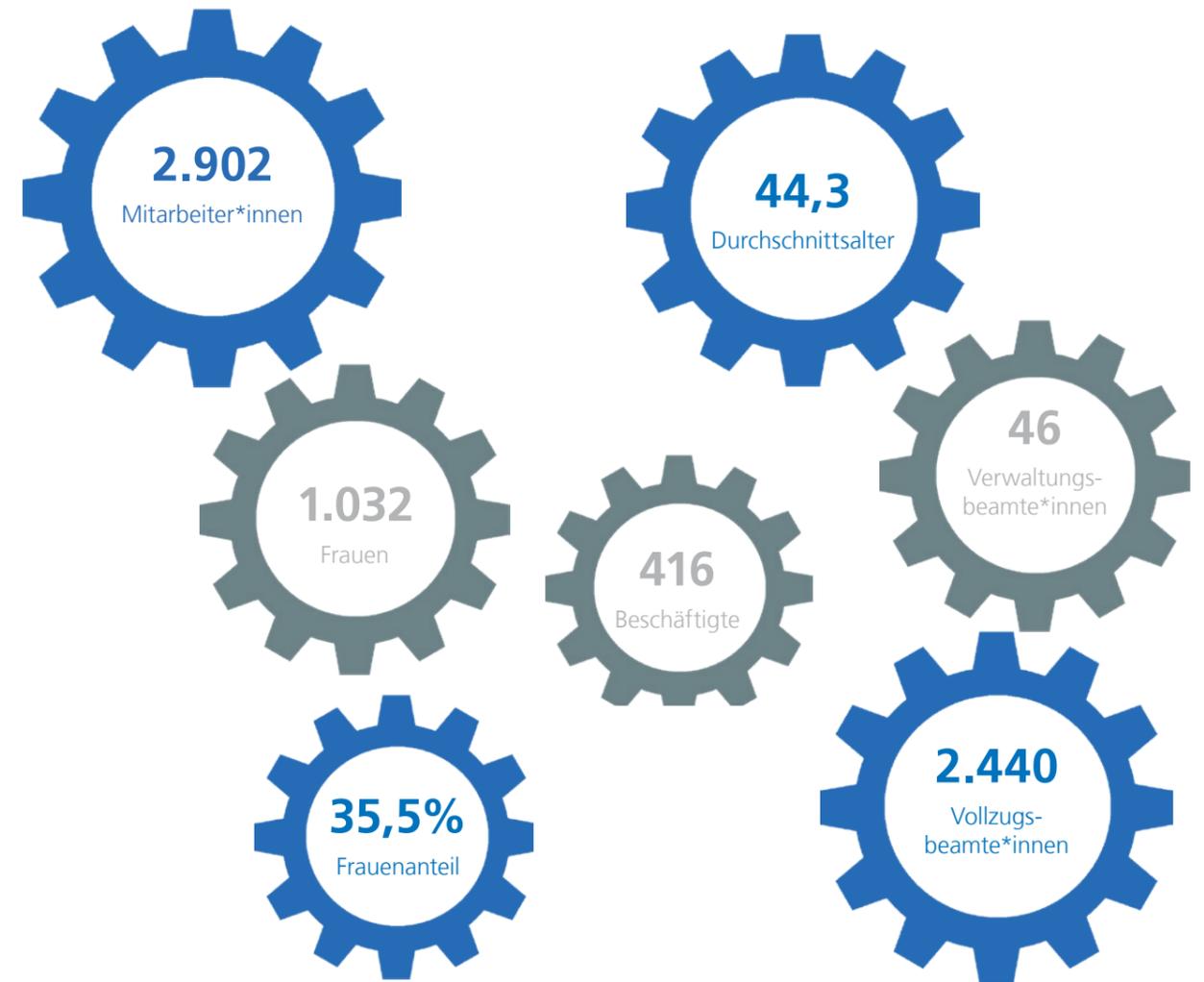


Ausdehnung 244 Kilometer. 1,24 Millionen Menschen leben in diesem Bereich. Aufgrund der Vielzahl an Standorten gilt für jeden Ort im Zuständigkeitsbereich: Die nächste Polizeidienststelle ist nicht mehr als 20 Kilometer entfernt. Im ungünstigsten Fall wird ein Einsatzort innerhalb von maximal 20 Minuten erreicht. Die Aufklärung von Straftaten und die Verfolgung von Ordnungswid-

rigkeiten sowie die Abwehr von Gefahren jeder Art bilden die Schwerpunkte polizeilicher Arbeit. Darüber hinaus sind die Verkehrssicherheitsarbeit inklusive der Bearbeitung von Unfällen, die Suche nach vermissten und hilflosen Personen sowie Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass Teil der Arbeit der Beamtinnen und Beamten.

2.501 ausgelöste Alarmer	1.617 Such- und Fahndungsmaßnahmen bei Vermissten und Verschwundenen	748 Haftbefehle
3.528 Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen	2.428 Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich	6.212 Ordnungswidrigkeiten
7.811 Streits und Ruhestörungen	69.354 bearbeitete Strafanzeigen	2.281 Todesursachenermittlungen
1.371 erkennungsdienstliche Behandlungen	3.804 Fundsachen	28.610 bearbeitete Verkehrsunfälle
	711 Brandermittlungen	49.643 Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschwindigkeiten

Aufgaben in Zahlen 2020



Personal in Zahlen

Mit Vielfalt und Expertise gesellschaftliche Herausforderungen meistern

Veränderungen in der Gesellschaft haben über kurz oder lang auch Auswirkungen auf die Arbeit von Sicherheitsbehörden. Schon lange verlässt sich die Polizei deswegen nicht nur auf die eigene Expertise.

Globalisierung, Digitalisierung, aber auch Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft stellen die Polizei immer wieder vor Herausforderungen, auf die es angemessen zu reagieren gilt.

Um den richtigen Weg dafür zu finden, setzt die Polizeidirektion Göttingen schon seit vielen Jahren nicht nur auf die Expertise von Spezialistinnen und Spezialisten aus den eigenen Reihen, sondern auch auf das Fachwissen und die Praxiserfahrung von Fachkräften mit externem Ausbildungshintergrund.

Fachleute aus vielen Bereichen

Dazu gehören unter anderem Fachleute aus den Bereichen Interkulturelle Kompetenz, Rechtswissenschaften und Informatik, die in Bereichen, wie

der Bekämpfung von Cyberkriminalität, dem polizeilichen Staatsschutz, dem Prozessmanagement, dem Controlling und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind.

Insgesamt sind in der Polizeidirektion Göttingen 2902 Menschen tätig. Davon sind 2440 Vollzugsbeamtinnen und -beamte, 46 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und 416 Beschäftigte.

Das Durchschnittsalter aller weiblichen Mitarbeitenden liegt aktuell bei 41,12 Jahren, das Durchschnittsalter der männlichen Mitarbeitenden bei 46,14 Jahren.

Nachwuchs für den Polizeiberuf

Viele Wege führen an die Akademie

Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei nicht Halt: Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, kommt der Nachwuchsgewinnung eine große Bedeutung zu.

In der Polizeidirektion Göttingen kümmert sich das „Team regionale Einstellung“ um die Nachwuchsgewinnung. Zentrale Aufgabe ist es, junge Menschen für den Staatsdienst zu begeistern und für den Polizeiberuf zu gewinnen. Dabei haben die Kolleginnen und Kollegen die Argumente auf ihrer Seite: Kaum ein Beruf verfügt über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, die die Polizei bietet. Eine weitere Aufgabe der Mitarbeitenden im „Team regionale Einstellung“ ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Auch auf Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen vertreten. Im Jahr 2020 fielen diese Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie jedoch gänzlich aus.

Viele Wege zur Polizei

Der Weg zur Polizei muss nicht zwangsläufig über den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife führen. Auch Interessierte mit Sekundarabschluss II können nach Abschluss der Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen auf-



nehmen. Im Jahr 2020 haben sich 123 Fachoberschülerinnen und -schüler um ein Praktikum bei der Polizeidirektion Göttingen beworben, mit 13 von ihnen wurden entsprechende Verträge geschlossen. An der Polizeiakademie Niedersachsen starteten für die Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 109 angehende Beamtinnen und Beamte, beworben hatten sich 676 Interessierte.

Bewerbungen und Auswahlverfahren 2020

676 Bewerbungen in der Polizeidirektion Göttingen (4932 landesweit)

109 Einstellungen in der Polizeidirektion Göttingen (623 landesweit)

123 Bewerbungen um Praktika in der PD im Rahmen der Fachoberschule FOS (1307 landesweit)

13 Abschlüsse von Verträgen für FOS-Praktika in der PD (109 landesweit)

Vielfältige Informationen zum Polizeiberuf und zu den Zugangsvoraussetzungen für die Polizeiakademie sind auch online unter www.polizei-studium.de zu finden.

Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Studium erhalten Interessierte bei:

Carmen Kauschke & Nicole Ostermann
0551/491-1314
nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.



Der Behördenstab

Bindeglied, Fachaufsicht, Partner

Koordination, Unterstützung auf fachlicher Ebene und die Entwicklung hin zu einer zukunfts- und leistungsfähigen Organisation – das sind die Aufgaben des Behördenstabs der Polizeidirektion Göttingen, an dessen Spitze Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten steht.

Im Behördenstab sind fast 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Abteilungen tätig, die sich auf sechs Dezernate verteilen. Daneben gehören das Diensthundführerwesen sowie die beiden Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen sowie „Süntel“ in Hameln zum Stab der Polizeidirektion Göttingen. Zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Themenfeldern, die alle nachgeordneten Dienststellen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind.

Der Stab ist darüber hinaus Bindeglied zwischen den Polizeiinspektionen und

Die Polizeipräsidentin

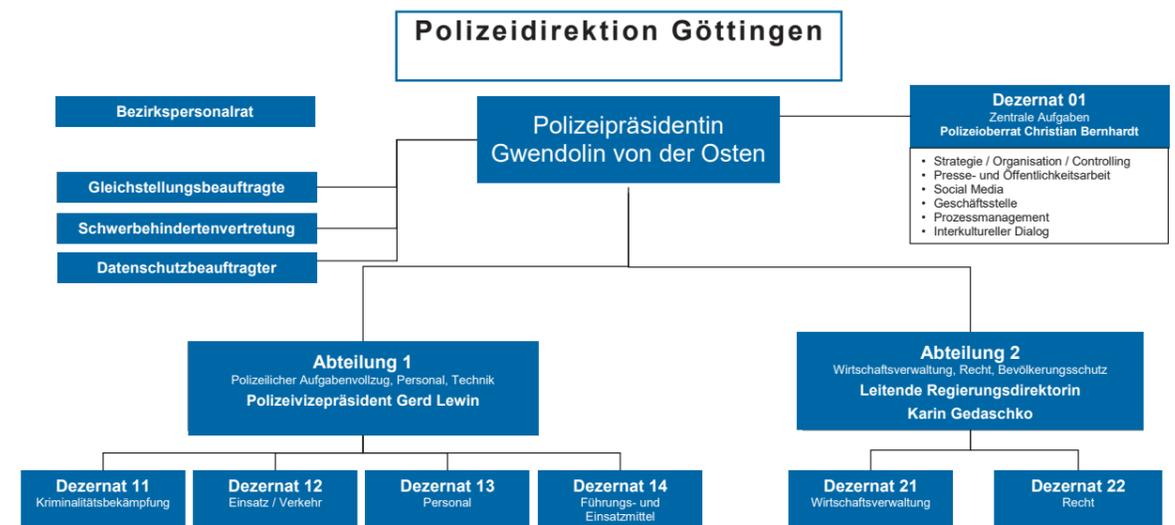
Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war sie Leiterin des Referats für Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Innenministerium. Sie ist Jahrgang 1971 und seit 2003 bei der Polizei. Gwendolin von der Osten ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Hannover.



dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und berät Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In einigen Bereichen hat er sogar die Fachaufsicht, etwa im Bereich des Waffenrecht.

An der Spitze der Polizeidirektion Göttingen steht Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten. Sie folgte im Februar 2021 auf Uwe Lührig. Ihr sind die Abteilungen 1 und 2 unterstellt.

Darüber hinaus sind die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte direkt bei ihr angesiedelt. Im engen Austausch steht sie auch mit dem Bezirkspersonalrat. Der Polizeipräsidentin ist zudem das Dezernat 01 angegliedert, in dem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, der Interkulturelle Dialog sowie die Geschäftsstelle verortet sind.





Der Vizepräsident

Gerd Lewin, Jahrgang 1960, ist seit 2019 Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war er in verschiedenen leitenden Funktionen, unter anderem in der Polizeidirektion Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium tätig. Er gehört der Polizei seit 1980 an. Gerd Lewin ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Hann. Münden.

Die Abteilung 1

Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung

Die Abteilung 1 der Polizeidirektion Göttingen ist für den polizeilichen Aufgabenvollzug, Personal und Technik verantwortlich. Sie wird vom Polizeivizepräsidenten Gerd Lewin geleitet, der ständiger Vertreter der Polizeipräsidentin ist. In der Abteilung 1 ist ein Großteil der Mitarbeitenden des Behördenstabs in vier Dezernate verteilt.

Das Dezernat 12 – Einsatz und Verkehr – hat eine besondere Stellung: Neben der originären Stabsarbeit werden hier auch operative Aufgaben wahrgenom-

men. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind etwa bei Großereignissen, wie Terror, Geiselnahmen oder Katastrophen aller Art, gefordert. Weiter sind die Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen und „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln sowie das Diensthundführerwesen hier angesiedelt.

Das Dezernat 11 ist für die gesamte Kriminalitätsbekämpfung in den Polizeiinspektionen zuständig, bewegt alle Themenfelder der Kriminalitätsbe-

kämpfung und übt die zentrale Dienst- und Fachaufsicht des Zentralen Kriminaldienstes aus.

Im Dezernat 13 – Personal – geht es neben den klassischen Personalangelegenheiten auch um die Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befindet sich hier auch die Beschwerdestelle der Polizeidirektion Göttingen. Moderne Einsatzmittel und aktuelle Technik sowie die Ausstattung der Mitarbeitenden – damit befasst sich das Dezernat 14.



Die Abteilung 2

Recht, Wirtschaft und Liegenschaften

Rechtsangelegenheiten und Wirtschaftsverwaltung – das sind die zentralen Aufgaben der Abteilung 2, die von der Leitenden Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geführt wird. Bis Ende 2020 war auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz hier angesiedelt, das seit 2021 einem neuen, zentralen Landesamt angehört.

Das Dezernat 22 ist für die rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen zuständig. Zu den wesentlichen Aufgaben zählt das Führen und Betreuen von Rechtstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten sowie die Beratung der Dezernate in grundsätzlichen Rechtsfragen des Aufgabenvollzugs. Darüber hinaus prüft und reguliert es Schadensersatzansprüche, die insbesondere aus Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Dienstkraftfahrzeugen hervorgehen, sowie Schadensersatzansprüche, die durch Dritte verursacht werden. Im Jahr 2020 haben sich die



Die Abteilungsleiterin 2

Karin Gedaschko, Jahrgang 1961, ist seit 2019 Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen. Sie ist seit 1998 im Bereich der Polizei tätig, zuletzt als Leiterin des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Hannover. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder aus erster Ehe und lebt in Göttingen, Buchholz und Wien.

Mitarbeitenden des Dezernats 22 vor allem mit Rechtsfragen rund um die Pandemie befasst.

Liegenschaften & Budget

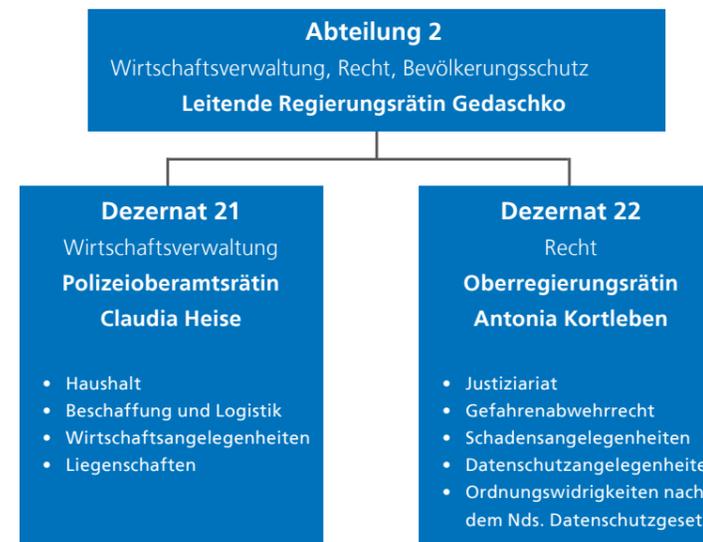
Das strategische Liegenschaftsmanagement für alle von der Polizeidirektion Göttingen genutzten Gebäude sowie die Hausverwaltung der Gebäude in

der Groner Landstraße und der Robert-Bosch-Breite in Göttingen obliegt dem Team Liegenschaften des Dezernats 21. Die Wirtschaftsverwaltung verantwortet ein Budget von 11,9 Millionen Euro, das für die Bewirtschaftung der Liegenschaften, die Unterhaltung des Fuhrparks, die Ausstattung der Operativkräfte und vieles mehr eingesetzt wird.

Amtshilfe in der Corona-Pandemie

Bis Ende des Jahres 2020 gehörte auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) zur Polizeidirektion Göttingen (Dezernat 23). Eine zentrale Aufgabe war die Koordinierung des behördenübergreifenden Katastrophenschutzes. Seit März 2020 unterstützte das AfBK die Landkreise und Städte bei der Bewältigung der Pandemie.

Insbesondere während der ersten Welle half es bei der Beschaffung und Auslieferung von Masken, Einmalhandschuhen, Schutzkitteln, Desinfektionsmitteln, aber auch von medizinischen Geräten. Im Zuge einer Neuorganisation wurden die sechs Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aus den Polizeidirektionen herausgelöst und zum 1. Januar 2021 in ein neues Landesamt überführt.



Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden Vertretungen in der Polizeidirektion



Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für das Zusammenleben von Menschen haben sich erheblich verändert und sind heute durch eine bunte Vielfalt gekennzeichnet – darauf reagiert die Polizei.

Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Klassische Rollenbilder gelten als überholt, neue Lebensweisen sind schon lange fester Bestandteil einer toleranten Gesellschaft. Die Polizei hat auf diese neuen Lebensumstände frühzeitig reagiert.

Eine starke Stimme für alle Mitarbeitenden – das sind die Personalräte in den Polizeiinspektionen sowie der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen, die bei personellen, sozialen und sonstigen innerbetrieblichen und organisatorischen Maßnahmen ein Mitspracherecht haben. 2020 war ihre Arbeit maßgeblich von der Corona-Krise geprägt. Mit dem ersten Lockdown im Frühjahr mussten Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, um eine einsatzfähige Polizei auch bei Infizierungen und Quarantäne zu gewährleisten. Der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen hat im Jahr 2020 zudem einen Generationenwechsel vollzogen, wie er in vielen Bereichen der Polizei momentan stattfindet. Er hat einen neuen Vorsitzenden und eine neue Tarifvertretung.

Gleichstellung

Gleichberechtigung und Gleichstellung fördern und durchsetzen – das ist die Aufgabe der Gleichstellungsbeauf-

tragten der Polizeidirektion Göttingen. Neben Beratungsgesprächen zu unterschiedlichsten Inhalten, wie im Zuge der Corona-Pandemie der Möglichkeiten des Home-Office, sowie der Teilnahme an Auswahlkommissionen und Arbeitsgruppen stand der neue Gleichstellungsplan für die Polizeidirektion im Mittelpunkt der Arbeit. Weitere Themen waren die geschlechtergerechte Beurteilung und die Entwicklung von neuen Seminarmodulen, um Frauen für Führungspositionen weiterzubilden.

LSBTI-Ansprechpersonen

Lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) haben in der Polizeidirektion Göttingen gleich zwei Ansprechpersonen. Aufgabe ist unter anderem die Beratung und Begleitung von Mitarbeitenden bei Problemen, Konflikten oder Krisen sowie die Sensibilisierung und Aufklärung von Kolleginnen und Kollegen. Die Ansprechpersonen stehen dabei nicht nur Angehörigen der eigenen Organisation zur Verfügung – auch Bürgerinnen und Bürger können sich an sie wenden.

Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) hat die Aufgabe, die Eingliederung

schwerbehinderter Menschen in den Dienststellen zu fördern. Sie vertritt deren Interessen gegenüber der Behörde und den Inspektionen und steht ihnen beratend und helfend zur Seite. Im Rahmen der Mitbestimmung ist die SBV an Personalmaßnahmen, wie Stellenausschreibungen, Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen, sowie an präventiven Maßnahmen zu beteiligen.

BEM – Betriebliches Eingliederungsmanagement

Lösungswege aus einer langfristigen Erkrankung finden – durch Veränderungen am Arbeitsplatz, besondere Arbeitsmittel oder sogar einen eventuellen Arbeitsplatzwechsel – mit dem Ziel, künftige Krankheitsphasen von Mitarbeitenden wenn möglich zu minimieren – das ist die Aufgabe des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Unterstützung erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf auch vom Personalrat, von der Schwerbehindertenvertretung, dem Polizeiarzt, der Gleichstellung und der Regionalen Beratungsstelle.

Alle Maßnahmen sind ein Angebot und basieren dabei auf freiwilliger Basis, der/die Betroffene ist immer „Herr des Verfahrens“.



Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen



Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

155.000 Notrufe erreichen die Leitstellen „Weser“ und „Süntel“

In der Polizeidirektion Göttingen wird das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement in zwei Lage- und Führungszentralen koordiniert. Die Leitstelle „Weser“ ist dabei für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs zuständig, die Leitstelle „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland für den nördlichen und westlichen Teil.

Die Leitstelle „Weser“ koordiniert alle Notrufe und Einsätze, die aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim kommen. Darüber hinaus stellt sie als Behördenleitstelle eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen.

44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Leitstelle „Weser“ täglich an 24 Stunden im Schichtdienst tätig und bearbeiten durchschnittlich alle zwei

bis drei Minuten einen Notruf, der sie über die Notrufnummer 110 erreicht. Im Jahr 2020 erreichten 65.000 Notrufe (2019: 73.000) die Leitstelle „Weser“.

Die Leitstelle „Süntel“ ist für die Bereiche der Polizeiinspektionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont/Holzwinden sowie Nienburg/Schaumburg zuständig. Hier gingen im abgelaufenen Jahr etwa 90.000 Notrufe (2019: 89.000) ein, die von 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet wurden.

Nicht jeder Einsatz, der von den Leitstellen koordiniert wird, geht dabei auf einen Notruf zurück, auch Meldungen direkt bei einer Polizeiwache oder eigeninitiierte Feststellung der Beamtinnen und Beamten ziehen Einsätze nach sich. Im Jahr 2020 waren es insgesamt etwa 240.000 Einsätze in den beiden Leitstellen („Weser“: 96.000, „Süntel“: 144.000).

Einsätze und Einsatzstunden

Im Jahr 2020 gab es eine ganze Reihe herausragender Einsätze, die mit einer Vielzahl von Einsatzstunden von den Beamtinnen und Beamten bewältigt werden mussten, darunter der Rückführungstransport deutscher Wiederaufbereitungsabfälle von Sellafeld nach Biblis im November (7.900 Einsatzstunden), die Waldrodung in Heckenbeck (4.800) und eine umfangreiche Ermittlungskommission im Bereich Drogenkriminalität (3.300). Den größten Posten machten jedoch die Corona-Kontroll- und Präsenzeinsätze sowie die Ausschreitungen im Zusammenhang mit Quarantänemaßnahmen an einem Göttinger Wohnkomplex mit insgesamt 78.400 Einsatzstunden aus. Insgesamt leisteten die Beamtinnen und Beamten im vergangenen Jahr 182.800 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze (2019: 106.000).

Die Pandemie in der Direktion

Bewältigung eines neuen Alltags

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland stand auch die Polizeidirektion Göttingen vor der Bewältigung einer äußerst dynamischen Lage und vielen neuen sowie unbekannteren Herausforderungen. Besonders in der Anfangsphase gab es viele Veränderungen, auf die sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen mussten.

Zur Bündelung der zahlreichen Informationen sowie zur Koordination der sich aus der Lage ergebenden Maßnahmen

men – sowohl intern als auch extern – wurde am 11. März die Koordinierungsstelle (KoSt) „Corona“ unter der Leitung von Polizeioberrätin Maren Jäschke am Sitz der Polizeidirektion Göttingen eingerichtet.

Die Federführung der KoSt „Corona“ liegt auch derzeit noch im Dezernat 12 (Einsatz/Gefahrenabwehr). Die Dezernate 01 (interne und externe Öffentlichkeitsarbeit), 13 (Personal), 14 (Technische Unterstützung und Einsatzmittel/Schutzausstattung), 21 (Haushalt/Beschaffung) sowie das Dezernat 22 (Recht) unterstützen durch ihre Fachkenntnisse die Arbeit der Koordinierungsstelle.

Nach kurzer Zeit wurden auch in den Polizeiinspektionen aufgrund der Vielzahl an notwendigen Regelungen eigene Koordinierungsstellen „Corona“ installiert.

Vielseitige Aufgaben in der „KoSt Corona“

Die Aufgaben in der KoSt „Corona“ waren bzw. sind anhand der nachfolgenden Beispiele immer noch äußerst vielseitig.

Nachdem die Beschränkungen im öffentlichen Raum zunächst selbstständig durch die jeweiligen Landkreise geregelt wurden, erschien am 24. März 2020 die erste landeseinheitliche Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Bis zum Jahresende wurden mehr als 25 Fassungen der sogenannten „Corona-Verordnung“ erlassen, die auf die jeweilige Entwicklung der Pandemie reagiert haben.

Die KoSt „Corona“ fasste die Regelungen der jeweils gültigen Verordnung in sogenannten Handouts für die kontrollierenden Einsatzkräfte zur Erleichterung dieser Aufgabe und zur Stärkung der Handlungssicherheit zusammen.

Auch intern wurde auf die neue Situation reagiert: Um den möglichen Ausfall einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und



waschbare Mehrweg-Schutzhandschuhe



Schutzbrille und FFP2-Maske



Einwegschutzanzug





Mitarbeitern zu verhindern bzw. zu bewältigen und die Funktionsfähigkeit der Polizei in diesem Fall zu gewährleisten, wurden durch die Polizeiinspektionen, die Zentrale Kriminalinspektion und den Stab der Polizeidirektion Göttingen sogenannte Pandemiepläne entwickelt. Zudem wurden unter anderem Hygienemaßnahmen umgesetzt, Kohorten gebildet und Schichtpläne umgestellt.

Dank dieser schnellen Reaktion blieb die Zahl der Infektionen in der Polizeidirektion Göttingen niedrig: Bis zum 31. Dezember 2020 waren lediglich 41 der fast 3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Covid-19 erkrankt. Es lässt sich also in einem ersten Fazit festhalten, dass vermutlich durch die getroffenen Maßnahmen und die konsequente Einhaltung der Infektionsschutzregeln die Erkrankung einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum Jahresende 2020 verhindert und die

Arbeit der Polizei sichergestellt werden konnte. Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit. Es mussten unter anderem Regelungen für die Arbeit im Home-Office, zur Betreuung der eigenen Kinder durch die Mitarbei-



Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit.

terinnen und Mitarbeiter, dem Umgang mit Mitarbeitenden, die in amtlicher oder vorsorglicher Quarantäne waren und Mitarbeitenden, die einer Risikogruppe angehören, getroffen werden. Weiterhin mussten auch Themen wie Urlaubsreisen oder die Rückkehr aus Risikogebieten, der Umgang mit Dienstreisen und die Nutzung des öffentlichen

Nahverkehrs durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei betrachtet werden.

Die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen wurde auf eine pandemiekonforme Umsetzung umgestellt. Es wurden umfassende Hygienekonzepte oder Lehrgänge in digitaler Form entwickelt.

In Zusammenarbeit mit den Dezernaten 14 und 21 wurde auch umfassend unterschiedliche Schutzausstattung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Hierbei wurden unter anderem Einweghandschuhe, OP-, FFP2-, und sogenannte Alltagsmasken, Schutzbrillen, Einweganzüge und Desinfektionsmittel über die Zentrale Polizeidirektion beschafft.

Abschließend ist festzustellen, dass die Corona-Pandemie viele neue Herausforderungen für die Polizeidirektion Göttingen geschaffen hat und auch im Jahr 2021 einen wesentlichen Anteil in der täglichen Polizeiarbeit einnehmen wird.

Erfahrungsbericht

Rückzug ins Private: Arbeiten in der Corona-Pandemie

Ines Radünz ist Sachbearbeiterin in der Regionalen Analysestelle im Dezernat 11 der Polizeidirektion Göttingen. Sie arbeitet in Teilzeit, um ihren Sohn im Kindergartenalter betreuen zu können. Die Corona-Pandemie hat sie – wie so viele Menschen – vor Herausforderungen gestellt. Ihr Telearbeitsplatz hat ihr jedoch geholfen, die Zeit des Lockdowns zu überbrücken. In einem Erfahrungsbericht schildert sie, wie ihr das gelungen ist und was der Rückzug ins Private in der Praxis bedeutete.



„Da mein Mann beruflich sehr viel unterwegs ist, bin ich fast ausschließlich für die Kinderbetreuung zuständig. Aktuell habe ich eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden. Damit ich Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren kann, habe ich mich vor längerer Zeit dazu entschlossen, einen Telearbeitsplatz zu beantragen. Das bietet mir die Möglichkeit, grundsätzlich zwei Tage im Home-Office und drei Tage in der Dienststelle zu arbeiten. Als es im März 2020 zum ersten Lockdown kam, befand ich mich in einer glücklichen Situation, da ich aufgrund meines bereits bestehenden Telearbeitsplatzes zu Hause technisch ausgerüstet und somit voll arbeitsfähig war. Die einzige Schwierigkeit bestand nun plötzlich darin, einen 4-Jährigen während meiner Arbeitszeit zu beschäftigen. Das funktionierte allerdings besser als gedacht, da sich mein Sohn schon weitestgehend selber mit unterschiedlichen Dingen befassen konnte. Somit ließen sich Arbeit und Kind gut miteinander kombinieren. Allerdings war anfangs noch nicht absehbar, dass in den folgenden Tagen aus meinem Vier-Stunden-Arbeitstag ein

bis zu Acht-Stunden-Arbeitstag werden sollte. Immer mehr Mitarbeitende wurden ins Home-Office geschickt oder waren krank, so dass wir plötzlich mit erheblichem Personalmangel und technisch schlecht ausgestatteten Home-Office-Arbeitsplätzen vor neuen Herausforderungen standen. Unser Dezernat sollte ja weiterhin arbeitsfähig bleiben. Es mussten Lösungen für alltägliche Dinge geschaffen werden, wie etwa die eigentlich einfache Vorbereitung und Besprechung der Frühlage mit allen Mitarbeitenden des Dezernats. Ich konnte viele Aufgaben übernehmen, weil ich zu dem Personenkreis zählte, der von zu Hause aus voll arbeiten konnte. Das Aufkommen war mit meiner Arbeitszeit jedoch nicht zu schaffen.

Flut an Corona-Anfragen

Neben den Alltagsaufgaben kam erschwerend hinzu, dass speziell für meinen Arbeitsbereich der Auswertung eine noch nie dagewesene Zahl an Anfragen in Bezug auf Corona gestellt wurden. Es erforderte Ruhe und Konzentration sich ein Konzept zu

überlegen, wie diese Anfragen technisch umzusetzen sind. Da aber mein Sohn acht Stunden am Stück nicht ohne Betreuung auskam, war das für mich die größte Herausforderung – allen gerecht zu werden. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mit dieser Doppelbelastung nicht lange durchhalten werde. Also strukturierte ich meinen Tag neu: Ich begann um 6 Uhr zu arbeiten, wenn mein Sohn noch schlief, und nutzte über den Tag jede Gelegenheit, die sich zum Arbeiten bot. Unerledigte Aufgaben holte ich nach, wenn mein Mann zuhause war. Nach circa vier Wochen hatte sich die Lage etwas entspannt. Im Dezernat hatte sich ein beständiger, gut funktionierender Alltag unter besonderen Umständen eingespielt. Somit konnte ich die zahlreichen Überstunden abbauen und danach meinen gewohnten vier Stunden Arbeitsalltag mit meinem Sohn bis Mitte August unproblematisch von zu Hause aus fortführen. Abschließend kann ich sagen, dass ich dank meines Telearbeitsplatzes sehr flexibel war und ich dadurch die Herausforderungen gut meistern konnte.“

Ausstattung in der Pandemie

Schutzausrüstung für alle Einsatzkräfte

Die Corona Pandemie hat im Jahr 2020 auch im Bereich Führungs- und Einsatzmittel einige logistische Herausforderungen mit sich gebracht und Arbeitsschwerpunkte maßgeblich mitbestimmt. Mit Einsetzen der Pandemie im Frühjahr 2020 galt es zunächst bei knappen Ressourcen entsprechende Schutzausrüstung bedarfsgerecht an die Dienststellen in der Polizeidirektion Göttingen zu verteilen.

Neben zertifizierten FFP-Masken für Einsatzsituationen mit erhöhtem Infektionsrisiko sowie medizinischen OP-Masken wurden für alle Mitarbeitenden auch sogenannte Community-Masken beschafft, die beispielsweise auf der Dienststelle oder bei schlicht hoheitlichen Aufgaben getragen werden konnten. Außerdem wurden unter anderem Einmal-Schutzanzüge und -Handschuhe, Schutzbrillen, diverse Hand- und Flächendesinfektionsmittel, aber auch Trennschutzwände aus Plexiglas in der gesamten Polizeidirektion Göttingen in die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche verteilt. Dies erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem Dezernat 14 und der im Dezernat 12 eingerichteten Koordinierungsstelle „Corona“. Die Schutzausrüstung wurde dabei sowohl zentral durch das Land Niedersachsen als auch eigenständig durch die Polizeidirektion Göttingen beschafft.

Daneben musste aber auch speziell im IT-Bereich auf neue, durch die Pandemie verursachte Gegebenheiten reagiert werden. So wurden bereits vorhandene Möglichkeiten der VPN-Nutzung (verschlüsselter Fernzugriff auf das Dienststellenetz) weiter ausge-



baut, sodass Mitarbeitende, die nicht unmittelbar im operativen Bereich tätig sind, bei Bedarf im Home-Office ihrer Arbeit nachgehen können.

Darüber hinaus wurde auch die Nutzung von Videokonferenzsystemen weiter intensiviert, um im Rahmen der Kontaktreduzierung Besprechungen als Videokonferenzen abhalten zu können. Die Software wurde dabei vom IT-Dienstleister IT Niedersachsen auf dem sogenannten Polizei Client, dem Standard-IT-System der Polizei Niedersachsen, zur Verfügung gestellt.

Daneben wurden weitere Peripheriegeräte wie Kameras und Headsets innerhalb der Polizeidirektion Göttingen beschafft. Die positiven Erfahrungen, gerade mit den Videokonferenzsystemen, haben gezeigt, dass sich auch

nach der Pandemie viele Vorteile durch die neuen Techniken ergeben. So muss beispielsweise zukünftig nicht mehr jede Besprechung als Präsenzveranstaltung stattfinden. Neben einem Zeitvorteil für den Einzelnen durch den Wegfall von Anfahrtswegen können insbesondere auch Kosten bei den Dienstreisen eingespart werden. Gleichwohl können dadurch Präsenzbesprechungen nicht in Gänze ersetzt werden.

Daneben greift die Polizeidirektion Göttingen weiterhin auf die bewährten Kommunikationsmittel wie die Telefonie oder E-Mail zurück. Im Bereich der Telefonie wurden und werden auch zukünftig in der gesamten Polizeidirektion Göttingen die weiteren Voraussetzungen für die Umstellung der noch vorhandenen analogen Technik auf moderne IP-Technik vollzogen.



Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung

Einblick in neue Bereiche: Teams tauschen ihre Dienststellen

Junge Polizeibeamtinnen und -beamte werden nach Abschluss ihres Studiums immer öfter in die beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen versetzt. Um diesen jungen Mitarbeitenden schon früh den Einsatz- und Streifendienst näherzubringen und damit einem häufig geäußerten Wunsch entsprechen zu können, wurde in Dezernat 12 der Polizeidirektion ein Projekt ins Leben gerufen – die Tandem-Einsatzbearbeitung (TEG).

Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden oftmals in die Leitstellen versetzt, ohne Erfahrungen im Einsatz- und Streifendienst (ESD) gesammelt zu haben. Diese Erfahrungen sind in einer Polizeileitstelle bei der Einsatzannahme, -vergabe und -koordination jedoch ein zentrales Element, um ein qualitativ hochwertiges Einsatzmanagement zu betreiben. Schon nach kurzer Verweildauer wechseln die jungen Kolleginnen und Kollegen deshalb in den ESD. Versetzungen von (dienst)erfahrenen Polizeibeamten und -beamtinnen aus den Einsatz- und Streifendiensten in die beiden Leitstellen erfolgen dagegen nur

selten. Um beiden Seiten die Möglichkeit zu geben, beide Bereiche kennenzulernen, besteht bereits seit mehreren Jahren die Option einer Hospitation im jeweils anderen Bereich – und diese Option wird immer intensiver in Anspruch genommen. Denn durch die Wahrnehmung der Aufgaben in der Leitstelle wird unter anderem das Verständnis für die Zusammenarbeit erhöht, und auch die Erweiterung der persönlichen Kompetenzen wird als ein großer Vorteil der Hospitation betrachtet.

Die bisherigen Hospitationen werden jetzt durch das Projekt TEG strukturiert: Jeweils ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin aus dem Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektionen Göttingen und Hameln-Pyrmont/Holzminden bildet zusammen mit einem Teilnehmer/einer Teilnehmerin aus einer der beiden Leitstellen ein Tandem und tauscht für einen Zeitraum von drei Monaten die jeweilige Dienststelle.

Nach einem erfolgreichen Interessensbekundungsverfahren ist das Projekt, das im Jahr 2020 geplant wurde, am 1. Januar 2021 gestartet und wird bis

Ende des Jahres dauern. Die Organisation und Umsetzung des Projekts hat das Dezernat 12 verantwortlich übernommen. Es wurden sieben Teams gebildet, die nun in der jeweils anderen Dienststelle ihren Dienst versehen. Die Pilotierung ermöglicht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Erweiterung ihrer Tätigkeiten und den Ausbau von Kompetenzen im Rahmen einer abwechslungsreichen Dienstverrichtung. Sie können ihr Fachwissen sowohl im Bereich der Leitstellen als auch im ESD erweitern, das Zusammenwirken der Organisationseinheiten (noch) besser verstehen sowie dabei helfen, das wechselseitige Verständnis zu fördern und den Wissenstransfer zu optimieren.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Projekt Ende November 2020 von Polizeioberrätin Maren Ilka Jäschke, damalige Dezernatsleiterin 12. Sie lernten sich im Rahmen einer kurzen Informationsveranstaltung kennen und erhielten von Pilotierungsleiterin, Polizeioberkommissarin Anne Petzoldt, allgemeine sowie individuelle Hinweise zum Start der Pilotierung.

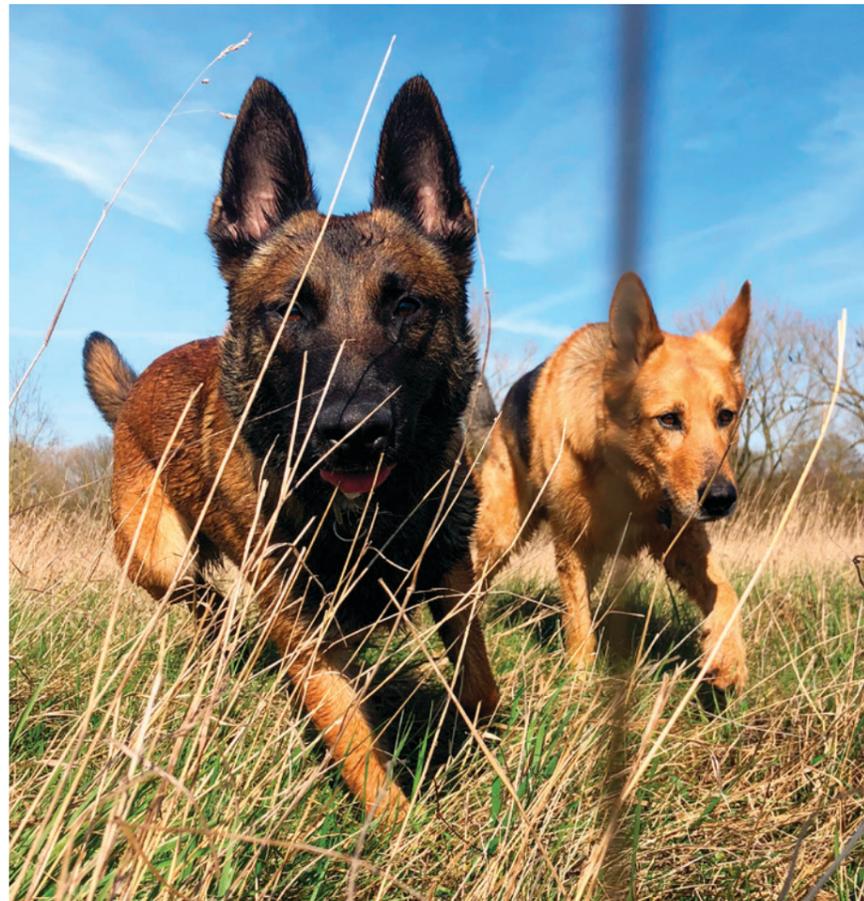
Hunde im Dienst der Polizei

Wie aus einem Welpen ein Schutzhund wird

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über 34 Diensthunde, vier davon befinden sich noch in der Ausbildung. Doch wie wird man Diensthundführer? Wie sieht der Werdegang aus? Und wie wird der Hund ausgebildet? Darüber berichtet Polizeikommissarin Antonia Biella von der Diensthundführergruppe Hameln.

„Seit dem 1. Oktober 2019 bin ich Angehörige der Diensthundführergruppe Hameln. Mein Diensthund Fang wurde mir im Alter von 14 Monaten nach erfolgter Eignungsüberprüfung und Ankauf durch das Zentrale Diensthundwesen der ZPD zugewiesen. Damit begann unsere gemeinsame Zeit.

Die Diensthunde leben bei ihren Diensthundführern und werden somit ein Familienmitglied. Um Fang in meine Familie integrieren zu können, musste ich ihn zunächst an meinen bereits vorhandenen Hund gewöhnen. Danach



stand dem Zusammenleben und der gemeinsamen Ausbildung nichts mehr im Wege. Um mit Fang ein Team zu werden, verbrachte ich vom ersten Tag an viel Zeit mit ihm. Zur Förderung unserer Bindung, seines Gehorsams und seiner Umweltsicherheit stellte ich ihm Aufgaben, die mit viel Spiel und Futter belohnt wurden.

Damit der Diensthundführer mit seinem Diensthund die Einsatzfähigkeit erhält, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein:

1. Teilnahme am Basis-Seminar für Diensthundführer

Der/die zukünftige Diensthundführer/-in muss das Basis-Seminar für zukünftige Diensthundführer beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD mit Erfolg besuchen. Dieses Seminar dauert insgesamt vier Wochen. Hier wird ein umfangreiches Fachwissen in Form von spezifischen Rechtsvorschriften, Lern-

verhalten und Fähigkeiten von Hunden, Ausbildungsmethodiken sowie in der Anatomie von Hunden vermittelt. Das Seminar endet mit einer theoretischen und praktischen Prüfung.

2. Bestehen der Zulassungsprüfung

Um ein erfolgreiches Bestehen der Zulassungsprüfung zu gewährleisten, ist eine umfangreiche und intensive Ausbildung des Diensthundes notwendig. Diese Ausbildung findet in der Regel bei der jeweiligen Diensthundführergruppe unter Leitung eines erfahrenen Diensthundführers, dem Aus- und Fortbildungsleiter, statt. Zurzeit findet die Ausbildung der Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen und ihrer Junghunde zentral unter der Leitung der Aus- und Fortbildungsleiterin der Diensthundführergruppe Hildesheim statt.

Die Zulassungsprüfung für Diensthun-

de der Polizei Niedersachsen beinhaltet drei Hauptelemente, auf die der/die Diensthundführer/-in mit seinem/ihrer Diensthund vorbereitet werden: Gehorsam, Nasenarbeit und Schutzdienst. Wichtige Voraussetzung für den Einsatz des Teams Diensthundführer/-in und Diensthund ist der **Gehorsam**. Der Diensthund muss auf Hörzeichen „bei Fuß gehen“, das heißt, seinem/er Diensthundführer/-in auch unter Richtungswechseln und in unterschiedlichen Laufgeschwindigkeiten eng folgen. Dabei müssen auf Hörzeichen auch verschiedenste Positionen, wie „Sitz“, „Platz“ und „Steh“ ausgeführt werden.

Bei einer Schussabgabe soll sich der Diensthund unbeeindruckt und neutral verhalten.

Der Diensthund muss zeigen, dass er sich gegenüber einer zu kontrollierenden Personengruppe aufmerksam verhält und auf Anweisung verschiedene Hindernisse überwindet. Auch das Tragen des Diensthundes ist Bestandteil des Gehorsams. Dies könnte in späteren Einsatzlagen benötigt werden, um den Diensthund über Scherben oder ähnliches hinwegzutragen und somit vor Verletzungen zu schützen.

Die Neutralität anderen Hunden gegenüber wird in der Zulassungsprüfung ebenfalls überprüft. Denn in manchen Einsätzen, wie Demonstrationen oder Fußballspiele, ist es erforderlich, dass mehrere Diensthundführer zeitgleich mit ihren Diensthunden agieren.

Bei der **Nasenarbeit** wird der Hund ausgebildet, unabhängig von der Umgebung – Wald, Wiesen, Wege – verschiedenste Gegenstände aufzufinden und anzuzeigen. Dies ist im späteren Einsatz für die Beweismittelsuche (unter anderem Diebesgut oder Tatwerkzeuge) von Bedeutung. Hierbei wird der Diensthund darauf konditioniert, auf jeden Gegenstand, der sich geruchlich von der Umgebung abhebt, zu reagieren.

Im **Schutzdienst** muss der Diensthund lernen, einen sich verborgen haltenden Täter – hier den sogenannten Schutzdiensthelfer – aufzuspüren und durch Verbellen anzuzeigen. Ebenso muss er die körperliche Durchsuchung und den Transport eines vorläufig festgenommenen Täters absichern sowie dessen Flucht auf Anweisung durch Zubeißen verhindern. Gibt der Täter die Flucht auf, so hat der Diensthund den Täter zu stellen und zu verbellen. Auch müssen Angriffe auf den/ die Diensthundführer/-in und andere Personen vom Diensthund zuverlässig vereitelt werden.

3. Einsatzfähigkeit nach Prüfung

Mit erfolgreich bestandener Zulassungsprüfung erlangt das Team Diensthundführer/-in und Diensthund seine Einsatzfähigkeit und der Diensthund wird als „Schutzhund“ im Dienst geführt. Das heißt, ab jetzt können er und sein/e Diensthundführer/-in in realen Einsätzen ihr Können unter Beweis stellen.

Zum Fortbestehen der Einsatzfähigkeit ist jedoch weiterhin ein umfangreiches und intensives Training erforderlich. Das Können des Teams wird regelmäßig im Rahmen von Übungen und Sichtungungen geprüft.

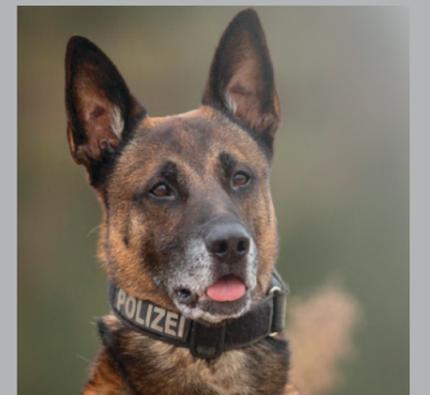
Nach erfolgreicher Ausbildung zum Schutzhund schließt sich in der Regel die Überprüfung zum Spezial-Diensthund an. Spezial-Diensthunde erhalten eine Zusatzausbildung, beispielsweise zum Auffinden von Rauschgift, Sprengstoff, Brandmitteln oder Leichen.

Die sogenannte „Eignungsüberprüfung Spezialhund“ findet wiederum beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD statt und beinhaltet ein sehr anspruchsvolles Programm an Übungen, bei denen Gehorsam, Umweltsicherheit, Belastbarkeit und Ausdauer des Diensthundes beurteilt werden. Auch vor dieser Überprüfung ist natürlich ein intensives Training als Vorbereitung notwendig, das bei der eigenen Diensthundführergruppe absolviert wird.

Diensthunde im Einsatz

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des illegalen Anbaus von Marihuana und Handeltreibens in nicht geringer Menge, plante die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) Hildesheim eine richterlich angeordnete Durchsuchung in Bad Münden. Hierbei unterstützte die Diensthundführergruppe Hameln mit dem Rauschgiftspürhund (RSH) „Maylo“ und dem Rauschgiftspürhund mit Zusatzqualifikation Banknotenspürhund (BNSH) „Cash“, sowie zwei Schutzhunden.

Ermittlungen der ZKI deuteten auf eine Indoor-Plantage in einem größeren Gehöft hin. Nach Umstellung mit Kräften der Zentralen Polizeidirektion unter Einbindung zweier Schutzhunde der Diensthundführergruppe Hameln



wurde zunächst Sicherheit im Objekt hergestellt. Dabei stellte sich heraus, dass sich in dem Gehöft tatsächlich eine Indoor-Plantage zum Anbau von Marihuana befand. Weitere aufgefundene Baumaterialien sowie ein vorbereiteter Raum deuteten darauf hin, dass eine weitere Indoor-Plantage eingerichtet werden sollte. Im Bereich der Plantage wurden etwa 25 Kilogramm Marihuana beschlagnahmt.

Erfahrungsbericht

Mit der Bodycam
im Einsatz



Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens wurde durch einen Beamten die „Bodycam“ eingeschaltet. Daraufhin veränderte der Kontrollierte schlagartig sein Verhalten.



Mit Jahresbeginn 2020 hat die Polizeidirektion Göttingen die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in allen Polizeiinspektionen die sogenannten Bodycams im täglichen Dienst durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einsatz- und Ermittlungsbereichen eingesetzt werden können.

Grundlage für die Einführung der Bodycams waren unter anderem die angepassten rechtlichen Voraussetzungen im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG), die den nun uneingeschränkten Einsatz der Kameras zulassen. Er wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einsatz- und Streifendienste durchgehend positiv bewertet und hat schon in einigen brisanten Einsätzen zur Deeskalation beigetragen.

Aus dem Dienstalltag

Über einen solchen Einsatz berichtet Polizeikommissar Jan Fischer von der Polizeiinspektion Göttingen:

„Die Bodycam wurde im Rahmen einer stationären Verkehrskontrolle eingesetzt. Die Zielrichtung der Kontrolle war das Ahnden von Verkehrsordnungswidrigkeiten, insbesondere das Befahren eines Radweges in nicht zulässiger Fahrtrichtung im Bereich eines Unfall-

schwerpunktes. Im Verlauf der Kontrolle wurde ein Radfahrer überprüft, der den überwachten Radweg in falscher Richtung befuhr.

Nachdem er von den Beamten angehalten wurde, reagierte er umgehend aufgebracht und stellte die Sinnhaftigkeit der Maßnahme infrage. Die eingesetzten Polizeibeamten erläuterten ihm den Grund der Maßnahme sowie den weiteren Ablauf. Hierauf reagierte der Radfahrer verbal äußerst aggressiv. Zudem baute er sich in bedrohlicher Körperhaltung vor den Beamten auf. Plötzlich versuchte er, mit seinem Fahrrad zu flüchten.

Da die Identität des Radfahrers für das Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren noch nicht feststand, positionierte sich einer der Beamten im Verlauf seines gewollten „Fluchtweges“ und wies ihn an, zu bleiben. Hierauf re-

agierte er weiter aggressiv und stellte anhaltend die Sinnhaftigkeit der Maßnahme in Frage. Der Aufforderung sich auszuweisen, kam der Radfahrer zwar widerwillig nach, quittierte dies aber begleitend mit den Worten: „Sie sind Arschlöcher“.

Mehrfach entschuldigt

Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens schaltete einer der Beamten die Bodycam ein, was dem Radfahrer auch mitgeteilt wurde. Daraufhin veränderte dieser schlagartig sein Verhalten. Nach einer Belehrung zeigte er sich zwar weiterhin uneinsichtig in Bezug auf die Verkehrsordnungswidrigkeit, trotzdem entschuldigte er sich im weiteren Verlauf noch mehrfach für die Beleidigung. Sein aggressives Verhalten legte er vollständig ab.



Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

**Straftaten und Aufklärungsquote
(Polizeidirektion Göttingen)**



Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion

Pandemie führt zu deutlichem Rückgang von Wohnungseinbrüchen

Welche Straftaten kommen wie häufig vor? Wie entwickeln sich die unterschiedlichen Deliktstypen? Antworten auf diese und weitere Fragen liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), in der jährlich alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und den Strafnabengesetzen für die Polizeidirektion Göttingen registriert und aufbereitet werden.

Die Anzahl der Straftaten, die im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen begangen worden sind, ist 2020 bei einem Rückgang von -3,07 Prozent (-2.199 Delikte) auf 69.354 und damit den niedrigsten Stand seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen zurückgegangen. Insgesamt wurde gegen 31.482 Tatverdächtige ermittelt. Dabei konnte die Aufklärungsquote um +2,57 Prozentpunkte auf 66,45 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen

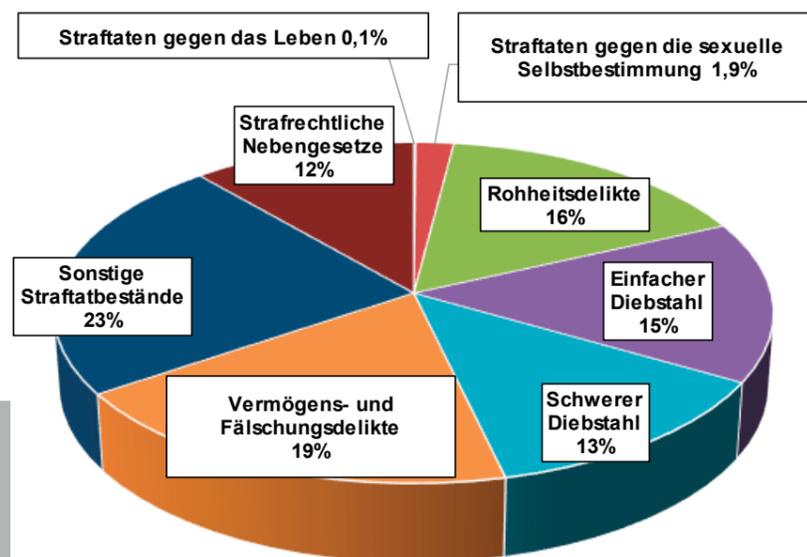
gesteigert werden. Sie liegt um rund 2,2 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Die Polizeidirektion Göttingen gehört damit weiterhin zu den sichersten Regionen in Niedersachsen. Dieser Erfolg ist das Verdienst aller Mitarbeitenden, die damit auch unter Pandemie-Bedingungen und deren Einschränkungen ihre Arbeit unbeirrt weitergeführt haben.

Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind im Berichtszeitraum leicht um +10 auf 70

Taten (+16,67 Prozent) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist dabei leicht um -1,67 Prozentpunkte auf 90 Prozent zurückgegangen. Das bedeutet, dass in neun von zehn Fällen Täter ermittelt werden konnten.

Straftaten, die als (versuchter) Mord oder Totschlag eingestuft wurden, sind leicht um +4,88 Prozent (+2 auf 43 Delikte) angestiegen. Von diesen 43 Taten wurden 41 aufgeklärt (95,35 Prozent), 34 blieben im Versuchsstadium.



Das Diagramm zeigt die anteilige Verteilung der einzelnen Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Sexualdelikte sind im vergangenen Jahr um 6,8 Prozent (+84 Delikte) auf 1.319 Taten angestiegen. Die Aufklärungsquote wurde auf hohem Niveau nochmals leicht um 0,71 Prozentpunkte auf 90,75 Prozent gesteigert.

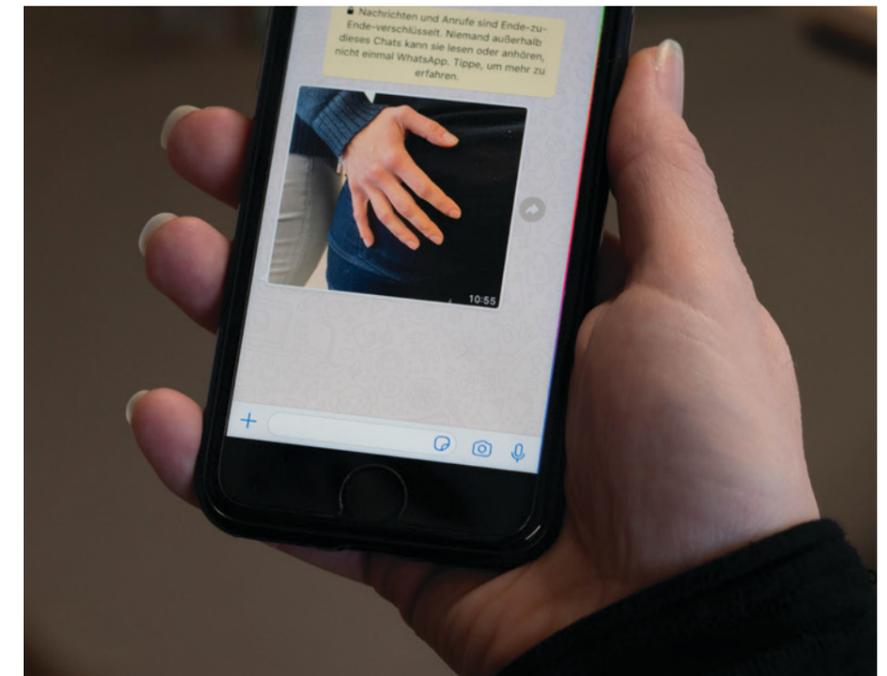
Die Anzahl der ermittlungintensiven Verfahren wegen des Besitzes oder Verbreitens von Kinder- und Jugendpornografie ist ebenfalls um 9,4 Prozent (+35 auf 409 Taten) gestiegen. Diese Entwicklung dürfte im Wesentlichen auf die umfangreichen Verfahren zurückzuführen sein, die bereits von der Polizei geführt wurden. Dabei gerieten immer neue Täter und Täterinnen in den Fokus, so dass neue Verfahren generiert werden. Darüber hinaus wirken sich auch die sogenannten „NCMEC-Verfahren“ aus – Verfahren, die von den Ermittlungsbehörden in den USA und Kanada auf nordamerikanischen Servern entdeckt und den deutschen Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden.

Rohheitsdelikte

Die Anzahl der Rohheitsdelikte ist um -3,35 Prozent (-387 auf 11.177 Taten) zurückgegangen. Die Aufklärungsquote wurde auf 97,64 Prozent und damit auf dem hohen Vorjahresniveau stabilisiert. Insbesondere die Rückgänge der Raub- (-12,09 Prozent, -51 auf 371 Taten) und der Körperverletzungsdelikte (-6,19 Prozent, -496 auf 7.511 Taten) sind dabei erfreulich deutlich. Diese Entwicklung dürfte unter anderem auf die Corona-Beschränkungen zurückzuführen sein. Dem entgegen stieg die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Bedrohungen um +8,17 Prozent (+137 auf 1.813 Taten) an.

Häusliche Gewalt

Der zu Beginn der Pandemie prognostizierte Anstieg von Fällen der häuslichen Gewalt bestätigt sich rein zahlenmäßig. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen stieg die Anzahl der



zur Anzeige gebrachten Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 9,21 Prozent (+282) auf 3.343 Fälle und damit auf den höchsten Wert im 10-Jahresvergleich in allen Polizeinspektionen. 60 Prozent aller Opfer erlebten Beziehungsgewalt im gemeinsamen Haushalt, darüber hinaus wurde Gewalt etwa gegen Ex-Partnerinnen und -partner oder Verwandte verübt. Feststellbar ist zudem, dass Opfer häuslicher Gewalt 2020 häufiger die Gelegenheit nutzten, online Anzeige zu erstatten. Die Dienststellen wurden in 20 Fällen mit vollendeten oder versuchten Tötungsdelikten konfrontiert. 2.156 Frauen und 799 Männer wurden Opfer von Rohheitsdelikten, zumeist in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Neben den unmittelbar Betroffenen leiden häufig auch Kinder unter erlebter familiärer Gewalt. Allen Opfern konnte 2020 eine notwendige Unterstützung und Beratung zuteilwerden, denn das Netzwerk zwischen Polizei, Opferhilfe, Beratungsstellen, Frauenhäusern und Jugendämtern konnte stabil aufrechterhalten und in Anspruch genommen werden. Opferschutz steht bei jedem Einsatz häuslicher Gewalt im Vordergrund. Gegen die Gewaltausübenden

können Wegweisungen aus der gemeinsamen Wohnung oder Aufenthaltsverbote am Arbeitsplatz oder an der Schule der Kinder ausgesprochen werden. Eine Unterbringung für die Zeit dieser Trennung konnte pandemiebedingt in Einzelfällen durch die Kommunen geregelt werden. Zukünftig wird sich die Polizeidirektion Göttingen noch intensiver mit der Früherkennung und Bekämpfung häuslicher Gewalt befassen und Standards zur Früherkennung von Risikofällen für die ersteinschreitenden Kolleginnen und Kollegen vor Ort sowie Fallkonferenzen zur Verhinderung von Hochrisikofällen und eskalierender Gewalt initiieren. In der Prävention wird das bewährte Netzwerk gegen Gewalt in allen Landkreisen fortgeführt.

Diebstahlsdelikte

Aufgrund der (Bewegungs-)Einschränkungen der beiden Lockdowns im Kontext der Corona-Pandemie sind die zur Anzeige gebrachten Diebstahlsdelikte – analog zum Landestrend – massiv um -13,15 Prozent (-2.965 auf 19.577 Taten) auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote dieser Deliktgruppe konnte um +2,42 Prozent

punkte auf 37,12 Prozent gesteigert werden. Im Berichtszeitraum waren die sogenannten „einfachen“ Diebstahlsdelikte (-12,92 Prozent, -1.570 auf 10.583 Taten) und die Einbruchdelikte (-13,43 Prozent, -1.395 auf 8.994 Taten) etwa im gleichen Maße stark rückläufig. Die Aufklärungsquote des einfachen Diebstahls konnte mit einem Zuwachs von +2,21 Prozentpunkten auf 47,68 Prozent und damit den höchsten Stand, die Aufklärungsquote des schweren Diebstahls um + 2,60 Prozentpunkte auf 24,69 Prozent, also den dritthöchsten Wert der vergangenen zehn Jahre, gesteigert werden. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die Anzahl der Wohnungseinbrüche weiterhin stark zurückgeht. Im Jahr 2020 betrug der Rückgang -10,38 Prozent (-135 auf 1.166 Taten). Die Aufklärungsquote ist im selben Zeitraum um -9,41 Prozentpunkte auf 21,18 Prozent rückläufig gewesen. Darüber hinaus scheinen auch die präventiven Anstrengungen Wirkung zu zeigen. Die Anzahl der vollendeten Wohnungseinbrüche ist im Berichtszeitraum um -12,44 Prozent (-100 auf 704 Taten) deutlich zurückgegangen.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Straftaten dieser Deliktgruppe sind im vergangenen Jahr um -6,39 Prozent (-906 auf 13.278 Taten) zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote konnte dabei mit 75,5 Prozent auf dem hohen Niveau des Jahres 2019 stabilisiert werden. Betrugsdelikte sind im Berichtsjahr 2020 um -7,29 Prozent (-800 auf noch 10.181 Taten) zurückgegangen. Bemerkenswert ist, dass Betrugsdelikte, die unter Nutzung des Internets begangen wurden, im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion deutlich um +9,85 Prozent (+309 auf 3.446 Delikte) ange-



stiegen sind. Diese Entwicklung dürfte ebenfalls auf die Pandemie zurückzuführen sein, während der offenbar auch Täter in einer Art „Home-Office“ tätig geworden sind.

Strafrechtliche Nebengesetze

Zum Nebenstrafrecht werden alle Strafnormen gerechnet, die nicht im Strafgesetzbuch, sondern in anderen Rechtsnormen – Gesetze, aber auch strafbewehrte Rechtsverordnungen – enthalten sind. Dazu zählen unter an-



Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an die Vermögenswerte von Seniorinnen und Senioren zu gelangen.

derem das Betäubungsmittelgesetz, das Jugendschutzgesetz oder auch das Infektionsschutzgesetz. Straftaten gegen diese strafrechtlichen Nebengesetze sind im Jahr 2020 deutlich um +18,23 Prozent (+1.207 auf 7.828 Taten) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist mit rund 95,5 Prozent auf einem hohen Niveau.

Die Entwicklung steigender Fallzahlen dürfte im Wesentlichen durch den Anstieg der Rauschgiftdelikte um +26,05 Prozent (+1.233 auf 5.966 Taten) und damit auf den höchsten Wert der vergangenen zehn Jahre erklärlich sein. Aufgrund der erhöhten Kontrolltätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie sind damit erwartungsgemäß auch andere Straftaten aufgedeckt worden.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Insbesondere hochaltrige Menschen sind oftmals Ziel strafbarer Handlungen. Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an Vermögenswerte zu gelangen. Die Straftaten werden häufig im häuslichen Umfeld begangen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen trotz intensiver auch präventiver Anstrengungen weiter steigen wird. Die Täter legen eine hohe kriminelle Energie und Kreativität an den Tag, so dass eine ganze Reihe unterschiedlicher Modi Operandi festgestellt werden muss. Im Zuständigkeits-

bereich der Polizeidirektion Göttingen sind im Vergleich zum Gesamtfallaufkommen etwa 6,5 Prozent der Delikte dem Phänomenbereich der „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ (SÄM) zuzurechnen. Auch wenn dieser Anteil vergleichsweise gering ausfällt, müssen sie weiterhin im Fokus der polizeilichen Ermittlungen stehen.

Es ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen, weil Menschen, die Opfer einer solchen Tat geworden sind, die Straftat aus Scham nicht zur Anzeige bringen oder im schlimmsten Fall noch immer glauben, dass schon alles „seine Richtigkeit“ habe. Des Weiteren wird jedes Jahr deutlich, dass bei einer vergleichsweise geringen Anzahl vollendeter Straftaten ein hoher Vermögensschaden verursacht wird. Im Jahr 2020 wurden von den Tätern etwa 3,1 Millionen Euro von hochaltrigen Menschen erbeutet. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass sich mit der Zeit immer wieder neue Modi Operandi entwickeln, Einzelphänomene miteinander kombiniert werden, dafür andere, nicht mehr so lukrative „Maschen“ an Bedeutung verlieren. Die Täterinnen und Täter werden auch zukünftig innovativ sein, worauf sich die Polizei einstellen muss und einstellen wird, um neu auftretende Phänomene zu erkennen und zeitnah darauf zu reagieren.

Trotz intensiver präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, bei denen mehr als 90 Prozent (1.201 Fälle) von den Seniorinnen und Senioren früh erkannt wurden und deshalb im Versuchsstadium blieben. Allerdings sind bei den restlichen 101 Fällen etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden. Ziel der Polizeidirektion

Göttingen ist es auch im Jahr 2021, die Präventionsarbeit fortzuführen und zu intensivieren. Zielgruppe sind dabei auch immer die Seniorinnen und Senioren, deren Angehörige und das Um-



Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist in hohem Maße sozialschädlich, weil sie unmittelbare negative Auswirkungen auf die Interventionsfähigkeit der Polizei und Retter hat.

feld, aber auch – ebenso wichtig – die Öffentlichkeit, um zu informieren, damit immer mehr Menschen, vielleicht auch nur zufällig, Betrugsversuche erkennen und helfend eingreifen können. Es muss den Täterinnen und Tätern zu Bewusstsein gebracht werden, dass sie in jeder Phase ihrer Taten aufgedeckt und zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Nur im Zusammenwirken können Seniorinnen und Senioren wirksam geschützt oder zumindest Täter oder Täterinnen zur Verantwortung gezogen werden. Dabei wird die Polizeidirektion Göttingen auch weiterhin auf die bewährten Informationskanäle zurückgreifen, aber immer stärker auch Social Media nutzen, um die Bevölkerung frühzeitig über neue Modi Operandi oder aktuelle Anrufwellen in Kenntnis zu setzen.

Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Der Schutz von Leib und Leben bleibt – insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie – die wichtigste Aufgabe der Polizei. Hierzu zählt vor dem Hintergrund einer steigenden Gewaltgeneigtheit der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem werden Kolleginnen und Kollegen nach wie vor Opfer von Gewaltdelikten in all ihren Erscheinungsformen.

Die Betrachtung der Entwicklung der Straftaten des tätlichen Angriffs auf und des Widerstands gegen Polizeikräfte spricht leider nach wie vor eine deutliche Sprache. Die angezeigten Straftaten sind im Vergleich zum Jahr 2019 erneut deutlich um 6,51 Prozent (+27 auf 442 Taten) und damit auf einen Zehn-Jahres-Höchststand angestiegen. Fälle, in denen Polizeikräfte Opfer von Straftaten geworden sind, sind erneut um +4,98 Prozent auf jetzt 484 Delikte angestiegen. Rettungskräfte hingegen sind im Vergleich zum Vorjahr etwas seltener als Opfer einer Straftat erfasst worden.

Im Jahr 2020 wurden 46 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte durch Gewalteinwirkung Dritter verletzt und konnten an insgesamt 610 Tagen ihren Dienst nicht versehen.





Cybercrime

Kooperationen für mehr Sicherheit im Netz

Die Polizeidirektion Göttingen und das German Competence Centre against Cyber Crime (G4C) haben eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Cyberkriminalität geschlossen. Ziel ist es, den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung informationstechnischer Systeme zu fördern sowie IT-gestützte Ermittlungsmethoden zu entwickeln und anzuwenden. Darüber hinaus stehen Netzprävention, Forschung und Entwicklung von Maßnahmen zum präventiven Schutz sowie die Aus- und Fortbildung im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. G4C ist ein gemeinnütziger Verein, der

2013 von Banken und Versicherungen in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gegründet wurde. Ziele sind die Prävention, Detektion und Reaktion im Zusammenhang mit Cyberkriminalität, die sich gegen Unternehmen richtet. Die Partner verfolgen die Absicht, gemeinsam den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung von IT-Systemen durch Informationsaustausch, Qualifikation, Netzprävention sowie Entwicklung und Nutzung digitaler Maßnahmen zu fördern. „Die Kooperation mit der Polizeidirektion Göttingen ist ein wertvolles

Pilotprojekt für den notwendigen, weiteren Schulterschluss zwischen Behörden und Wirtschaft. Dadurch können wir den engen Austausch zu Angriffen im Cyberraum auch auf regionaler Ebene umsetzen. Davon profitieren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen aus der Umgebung“, sagt G4C-Geschäftsführer Peter-Michael Kessow. Hierzu will G4C ein Regionalbüro in Südniedersachsen einrichten.

Schutzbedürftige IT-Infrastruktur

Für die Polizeidirektion Göttingen, insbesondere für den operativen Bereich der Cybercrimebekämpfung bei der Zentralen Kriminalinspektion, eröffnet sich die Möglichkeit, mit dem Verein auf ein professionelles Netzwerk zurückzugreifen.

Dass verstärkte Aktivitäten notwendig sind, zeigt die Entwicklung der Cybergefahren insbesondere für die oftmals schutzbedürftige IT-Infrastruktur des Mittelstands. Der damalige Polizeipräsident Uwe Lührig, der die Kooperation mit initiiert hat, betont: „Gerade bei Unternehmen kommt es hierbei zu Schäden in Milliardenhöhe. Sowohl in der Strafverfolgung, aber insbesondere

auch in der Prävention sind wir deswegen auf professionelle und vertrauensvolle Partner und Netzwerke angewiesen und setzen zukünftig auch auf die Zusammenarbeit mit dem Verein G4C“. Bei Fragen zur Cybersicherheit und im Falle von Cyberstraftaten helfen die Präventionsteams und die Expertinnen und Experten der ermittelnden Cybercrime-Organisationseinheiten der Polizeiinspektionen gern weiter.

Studentin erhält Einblicke

Eine weitere Kooperation im Bereich der Digitalen Spuren ist die Polizeidirektion Göttingen bereits im März 2019 eingegangen: Zwischen der Hochschule Mittweida und der Direktion besteht seither ein strategischer Verbund mit Schwerpunkt der digitalen Forensik mit praktischem Nutzen für beide Seiten. Ein Bestandteil der Kooperation ist das Angebot von Studierendenpraktika in der Polizeidirektion Göttingen. Damit erhalten Studierende der Fakultät „Angewandte Computer- und Biowissenschaften, (Bio-) Informatik und Forensik“ die Möglichkeit, theoretisches Wissen in der polizeilichen Praxis anzuwenden und die gewonnenen Einblicke im weiteren Studium zu vertiefen. Im Gegenzug können die Praktikumsdienststellen vom aktuellen Wissen aus Forschung und Lehre profitieren. Im besten Falle entwickeln beide Seiten gemeinsam ein gewinnbringendes Thema für eine Hausarbeit bzw. Thesis



oder die Studierenden entdecken ihren späteren Arbeitgeber. Als erste Hochschulpraktikantin nahm im Jahr 2020 eine vor der Masterarbeit stehende Studentin des Studienganges „Cybercrime/Cybersecurity“, ihr sechswöchiges Praktikum in der Polizeidirektion Göttingen auf. Entsprechend ihrer Studieninhalte war sie in der Task Force Cybercrime/Digitale Spuren der Polizeiinspektion Göttingen tätig. Darüber hinaus hospitierte sie in der gleichnamigen Organisationseinheit der Zentralen Kriminalinspektion, um alle Facetten der Cybercrime-Bekämpfung einer

polizeilichen Flächenbehörde kennenzulernen.

Aus dem erfolgreichen Praktikum entwickelte sich ein polizeiliches Thema für die Abschlussarbeit und die Zweitbetreuung durch eine Führungskraft der Polizeidirektion Göttingen.

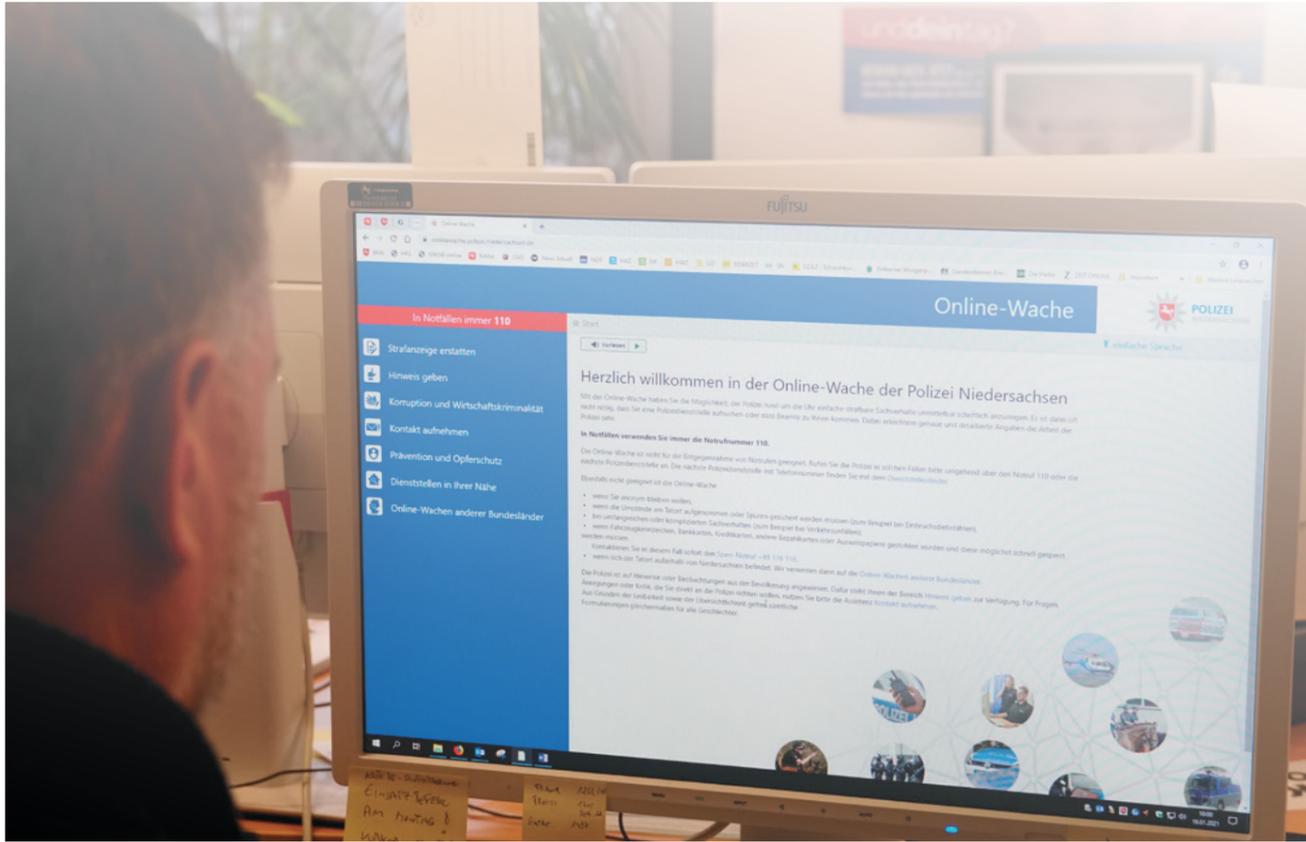
In diesem Jahr hat eine Bachelorstudentin des Studiengangs Allgemeine und Digitale Forensik aus dem sächsischen Mittweida in der Polizeidirektion Göttingen ihr Praktikum aufgenommen, um ihre Thesis zu einem polizeilichen Thema anzufertigen.



Mehr Sicherheit im Home-Office

Der Verein G4C bietet auf seiner Homepage Broschüren zu Themen rund um Cyber Security unter www.g4c-ev.de zum Download an.

Empfehlungen zum sicheren Arbeiten im Home-Office sind unter: www.bmi.bund.de zu finden.



Online-Wache

Nutzung des digitalen Angebots steigt um 132,5 Prozent

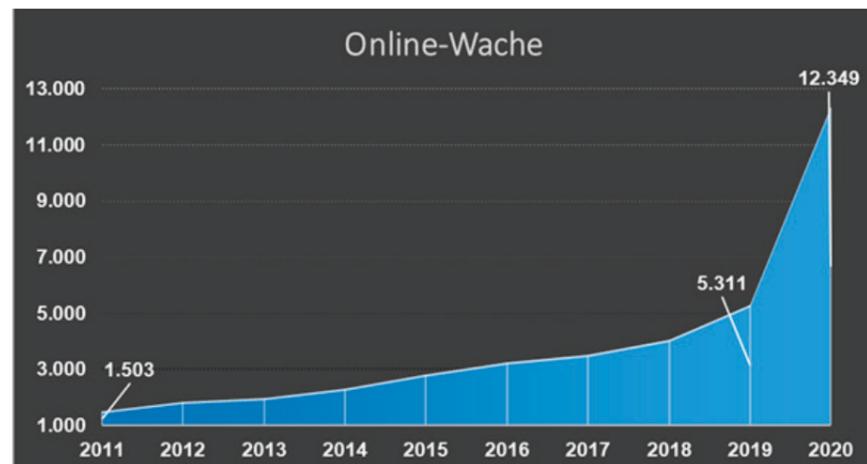
Aufgrund der Verbreitung digitaler, internetfähiger, mobiler Endgeräte in der Bevölkerung ist auch die Anzahl der Personen gestiegen, die das Portal der Online-Wache der Polizei Niedersachsen nutzen, um Anzeigen zu erstatten oder Hinweise zu geben.

Wie die Betrachtung des Jahres 2020 zeigt, wurde das Angebot, auf digitalem Wege eine Anzeige zu erstatten, durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen noch einmal deutlich stärker von den Bürgerinnen und Bürgern im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen genutzt.

Waren es im Jahr 2019 noch 5.311 online erstattete Anzeigen, stieg diese Zahl im Jahr 2020 auf 12.349. Das entspricht einem Anstieg von rund +132,5 Prozent.

Ganz überwiegend wurden dabei Betrugsdelikte und Diebstähle, aber auch Taten nahezu aller anderen Deliktgruppen zur Anzeige gebracht. Diese Entwicklung zeigt die Akzeptanz des Angebots. Sie zeigt außerdem, dass die Polizeidirektion Göttingen für die Bevölkerung auch digital rund um die Uhr

zur Verfügung steht. Die Online-Wache kann nicht genutzt werden, wenn der Bürger oder die Bürgerin anonym bleiben möchte, wenn eine Spurensicherung erforderlich ist oder die Sachverhalte umfangreich sind – dann sollte die Polizei telefonisch kontaktiert oder persönlich aufgesucht werden.



SÄM: Neue Betrugsmaschen Corona-Pandemie fördert neue Vorgehensweisen zutage

Die Corona-Pandemie haben Straftäter und Straftäterinnen im vergangenen Jahr genutzt, um neue Varianten zu entwickeln, an das Hab und Gut älterer Menschen zu gelangen. So sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 immer wieder vereinzelt Betrugsmaschen mit wechselnden Modi Operandi bekannt geworden.

Zu Beginn der Pandemie wurde potentiellen Opfern suggeriert, dass ihr Geld nicht sicher sei oder an Wert verlieren würde. Eine weitere Variante war der „Schockanruf“, bei denen den Opfern vorgespiegelt wurde, ein naher Verwandter sei an Corona erkrankt und benötige Geld für die Heilbehandlung. Ein weiterer Trick, der seit Freigabe des ersten Impfstoffes im Dezember 2020 bekannt wurde, war das Angebot eines Impftermins in der häuslichen Umgebung.

Die Geschädigte erkannte aber die Betrugsmasche und meldete es der Polizei, so dass es beim Versuch blieb. Immer häufiger werden Taten auch durch die Mithilfe Dritter verhindert. So zum Beispiel durch aufmerksames Bankpersonal oder, wie in einem Fall aus Hildesheim, einem unbeteiligten Taxifahrer, der unbewusst von den Täterinnen und Tätern beauftragt wurde, eine ältere Dame zur Bank zu fahren. Nach einem Gespräch mit seinem Fahrgast bemerkte er den Betrug und meldete es sofort der Polizei. Im Verlauf der weiteren Maßnahmen konnte ein Täter festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt werden. Er befindet sich derzeit in Untersuchungshaft.



Enkeltrick: Neue Masche mit Covid-19

Insbesondere ältere Menschen sind in jüngster Vergangenheit Opfer einer Abwandlung des Enkeltricks geworden – die Corona-Masche.

- ⇒ Personen, die von vermeintlich erkrankten Angehörigen telefonisch kontaktiert werden, sollten bei Geldforderungen besonders misstrauisch werden.
- ⇒ Fordern Sie Anrufer grundsätzlich dazu auf, den Namen des Enkels, der Nichte oder eines anderen Verwand-

ten selbst zu nennen. Lassen Sie sich nicht dazu verleiten, Namen zu erraten.

- ⇒ Wenn Sie Anrufer nicht sofort erkennen: Fragen Sie nach Dingen oder Begebenheiten, die nur der echte Verwandte kennen kann.
- ⇒ Rufen Sie Verwandte unter der Ihnen bekannten Telefonnummer zurück.
- ⇒ Geben Sie keine Details zu Ihren familiären oder finanziellen Verhältnissen preis.
- ⇒ Wenden Sie sich sofort an die Polizei unter 110, wenn Ihnen die Situation verdächtig erscheint.

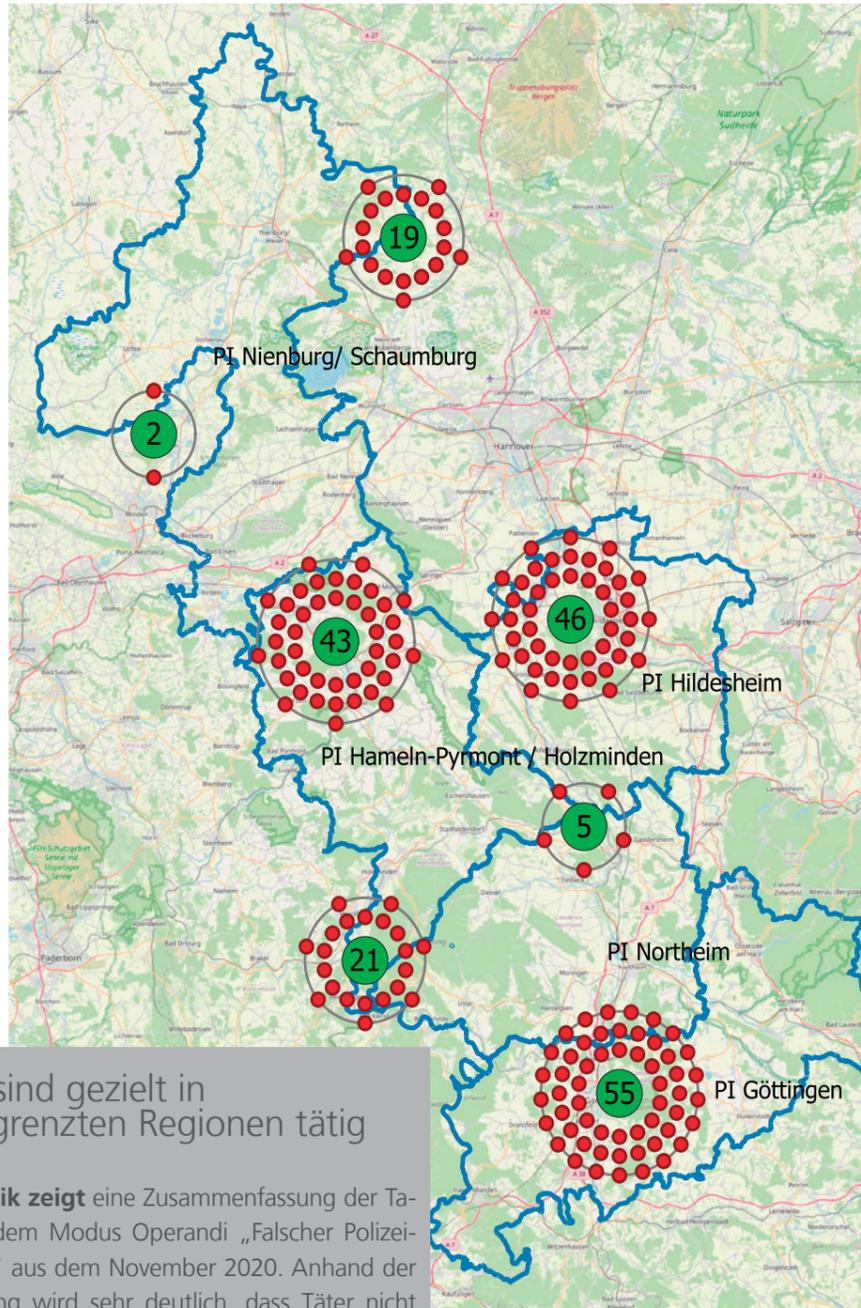
Visualisierung

„Falscher Polizist“:
Täter konzentrieren
sich oft auf ein
bestimmtes Gebiet

Trotz intensiver auch präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, in 101 Fällen davon wurden etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden.

Bei dem Phänomen „falsche Polizeibeamte“ wird bei den Geschädigten der Eindruck geweckt, ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin rufe an. Auf Seiten der Opfer entsteht der Eindruck, den Aufforderungen des Anrufers folgen zu müssen. Der Anrufer bzw. die Anruferin – ein sogenannter Keiler – agiert meist aus dem Ausland heraus und bedient sich vorwiegend aus Online-Telefonbüchern. Oftmals werden Vornamen ausgewählt, die man eher mit älteren Menschen verbindet.

Nach Vorgabe, ein Polizeibeamter zu sein, wird das ältere Opfer durch geschickte Gesprächsführung davon überzeugt, der Polizei Geld und Wertsachen zu übergeben, damit diese vor vermeintlichen Einbrechern sicher sind. Sollte sich das Opfer dazu bereit erklären, werden weitere Mittäter informiert – Logistiker, Observant, Abholer –, die arbeitsteilig und höchst professionell vorgehen. Die Visualisierung – die nur den Zeit-



Täter sind gezielt in eingegrenzten Regionen tätig

Die Grafik zeigt eine Zusammenfassung der Taten mit dem Modus Operandi „Falscher Polizeibeamter“ aus dem November 2020. Anhand der Darstellung wird sehr deutlich, dass Täter nicht einfach wahllos Telefonnummern wählen, sondern vielmehr professionell, in einem begrenzten Zeitraum, bestimmte, ebenfalls fest eingegrenzte Regionen anhand der Ortsvorwahlen „angreifen“.

Sie stellen damit sicher, dass Mittäter – also beispielsweise „Abholer“ oder „Beobachter“ – innerhalb kürzester Zeit zu den Wohnorten der potentiellen Opfer fahren und dort die Beute abholen oder anderweitig in Erscheinung treten können.

raum November 2020 umfasst – zeigt deutlich, dass die Täter und Täterinnen in einem bestimmten Zeitraum gezielt nach Stadt oder Gemeinde ihre Opfer auswählen und abtelefonieren.

Es ist davon ausgehen, dass sich Mittäter während der Telefonate bereits in unmittelbarer Nähe aufhalten, um schnell zu agieren und beim Opfer vor Ort zu sein, sobald eines telefonisch vom Keiler getäuscht wurde.

Unsere Einsätze

Der Zentralen
Kriminalinspektion
gelingt Schlag gegen
Drogennetzwerk



200 Beamtinnen und Beamte durchsuchten
16 Wohnungen und Gebäude und
Beschlagnahmten Drogen, Bargeld und Fahrzeuge.



Hinweis bringt Ermittlungen ins Rollen

Der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen ist in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Hildesheim im September 2020 ein Schlag gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität gelungen. Ihren Ursprung hatten die Ermittlungen in Elze, wo ein Hinweis aus der Bevölkerung eingegangen war.

Nach langwierigen Ermittlungen wurden an verschiedenen Orten im norddeutschen Raum insgesamt 16 Wohnungen und Gebäude durchsucht. In drei Gebäuden wurden professionell betriebene Cannabis-Indoorplantagen festgestellt, in einem Objekt war eine weitere Plantage im Aufbau und zwei weitere Objekte waren offenbar zu gleichen Zwecken bereits angekauft. Der Hinweis, der die Ermittlungen ins Rollen gebracht hatte, bezog sich auf ein ehemaliges Gebäude eines Landhandels. Schnell stand fest, dass dort Aufbauarbeiten für eine Rauschgiftplantage liefen. Die Ermittlungen wurden von der Zentralen Kriminalinspektion Göttingen aufgenommen und führten zur Identifizierung weiterer Standorte in

Niedersachsen, an denen ebenfalls ähnliche Anlagen in Betrieb waren, für deren Aufbau offenbar die gleiche Person verantwortlich war, wie in Elze.

Neun Personen aus mehreren Landkreisen festgenommen

Im Rahmen der Durchsuchungen beschlagnahmten etwa 200 Polizeibeamtinnen und -beamte verschiedener Dienststellen – darunter auch Spezialeinheiten – mehrere hundert Cannabis-Pflanzen, 56 Kilogramm Marihuana, drei Kilogramm Amphetamine, 20 Müllsäcke mit Cannabis Pflanzenresten, etwa 165.000 Euro, Silbermünzen, drei Fahrzeuge (davon ein Wohnmobil), Elektrowerkzeuge, Speichermedien, Kommunikationsmittel und PCs sowie die Ausrüstung zum Betreiben von Indoorplantagen im Umfang von mehreren Lkw-Ladungen. Neun Personen wurden vorläufig festgenommen. Die Durchsuchungen fanden in den Kreisen Hildesheim, Hameln, Schaumburg, Cuxhaven und der Region Hannover statt. Die Ermittlungen dauern an.



Hasskriminalität

Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Spätestens seit dem rechtsextremistisch motivierten Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Attentat von Halle ist die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität eines der bestimmenden Themen in der rechtspolitischen Diskussion. Aber auch die im Internet und den Sozialen Medien festzustellende Verhöhnung der Kommunikation, die häufig gekennzeichnet ist durch aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten, gibt Anlass zur Sorge.

Regelmäßig kommt es dabei zu Verstößen gegen das Strafrecht wie Beleidigungen, Mord- oder Gewaltandrohungen. Neben einem direkten Angriff auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen wird auch der politische Diskurs in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung angegriffen und in Frage gestellt. Im schlimmsten Fall ziehen sich Menschen aus Sorge vor diffamierenden Reaktionen oder Drohungen aus dem öffentlichen Diskurs zurück. Der freie Meinungs-austausch und die Meinungsfreiheit – Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung

– sind dadurch gefährdet. Auf diese besorgniserregende Entwicklung bei der Hasskriminalität reagierte die Bundesregierung mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gegen Hass, Rechtsextremismus und Antisemitismus und beschloss am 19. Februar 2020 den Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Teil des Gesetzesentwurfes ist auch eine Novellierung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes – auch „Facebook-Gesetz“ genannt. Dieses Gesetz, das neue Regeln und Strafverschärfungen vorsieht, wurde vom Bundesrat im Juni 2020 gebilligt, ist aber noch nicht in Kraft gesetzt. Das noch im Entwurfsstadium befindliche Gesetz soll Hetze und Drohungen künftig härter und effektiver verfolgen. Zentral ist dabei eine intensive und effektive Strafverfolgung insbesondere von Hasskriminalität mit rechtsextremistischem Hintergrund, auch im Internet. Flankiert wird dies durch Änderungen in zahlreichen Gesetzen – beispielsweise dem Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und dem „Facebook-Gesetz“ – und verschärften Strafandrohungen auf durch Hass motivierte Rechtsgut-

verletzungen. Als zentrale Neuerung wird im Netzwerkdurchsetzungsgesetz eine Meldepflicht der Anbieter sozialer Netzwerke für bestimmte strafbare Inhalte gegenüber dem Bundeskriminalamt eingeführt. Kernziele des Gesetzes sind, Kommunalpolitiker sowie Personal in Rettungsstellen besser zu schützen, dass große soziale Netzwerke strafbare Inhalte melden müssen und antisemitische Beweggründe als strafscharfend gelten.

Zentralstelle eingerichtet

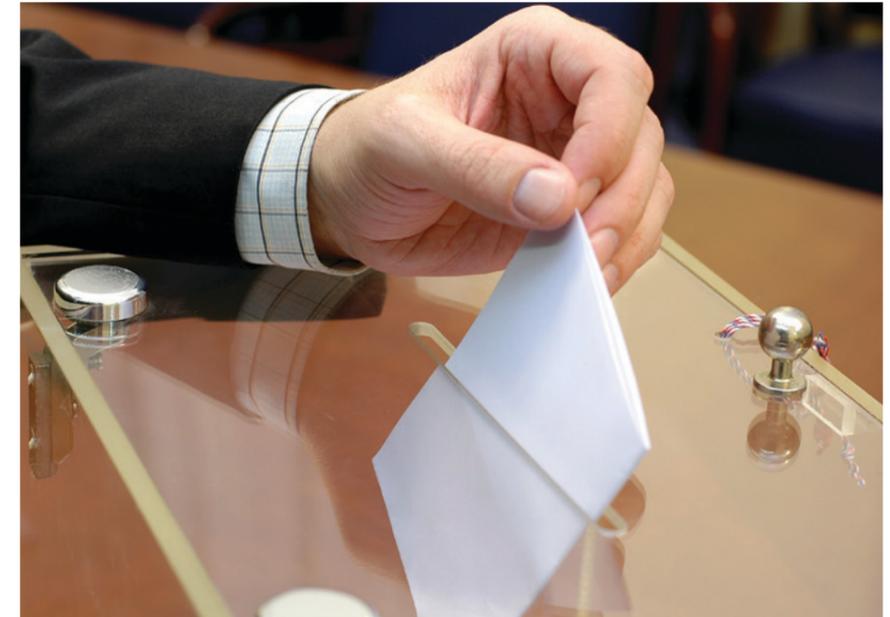
Die große Bedeutung der Bekämpfung der Hasskriminalität spiegelt sich auch in institutionalisierten Maßnahmen in Niedersachsen wider: So nahm am 1. Juli 2020 bei der Staatsanwaltschaft Göttingen eine neue „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ ihre Arbeit auf. Die Zentralstelle bearbeitet Ermittlungs- und Strafverfahren, in denen es um bedeutsame Hasskriminalität im Internet geht. Auch der bereits im Jahr 2019 im LKA Niedersachsen eingerichteten „Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet“ kommt eine entsprechende Bedeutung zu.

Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen

Das Wahljahr 2021 steht im besonderen Fokus

Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger werden immer häufiger Opfer von Drohungen, Nötigung und Verleumdung. Das noch nicht in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität soll auch sie künftig besser schützen.

Auf die hohe Zahl von Drohungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger insbesondere im Internet und in den sozialen Medien reagierte das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport bereits im Jahr 2019 mit zahlreichen Informations- und Präventionsveranstaltungen. Ziel der Veranstaltungen war die nachhaltige Stär-



kung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls dieser Personengruppe. Die konsequente Bekämpfung von Hasskommentaren und Drohungen bedarf einer niedrigschwelligen Anzei-

gerinnen und -träger von Delikten wie Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung und Volksverhetzung.

Das Problem, dass Mandats- und Amts-trägerinnen und -träger bis in den kommunalen Bereich hinein oder Ehrenamtliche immer häufiger zur Zielscheibe von verbalen Attacken und auch von Angriffen werden, ist hinlänglich bekannt, sodass der Staat mit zahlreichen Maßnahmen darauf reagiert hat – unter anderem mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität.

Wahljahr 2021

Neben einer Vielzahl von Wahlen in den Bundesländern werden im Jahr 2021 vor allem die Bundestagswahl im September, aber auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Unter konsequenter Ausschöpfung aller gesetzlichen Regelungen – insbesondere des noch in Kraft zu setzenden Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität – soll die Sicherheit für Amts- und Mandatsträger auch zukünftig gewährleistet werden.

Verhaltensempfehlungen

- **Gefahrenbewusstsein:** Seien Sie aufmerksam und achten Sie auf Veränderungen - so registrieren Sie verdächtige Situationen besser und können Sie melden.
- **Terminkalender:** Ihr Terminkalender – sowohl dienstlich als auch persönlich – sollte nicht öffentlich sein.
- **Soziale Netzwerke:** Überlegen Sie, welche Daten und Informationen Sie im Internet verbreiten. Sensibilisieren Sie auch Familienangehörige.
- **Freizeitaktivitäten:** Unternehmen Sie Freizeitaktivitäten nicht an abgelegenen Orten.
- **Bedrohungen:** Nehmen Sie jede Drohung ernst und melden Sie der Polizei.
- **Dokumentation:** Dokumentieren Sie Bedrohungen mithilfe von Screenshots, Mitschnitten oder Protokollen.



Subventionsbetrug in der Pandemie

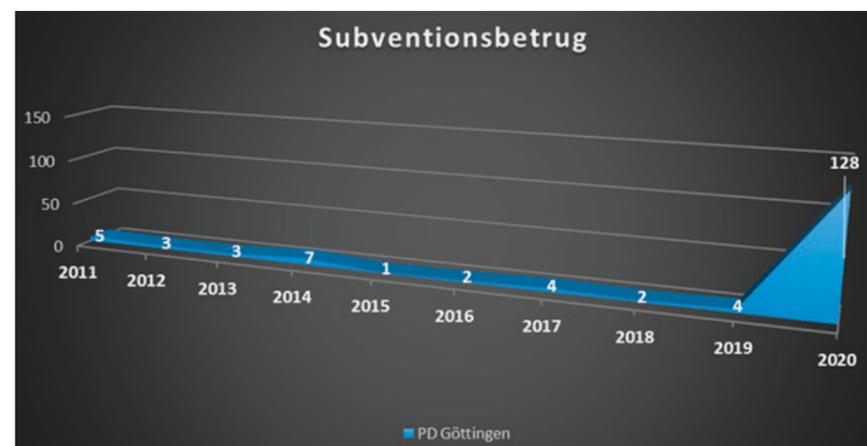
Massiver Anstieg: Betrüger nutzen Corona-Soforthilfen aus

Während in den vergangenen zehn Jahren Straftaten des Subventionsbetrugs im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen fast keine Rolle gespielt haben, ist im Berichtsjahr 2020 ein massiver Anstieg festzustellen. Grund dafür dürfte die Corona-Pandemie sein.

Wurden in den zurückliegenden neun Jahren insgesamt gerade einmal 31 Delikte zur Anzeige gebracht, waren es allein im vergangenen Jahr 128 Taten. Der dabei entstandene Schaden liegt dabei aktuell bei rund 950.000 Euro. Die Aufklärungsquote dieser Delikte liegt mit über 97 Prozent sehr hoch. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den angezeigten Fällen nahezu ausnahmslos um Betrug zur

Erlangung der sogenannten „Corona-Soforthilfe“ handeln dürfte. Es wurden als Corona-Hilfen in der Regel Summen zwischen 3.000 bis 6.000 Euro erlangt. In einigen wenigen Fällen haben sich Täterinnen und Täter aber auch Sum-

men zwischen 20.000 bis zu 25.000 Euro unrechtmäßig angeeignet. Nach Angaben des Niedersächsischen Justizministeriums Ende Dezember 2020 belief sich die Schadenssumme auf mehr als neun Millionen Euro.



Audiovisuelle Vernehmungen

Bild und Ton sollen Grundrechte sichern

Zum 1. Januar 2020 trat eine Gesetzesänderung in Kraft, die die Aufzeichnung von Vernehmungen Beschuldigter in Bild und Ton regelt. Die entsprechende Technik für die sogenannte Audiovisuelle Beschuldigtenvernehmung (AVV) wurde bereits Ende Januar 2020 bei der Polizeidirektion Göttingen eingeführt.

Die Gesetzesänderungen zur Vernehmung Beschuldigter dienen der Transparenz und dem Schutz der Rechtsgüter Einzelner und der Allgemeinheit sowie der wirksamen Sicherung der Grundrechte der mit Strafe Bedrohten im Strafprozess. Unabhängig von der Tatsache, dass Beschuldigte nach den derzeit geltenden Regelungen in der Hauptverhandlung aussagen können und gehört werden müssen, dienen die rechtlichen Neuerungen insbesondere der Förderung der Wahrheitsfindung. Weiterhin soll das Strafverfahren an sich effektiver gestaltet werden. Im Besonderen wird zudem die Schutzwürdigkeit minderjähriger Beschuldigter herausgestellt.

Bild- und Tonaufzeichnungen sind seit der Gesetzesänderung verpflichtend bei Vernehmungen – sowohl von Erwachsenen als auch bei Jugendstrafverfahren – anzufertigen, wenn der Verdacht eines Tötungsdeliktes gegeben ist. Zudem ist die Aufnahme in Bild und Ton erforderlich, wenn schutzwürdige Interessen der Beschuldigten mit erkennbar eingeschränkten geistigen Fähigkeiten so besser gewahrt werden können. Auch wenn ein Verteidiger notwendig, aber nicht anwesend ist, muss die



Vernehmung von Minderjährigen und Heranwachsenden aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund initiierte das Niedersächsische Innenministerium eine Task Force AVV, die unter Beteiligung der Polizeidirektionen und der Polizeiakademie neben einer umfangreichen Marktanalyse und bundesweiten Analyse der Hard- und Software eine datenschutzrechtliche Folgeabschätzung vornahm, ein IT-Sicherheitskonzept erstellte sowie eine Handlungsanleitung für die Umsetzung audiovisueller Vernehmungen entwickelte.

Zeitgleich bereitete sich die Polizeidirektion Göttingen auf das Rollout der ersten AVV-Systeme vor. Während der IT-Koordinator im Dezernat 14 für die Implementierung der Technik Sorge trug, lag die fachliche Betreuung im Dezernat 11. Ende Januar 2020 wurden die ersten drei Systeme an die Inspektionen Göttingen, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg übergeben. Die Einführung wurde mit einer technischen

Einweisung von der Zentralen Polizeidirektion begleitet. Im März 2020 folgte eine erweiterte Einweisung im Rahmen einer Informationsveranstaltung in der PI Hildesheim. Darüber hinaus erstellte die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ein Video zum Aufbau und Handling der Technik, das über die Grenzen der Polizeidirektion Göttingen hinaus Anerkennung fand. Seit April 2020 sind alle Inspektionen mit zwei mobilen AVV-Systemen ausgestattet, die in den Zentralen Kriminaldiensten stationiert sind. Inzwischen findet die Audiovisuelle Vernehmung immer mehr Zuspruch. Neben Beschuldigtenvernehmungen bei Kapitaldelikten finden in Absprache mit den Staatsanwaltschaften regelmäßig auch Befragungen von Opferzeugen nach Missbrauchs- und Sexualdelikten unter Nutzung der AVV-Systeme statt. Dass die mobilen Geräte als Koffersystem etwa in Krankenhäusern oder in entfernten Dienststellen genutzt werden können, hat sich als großer Vorteil erwiesen.



Niedersachsen. Klar.

3Ds, die wir meiden sollten.

- Dichte Räume
- Dichte Menschenmengen
- Dichten Körperkontakt

Gesund bleiben

auf Niedersächsisch.

Bitte immer dran denken:

Abstand halten.

Hände waschen.

Maske tragen.

www.niedersachsen.de/coronavirus



Wir sind stärker!
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA



Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs



Verkehrslagebild

Verkehrsunfallzahlen entwickeln sich 2020 positiv

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Die Verkehrssicherheitsarbeit hat in der Polizeidirektion Göttingen daher einen hohen Stellenwert. Zu den Kernaufgaben zählt es, Verkehrsunfälle mit schweren Folgen oder gar Todesopfern zu verhindern.

Das Jahr 2020 lässt im Vergleich zum Vorjahr zwar eine positive Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen erkennen, die Vorgaben der Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 – die Senkung der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden um 50 Prozent – konnten jedoch nicht erreicht werden.

Im Mittelpunkt der polizeilichen Maßnahmen steht es, das Gefahren- und Verantwortungsbewusstsein sowie die gegenseitige Rücksichtnahme und

Vorsicht im Straßenverkehr zu fördern. Dafür wird ein integratives Konzept verfolgt, das repressive und präventive Maßnahmen beinhaltet.

Zielgruppen im Blick

Darüber hinaus haben alle Maßnahmen die jeweiligen Zielgruppen im Blick: Fahrrad- und Motorradfahrer/innen, Seniorinnen und Senioren, Kinder oder Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahnanfängerinnen und -anfänger. Zusätzlich muss die Polizei zukünftig mit einer verstärkten Nutzung von Elektrokleinstfahrzeugen rechnen und deren Fahrerinnen und Fahrer präventiv beratend begleiten.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und -beamten der Regionalen

Kontrollgruppe (RKG). Zusätzlich steht die spezialisierte Kontrollgruppe Krad für die Überwachung des Motorradverkehrs als Aufrufeinheit der Polizeidirektion Göttingen zur Verfügung.

„Megatrend“ Radverkehr

Zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben wurde unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese löst die Verkehrssicherheitsinitiative 2020 ab.

Dem „Megatrend“ Radverkehr, auch der Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge, wird hierbei besondere Beachtung geschenkt. So stand die Überwachung des Radverkehrs als strategisches Leitthema im Jahr 2020 neben der präventiven Arbeit, wie der Beratung zur Verkehrsraumgestaltung, im besonderen Fokus.

Hauptunfallursachen und Prävention

Die Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle waren auch im Jahr 2020 wieder zu hohe und nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol- und Drogenbeeinflussung, Ablenkung durch mobile Endgeräte, wie das Smartphone, sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand.

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen jedoch neben diesen genannten Hauptunfallursachen auch die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. Rückhaltesysteme. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder auch tödliche Verletzungen nach sich ziehen. Es muss klar gesagt werden: Ein Sicherheitsgurt rettet Leben.



Aktuelle Entwicklungen

In der Präventionsarbeit behält die Polizei aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils und der Lastkraftwagen, der Fahrradfahrenden und anderer Fortbewegungsmittel im Blick und bleibt Initiator der Verkehrsunfallprävention.

Aufgrund örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden gezielt Schwerpunkte gesetzt. Dabei kommt der Zusammen-

arbeit mit den Netzwerkpartnern der Verkehrssicherheitsarbeit eine besondere Bedeutung zu.

Neben bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema Ablenkung im Straßenverkehr und Radverkehr (Landesschwerpunkt 2020 und 2021). Dies wird auch durch die Zahl der festgestellten Verstöße zur Ablenkung durch elektronische Geräte belegt.

Sicherheitswochen

In den Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen wurden im vergangenen Jahr 21 Verkehrssicherheitswochen ausgerichtet, in denen Landes- und regionale Schwerpunkte sowie die Hauptunfallursachen und Risikogruppen thematisiert wurden. 777 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wurden hierfür eingesetzt, die 5.765 Einsatzstunden leisteten.





Zahlen Radverkehr 2020

Überprüfte Fahrräder gesamt:	10.266
Anzahl Verstöße gesamt :	7.373
davon Handy:	1.853
davon Beleuchtung:	1.928

Verkehrssicherheitsarbeit

Zahl der Unfälle mit Fahrrädern und Pedelecs steigt

Aufgrund der hohen Anzahl von beteiligten Radfahrerinnen und -fahrern an Verkehrsunfällen mit schweren und tödlichen Verletzungen in der Statistik des Jahres 2019 wurden unter dem Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ im Jahr 2020 schwerpunktorientierte Kontrollen geplant und auch vorgenommen.

Auffällig ist, dass im Verlauf der vergangenen Jahre die sogenannten E-Bikes immer mehr an Beliebtheit gewonnen haben – hier ist anzumerken, dass vermehrt auch lebensältere Menschen auf das Pedelec umsteigen. In der Folge war eine Steigerung der schwerwiegenden Unfälle mit getöteten und schwerverletzten Seniorinnen und Senioren in der Altersgruppe 65+ festzustellen.

Problematisch ist dabei, dass auch für das Führen der mit Elektromotoren angetriebenen Fahrräder eine Helmpflicht nicht gesetzlich vorgeschrieben ist – die Gefahr, bei einem Unfall schwer verletzt zu werden, ist also groß.

Schwerpunkt-Kontrollen

Trotz des zunächst nur zögerlichen Beginns der Verkehrssicherheitswochen, gerade im Frühjahr bedingt durch den Corona-Lockdown, wurde im Laufe des Sommeranfangs, nach den Sommerferien und im Frühherbst die Überwachung des Radverkehrs im Bereich der Polizeidirektion Göttingen intensiviert.

Im Rahmen der schwerpunktorientierten Kontrollen wurden nahezu 1.500 Fahrrad- und Pedelecführerinnen und -führer im gesamten Direktionsbereich angehalten und überprüft. Mehr als 1.000 davon verhielten sich nicht regelkonform.

Auffallend war, dass 212 wegen der Nutzung des Mobiltelefons auffielen. Bei gut 20 Prozent der Zweiradfahrerinnen und -fahrer war die Beleuchtung nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand. Zusätzlich wurden im Rahmen der Verkehrssicherheitswochen Fahrradkontrollen vorgenommen.

Hier mussten gegen 84 Personen Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet

werden. Erschreckend war auch die Anzahl der unter dem Einfluss von Alkohol (97) und Betäubungsmitteln (5) stehenden Zweiradfahrerinnen und -fahrer, denen Blutproben entnommen wurden. Geahndet wurden aber auch Verstöße zum Nachteil von Radfahrenden, beispielsweise Vorfahrtsverletzungen oder Vorbeifahren mit zu geringem Seitenabstand – insgesamt 171.

Unfallzahlen leicht gesenkt

Mit Blick auf die Unfallstatistik zeigt sich, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Radfahrerinnen und -fahrern mit schwerwiegenden Folgen in diesem Jahr leicht gesenkt werden konnten. Die Gesamtzahl fiel von 183 auf 157 Unfälle mit schwerwiegenden Folgen.

Im vergangenen Jahr wurden zehn tödliche (fünf Fahrrad/fünf Pedelec) und 147 Unfälle mit Schwerverletzten/Radfahrerbeteiligung polizeilich aufgenommen. 2019 waren sieben tödliche (fünf Fahrrad/ zwei Pedelec) und 176 Unfälle mit Schwerverletzten zu verzeichnen.

Corona: Aktionen und Verkehrssicherheitswochen mussten entfallen

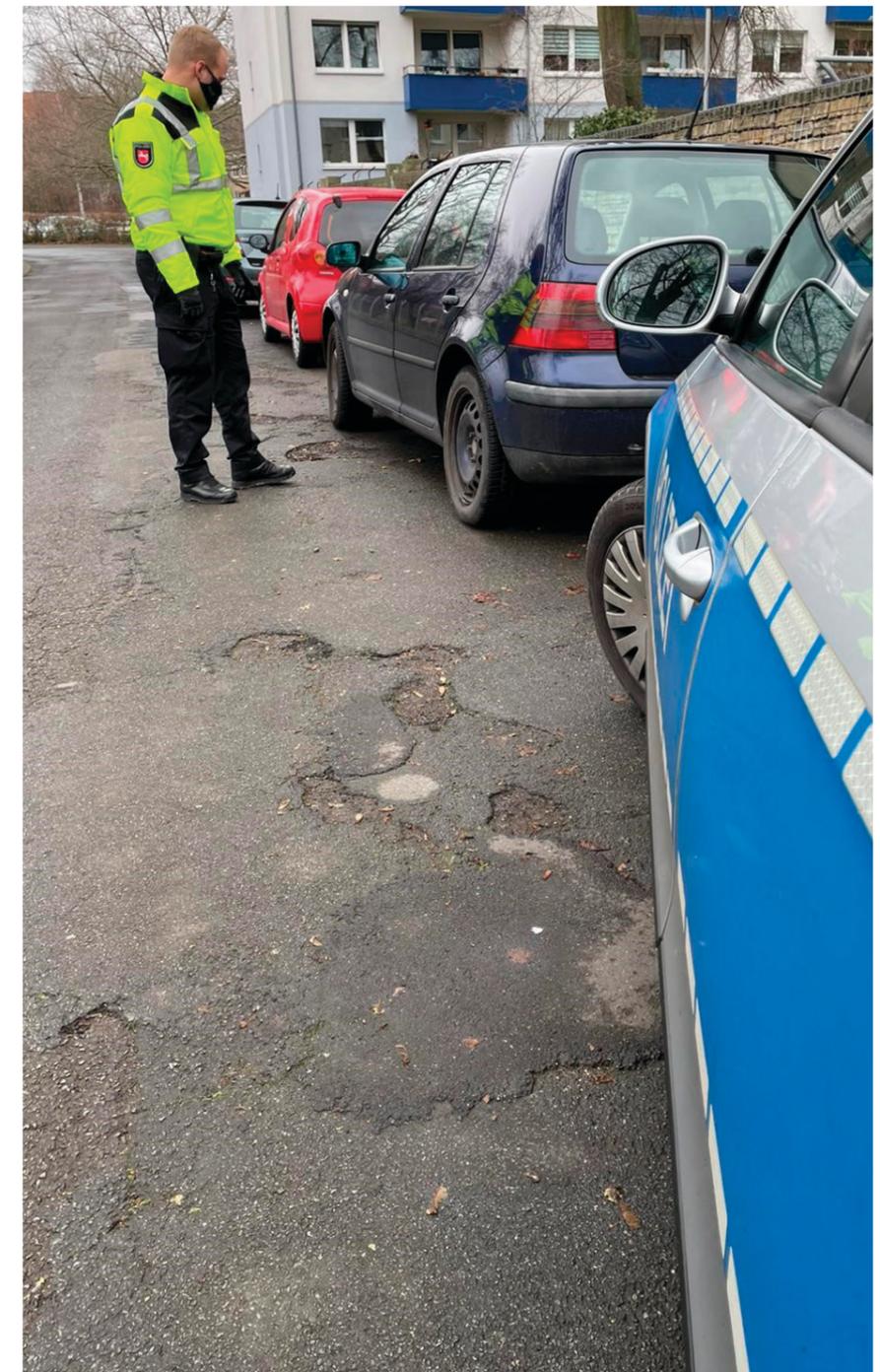
Die Corona-Pandemie hatte und hat nach wie vor Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit in den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen: Die Lockdowns, zunächst im Frühjahr und dann noch einmal im Herbst/Winter des vergangenen und auch des neuen Jahres, führten zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, das sich in der polizeilichen Arbeit deutlich spürbar machte.

Ein Schwerpunktthema des Jahres 2020 sollte das Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ sein. Im Bereich der Polizeidirektion Göttingen waren dafür, gerade im Frühjahr und den Sommermonaten, diverse Aktionstage geplant, von denen mehrere nicht stattfinden konnten, da beteiligte Schulen aufgrund der Pandemie geschlossen wurden. Die große Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler konnte so mit den auf Prävention ausgelegten Aktionen im vergangenen Jahr nicht erreicht werden.

Geplante Termine abgesagt

Die Verkehrssicherheitswochen in den Polizeiinspektionen konnten ebenfalls nicht wie geplant stattfinden. In den Monaten Januar bis März fanden, noch wie geplant, sechs dieser Aktionen statt. Von März bis Juni war dies dann nicht mehr möglich. Erst nach den Sommerferien konnten die einwöchigen Aktionen weitergeführt werden.

Die Verkehrsüberwachung war pandemiebedingt nur eingeschränkt möglich, so dass eine Reduzierung der Anzahl der Kontrolltätigkeiten in allen Dienststellen zu beobachten war. Die Corona-Pandemie führte zudem zu



einem veränderten Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, was auf die Kurzarbeit in vielen Unternehmen sowie die Verlagerung ins Home-Office zurückzuführen war. Erfreulich ist, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerverletzten oder getöteten Personen dadurch deutlich gesenkt werden konnte.

Infektionsschutz im Mittelpunkt

Durch die Pandemie war die Verkehrssicherheitsarbeit auch für die Beamtinnen und Beamten zeitweise nur eingeschränkt möglich. Im Fokus stand die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie ergänzender Aufgaben im Bereich des Infektions- und Gesundheitsschutzes, was sich unter anderem auf die Anzahl der Kontrolltätigkeiten ausgewirkt hat.

Sicherheit im Straßenverkehr

Spezialisierte Kontrollgruppe nimmt Biker unter die Lupe

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über eine spezialisierte Kontrollgruppe, die sich durch ausgezeichnetes Fachwissen im Bereich der Motorräder und getunter Fahrzeuge auszeichnet. Die 18 Mitglieder der sogenannten SKG-Krad rekrutieren sich aus den fünf Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen und gehören dabei unterschiedlichen Organisationseinheiten an. Die Kontrollen finden überwiegend an den Wochenenden statt.

Das notwendige Fachwissen für die ganzheitlichen Kontrollen an Motorrädern oder getunten Fahrzeugen bringen die Kolleginnen und Kollegen teilweise bereits aus ihrem privaten Umfeld mit. Im Übrigen werden alle Mitglieder während einer alljährlichen dreitägigen Fortbildungsveranstaltung bezüglich der Neuerungen in Gesetzen und Verordnungen auf den neuesten Stand gebracht. Dabei referieren auch immer wieder externe Experten von technischen Überwachungsorganisationen oder von Gutachterbüros. Leider fiel die Fortbildung im Jahr 2020 dem ersten Lockdown zum Opfer. Nicht zuletzt profitiert die Truppe vom exzellenten Fachwissen des stellvertretenden Leiters der SKG-Krad, Polizeihauptkommissar Stephan Heinz. Dieser fungiert zusätzlich als Behördenmultiplikator in Sachen Technik und Fahrzeugtuning. Grundsätzlich sind so alle Kontrollkräfte in der Lage, illegale technische Veränderungen der Fahrzeugtechnik zu erkennen. Besonderes Augenmerk wird neben den sicherheitsrelevanten Veränderungen



auch auf die Manipulationen an den Abgasanlagen gelegt. Diese Veränderungen sind neben der Fahrweise der Fahrzeugführerinnen und -führer der Hauptgrund für den störenden Lärm der Fahrzeuge. Vielerorts formiert sich deshalb der Widerstand gegen Motorrad- aber auch Pkw-Lärm.

Die Bilanz der diesjährigen Kontrolltätigkeit fällt, nicht zuletzt durch die alles beherrschende Corona-Pandemie, weniger umfangreich aus als in den Vorjahren. Es wurden aber trotz allem zehn Kontrollen veranstaltet, wobei diesmal ein klarer Schwerpunkt im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Bodenwerder lag. Hier waren die Beschwer-

den der Bewohnerinnen und Bewohner rund um die „Rühler Schweiz“ besonders massiv. Beispielhaft sei auch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen des Polizeikommissariats Königslutter in der Polizeidirektion Braunschweig, bei einer Schwerpunktkontrolle im Höhenzug Elm erwähnt.

Kontrollen 2021 in Vorbereitung

Die Vorbereitungen für die nächste Saison laufen bereits. Ein Termin für die Fortbildungsveranstaltung steht bereits – ein Kontrollkalender wird zeitnah durch das Dezernat 12 der Polizeidirektion Göttingen in Absprache mit den Polizeiinspektionen erstellt.

Fachstrategie Verkehr löst VSI 2020 ab

Die Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 hat im vergangenen Jahr ihren Abschluss gefunden. Schon seit 2018 wird unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine neue, gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt, die die VSI 2020 ablösen wird.

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit verkehrspolizeilichen Aufgaben entwickeln sich weiterhin dynamisch, und gerade in technischer Hinsicht ist die Komplexität angewachsen. Die neue Fachstrategie soll daher mit einer neuen Ausrichtung der verkehrspolizeilichen Arbeit in Niedersachsen zur Anwendung kommen.

Es wurden sechs Umweltrends in der operativen Schwerpunktsetzung identifiziert:

⇒ **Automotive IT:** Sie soll zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs durch automatisierte Systeme oder autonomes Fahren genutzt werden.

⇒ **Gewerblicher Güterkraftverkehr:** Durch qualifiziertes Personal sollen gemeinsam mit Netzwerkpartnern die verkehrskritischen Faktoren des zunehmenden gewerblichen Güterverkehrs reduziert werden.

⇒ **Altersspezifische Risikogruppen:** Ihnen soll eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr ermöglicht werden.

⇒ **Neue Mobilitätsformen:** Entwicklungen im Feld der neuen Mobilitätsformen (eKFV) sollen beherrscht werden.

⇒ **Radverkehr:** Das erhöhte Unfallrisiko aller Formen des Radverkehrs soll reduziert werden. Der Megatrend Radverkehr wird berücksichtigt.

⇒ **Risikobehaftetes Verhalten:** Es sollen alle Möglichkeiten zur Reduzie-



rung risikobehafteten Verhaltens genutzt werden.

Neben der operativen Schwerpunktsetzung gilt es, als zweite Säule die Organisation zu überprüfen. Hier wird kritisch betrachtet, wie die Zielsetzung – also die Bündelung der Anstrengungen in der Verkehrssicherheitsarbeit – umgesetzt werden kann. Diese Säule bezieht sich auf die Kernaspekte der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit, bestehend aus Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallaufnahme und -sachbearbeitung.

Um eine einheitliche Strategie entwickeln, planen und umsetzen zu können, wurden „Themenpatenschaften“ übernommen. Jede Polizeidirektion übernimmt einen der Schwerpunkte als „Themenpate“. Die Polizeidirektion Göttingen hat die Themenpatenschaft für den Bereich des gewerblichen Gü-

terkraftverkehrs übernommen. Ziel ist es, unter anderem die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden, beispielsweise auf Autobahnen, zu minimieren.

Das soll durch die Überprüfung des Konzepts der regionalen Kontrollgruppen (Schwerlast) gewährleistet werden. Außerdem sollen in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Verkehrsministerium und dem Bundesamt für Güterverkehr Kontrollörtlichkeiten ertüchtigt werden. Zudem muss durch ein Konzept, unter Beteiligung der Bußgeldstellen, der Ausbau der Vermögensabschöpfung vorangetrieben werden. Die Kontrollaktionen mit der BAG und dem Zoll sollen intensiviert und landesübergreifende Kontrollen im Zusammenspiel mit den Nachbarbundesländern verstetigt werden. Darüber wird ein lagegerechtes Personaleinsatzkonzept erstellt und das Fortbildungskonzept evaluiert.



POLIZEI
NIEDERSACHSEN

**ENKELTRICK VERHINDERT,
TASCHENDIEB GESTELLT.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



Im Portrait
Die Polizeiinspektion Hildesheim im Überblick,
ihre Aufgaben und Einsätze.



Die Polizeiinspektion Hildesheim im Überblick

556 Mitarbeitende sorgen für Sicherheit in Stadt und Kreis Hildesheim

Die Polizeiinspektion Hildesheim betreut polizeilich die Stadt und den Landkreis Hildesheim mit einer Gesamtfläche von etwa 1.206 Quadratkilometern und ca. 275.400 Einwohnerinnen und Einwohnern. Davon leben allein etwa 100.000 Menschen im Stadtgebiet. 556 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen dabei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Von den 556 Mitarbeitenden der Polizeiinspektion Hildesheim sind aktuell 479 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Neben dem Hauptstandort in der Schützenwiese sowie der Innenstadtwache in Hildesheim ist die Polizeiinspektion an vier weiteren Standorten mit Polizeikommissariaten in Alfeld, Sarstedt, Bad Salzdetfurth und Elze („Rund-um-die-Uhr-Dienst“) sowie mit

14 Polizeistationen im Landkreis Hildesheim vertreten. In Alfeld sind aktuell 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, in Sarstedt sind es 57, in Bad Salzdetfurth 54 und in Elze 25.

Geleitet wurde die Polizeiinspektion Hildesheim bis zum 31. März 2021 vom Leitenden Polizeidirektor Uwe Ippensen, sein Nachfolger ist seit dem 1. April 2021 Polizeidirektor Michael Weiner.

Zur Leitung der Inspektion gehören ferner die Bereiche Personal-/Disziplinarwesen, Aus- und Fortbildung (einschließlich Systemisches Einsatztraining), die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Präventionsteam sowie die Wirtschaftsverwaltung. Der Zentrale Kriminaldienst (ZKD) besteht aus sie-

ben Fachkommissariaten, der Analysestelle sowie der Fahndungsgruppe. Die Verantwortung für den ZKD liegt bei Kriminaldirektorin Birgit Thieme.

Für das Einsatzgeschehen in Stadt und Landkreis war bis zum 28. Februar 2021 Polizeidirektor Peter Girschik verantwortlich, aktuell wird der Posten vertretungsweise vom Ersten Polizeihauptkommissar Thorsten Diederich bekleidet.

Ihm unterstehen seither unmittelbar die Einsatz- und Streifendienste der Stadt Hildesheim (einschließlich Innenstadtwache) und der Autobahn, die Verfügungseinheit, der Sachbereich Verkehr, der Sachbereich Allgemeine Gefahrenabwehr/Umweltschutz sowie der Fachbereich Führungs- und Einsatzmittel.

Kommissariate in der Fläche

Der Polizeiinspektion Hildesheim sind vier Kommissariate nachgeordnet. Zusammen mit weiteren 14 Stationen sorgen sie für Präsenz in der Fläche und damit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Hildesheim.

Folgende Beamtinnen und Beamte sind mit den Leitungen der Kommissariate der Polizeiinspektion Hildesheim betraut:

Polizeikommissariat Alfeld
Ravenstraße 8
31061 Alfeld
Leitung: Erster Polizeihauptkommissar Thomas Brandes, Telefon 05181/91160

Polizeikommissariat Sarstedt
Am Bruchgraben 7a
31157 Sarstedt
Leitung: Erste Kriminalhauptkommissarin Sylke Hanke, Telefon 05066/9850

Polizeikommissariat Bad Salzdetfurth
Bahnhofstraße 11
31162 Bad Salzdetfurth
Leitung: Erste Kriminalhauptkommissarin Dagmar Leopold, Telefon 05063/9010

Polizeikommissariat Elze
Sedanstraße 34
31008 Elze
Leitung: Polizeihauptkommissar Lutz Ike, Telefon 05068/93030





Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim

Persönliche Gespräche in jeder Dienststelle für alle Interessierten

Was zeichnet den Beruf der Polizeibeamtin oder des Polizeibeamten aus? Welche Vor- und welche Nachteile hat der Beruf? Welche Studienvoraussetzungen gibt es und welche Studieninhalte erwarten mich?

Diese und viele weitere Fragen zum Po-

lizeiberuf beantworten die Mitglieder des Teams Nachwuchsgewinnung der Polizeiinspektion Hildesheim unter der Koordination von Polizeihauptkommissarin Stefanie Schädlich.

Zum Team Nachwuchsgewinnung gehören Polizeibeamtinnen und -beamte, die ihren Dienst entweder am Standort der Polizeiinspektion oder in den Polizeikommissariaten versehen. Das bedeutet, dass jeder und jede Interessierte im persönlichen Gespräch vor Ort auch einen festen Ansprechpartner oder eine feste Ansprechpartnerin haben kann. Dieser persönliche Kontakt war im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie kaum möglich. Umso mehr hofft das Team der Nachwuchsgewinnung, im Jahr 2021 wieder im Rahmen von Berufsorientierungsmessen, Informationsveranstaltungen in den Schulen und



Berufsinformationszentren oder auch in den einzelnen Dienststellen der Inspektion über den Berufseinstieg informieren zu können.

Kontakt

Interessierte, die sich über den Polizeiberuf informieren wollen, können sich per Mail oder telefonisch an Polizeihauptkommissarin Stefanie Schädlich

(Team Nachwuchsgewinnung der Polizeiinspektion Hildesheim) wenden:

auf@pi-hi.polizei.niedersachsen.de
Telefon 05121/ 939-105

Interview

Auf Umwegen zum Traumberuf

Cem Özkan ist 29 Jahre alt und kommt aus Hildesheim. Seit Oktober ist er als Polizeikommissaranwärter (PKA) in der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Hildesheim tätig. Cems Weg zur Polizei war außergewöhnlich. Im Interview berichtet er von diesem Weg zu seinem Traumberuf.

Cem, du bist PKA, hast dein Studium aber bereits abgeschlossen. Das ist richtig. Polizist zu sein, war immer mein Traum. Ich habe einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und konnte immer gut mit Menschen. Meine Oma hat mir daher geraten, Anwalt zu werden. Da ich allerdings auch Menschen verteidigen müsste, deren Verbrechen ich eigentlich verurteile, bin ich auf die Polizei gekommen. Ich habe mich 2008 erstmals bei der Polizei beworben, was leider nicht geklappt hat.



Ich stelle immer wieder fest, wie prägend man als Polizist für andere Menschen sein kann. Das habe ich selber erfahren.

Ich bin dann erst mal zur Bundeswehr

Dann gab es einen Wendepunkt. Ein Ereignis, wodurch dein Traum wieder präsent geworden ist. Was genau war das?

Ich hatte eine Panne auf der Autobahn und wurde von der Autobahnpolizei Hildesheim abgesichert. Die Polizisten waren so nett und ich habe mir gedacht, dass ich das sein könnte. Also habe ich mich erneut beworben und wurde in Baden-Württemberg angenommen. Dort habe ich die Ausbildung



im mittleren Dienst absolviert. Danach war ich in der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg. Ich war unheimlich stolz. Mein damaliger Bärenführer sah meine Liebe zum Beruf und gleichzeitig meine

Einsamkeit. Er riet mir, mich bei der Polizei Niedersachsen zu bewerben und in meine Heimat, zu meinen Freunden und der

Familie zurückzukehren. Im Rahmen des Studiums wurde ich dann auf die Möglichkeit zur Verkürzung aufmerksam gemacht und habe diese wahrgenommen.

Wenn alles nach Plan verläuft, wirst du in Kürze zum Polizeikommissar ernannt. Freust du dich auf diese Zeit? Und wo siehst du dich in den nächsten Jahren?

Meinen Traum werde ich mir voraussichtlich zum April dieses Jahr erfüllen. Ich bin stolz darauf, es ein zweites Mal geschafft zu haben. Mein persönliches

Ziel ist es, effektive Polizeiarbeit am Bürger zu leisten. Die Verfügungseinheit habe ich erst bei der Polizei Niedersachsen kennenlernen dürfen. Ich konnte das Arbeitsspektrum hautnah erleben und freue mich sehr darauf, mich hier entfalten zu dürfen und die Arbeit zu leisten, die ich mir jahrelang gewünscht habe.

Du hast bereits einige Erfahrungen sammeln können. Hat sich hierdurch dein Blick auf den Polizeiberuf verändert?

Nein, es ist immer noch mein Traum. Ich stelle immer wieder fest, wie prägend man als Polizist für andere Menschen sein kann. Das habe ich durch die Autobahnpolizei selber erfahren und aus diesem Grund habe ich in Baden-Württemberg auch als Ausbildungsbotschafter in Schulen gearbeitet. Die Menschen positiv zu beeinflussen, sie in Ausnahmesituationen zu unterstützen und zu helfen – das ist mein Ziel. Deswegen habe ich mich für den Polizeiberuf entschieden.

Die Pandemie in der Inspektion Hildesheim



Durch den Zusammenhalt in den Dienststellen konnte der Dienst in der Polizeiinspektion Hildesheim aufrechterhalten werden.

Corona-Virus brachte vielfältige Veränderungen im Berufsalltag

Die Polizeiinspektion Hildesheim wurde vor eine neue Herausforderung gestellt, als sich zu Beginn des Jahres 2020 das Covid-19-Virus in Deutschland ausbreitete. Zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zur Verhinderung eines rasanten Anstiegs an Infizierten wurden in den Dienststellen stetig diverse Veränderungen vorgenommen.

Dazu gehörte die Anpassung der Arbeitszeiten, die Möglichkeit vom Dienst im Home-Office sowie das Bilden entsprechender Kohorten im ermittelnden Bereich. Der Streifendienst arbeitete in festen Schichten, sodass eine Durchmischung der Kolleginnen und Kollegen weitestgehend verhindert werden konnte.

Folglich kam es auch zur Aussetzung der zentralen und dezentralen Fortbildungsveranstaltungen. Desinfektionsmittelspender wurden zusätzlich in den Fluren angebracht sowie diverse Acrylschutzwände aufgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger wurden dazu aufgefordert, bei „einfachen“ strafrechtlichen Sachverhalten über die Online-Wache

Anzeige zu erstatten. So konnte unter anderem der direkte Kontakt minimiert und damit der Schutz aller Beteiligten erhöht werden. Die Polizei arbeitete zudem eng mit dem Gesundheitsamt zusammen.

Maßnahmen wurden sukzessive angepasst

Nach Rückgang der Inzidenzzahl und den daraus resultierenden deutschlandweiten Lockerungen der Corona-Regelungen fand auch eine entsprechende Veränderung innerhalb der Polizeiinspektion Hildesheim statt. Beim erneuten Anstieg der Infiziertenzahlen wurden die polizeilichen Maßnahmen anschließend wieder sukzessiv angepasst.

In dieser zweiten Welle infizierte sich erstmalig eine geringe Anzahl an Kolleginnen und Kollegen, wodurch zusätzlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter amtliche Quarantäne gestellt bzw. vorsorgliche Testungen vorgenommen wurden. Durch den Kontakt zum Gesundheitsamt in Hildesheim wurden Handlungsempfehlungen be-

sprochen, um eine Dienstfähigkeit der Organisationsbereiche zu gewährleisten und eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Das Tragen einer Mund-Nasen-Maske wurde im gesamten Dienstgebäude verfügt sowie Besprechungen ausschließlich telefonisch vollzogen.

Um die Einhaltung der Corona-Regelungen zu überwachen und Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen, nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Organisationsbereiche im Stadtgebiet und dem Landkreis Hildesheim zahlreiche Kontrollen vor. Während der Pandemie war eine Akzeptanz für die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen bei jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter vorhanden.

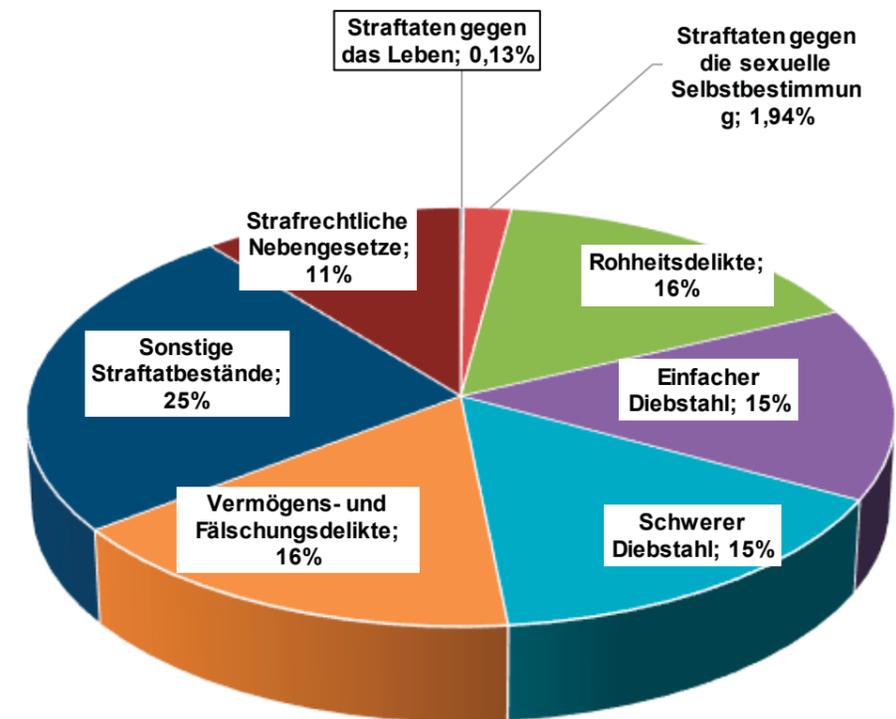
Durch den Zusammenhalt der Dienststellen und Organisationsbereiche konnte der Dienst, mit den umfangreichen Aufgaben bei stetig veränderten rechtlichen Vorgaben sowie polizeilichen Maßnahmen, in der Polizeiinspektion Hildesheim aufrechterhalten werden.

Kriminalitätsentwicklung

Aufklärungsquote steigt, Zahl der Straftaten sinkt

Die Corona-Pandemie im vergangenen und auch im neuen Jahr hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung der Polizeiinspektion Hildesheim.

Sowohl im zeitlichen Zusammenhang mit dem ersten Lockdown ab Mitte März bis zum Lockdown „light“ ab Anfang November 2020, der dann erneut in einer härteren Phase der Beschränkungen mündete, waren sinkende Zahlen beim Kriminalitätsaufkommen zu verzeichnen. Im Gegensatz zum Jahr 2019, mit insgesamt 16.494 Straftaten, sank die Zahl der Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim im Jahr 2020 auf 15.869 Straftaten – ein Minus von 625 Taten. Von den registrierten Straftaten wurden 10.023 aufgeklärt. Die daraus resultierende Aufklärungsquote beträgt



demnach 63,16 Prozent und liegt damit um 0,84 Prozent leicht über der Aufklärungsquote des Jahres 2019.

Wohnungseinbruchskriminalität

Auch bei Einbruchdiebstählen in Woh-

nungen und Wohnhäuser sind im Vergleich zum Jahr 2019 sinkende Zahlen zu verzeichnen. Durch Beschränkungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, wie beispielsweise Kurzarbeit, Home-Office, Homeschooling, Kontaktbeschränkungen oder keine Urlaubsabwesenheiten, waren letztlich deutlich mehr Teile der Bevölkerung im häuslichen Umfeld anzutreffen, was die Täterinnen und Täter vermutlich abschreckte. Ein weiterer Faktor der sinkenden Zahl war die enorm erhöhte Polizeipräsenz in der Stadt und im Landkreis Hildesheim, die zur Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen Beschränkungen eingesetzt war.

Insgesamt konnten im Deliktsfeld Wohnungseinbruchdiebstahl/Tageswohnungseinbruch 249 Taten registriert werden, wovon 97 Versuche begangen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 309 Taten registriert wurden, ist die Zahl für 2020 um 60 Taten auf 249 Delikte gesunken.



Die Aufklärungsquote für 2020 beträgt 19,68 Prozent. Das sind 11,07 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, in dem aufgrund der Aufklärung von Tatserien in besonders vielen Fällen die Täterinnen und Täter ermittelt wurden.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Auch im Jahr 2020 wurde dieses Deliktsfeld als Schwerpunkt in der Kriminalitätsbekämpfung behandelt. Dies betrifft insbesondere Betrugsdelikte, Trickdiebstähle und andere mit Täuschungen verknüpfte Vermögensdelikte, bei denen Täter gezielt ältere Menschen als Opfer wählen, weil sie dort günstige Tatbedingungen vermuten. Diese Taten beeinträchtigen die Lebensqualität älterer Menschen nicht nur durch den Verlust von Bargeld oder Schmuck, sondern auch durch Ängste und Schamgefühle, die aus der Tat resultieren.

Zu den hauptsächlichen Einzelphänomenen zählen nach wie vor Enkeltrick, der falsche Polizeibeamte, falsche Wasserwerker sowie Gewinnversprechen am Telefon. Zahlreiche untergeordnete Einzelphänomene schließen sich der Gesamtkomponente an und reichen vom



falschen Bankmitarbeiter, dem Glas-Wasser-Trick, dem Zetteltrick, dem falschen Microsoft-Mitarbeiter und jüngst auch dem falschen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie.

Trotz vielfältiger Aufklärungsmaßnahmen über die lokale Tagespresse, über Social Media und andere Medien, wie Funk und Fernsehen, gelingt es dennoch in Einzelfällen, betagte Menschen um ihr

Hab und Gut zu bringen. Es bleibt festzuhalten, dass der Nährboden für dieses Gesamtphänomen das örtliche Telefonbuch ist.

Im Berichtsjahr 2020 kam es in der Polizeiinspektion Hildesheim zu insgesamt 1.076 Fällen. Dabei handelt es sich um 615 versuchte und 461 vollendete Taten mit einem Gesamtschaden von 455.955,10 Euro. Davon konnten 135 Taten aufgeklärt werden.

Straftaten und Aufklärungsquote (Polizeiinspektion Hildesheim)



Cybercrime Fakeshops kassieren Geld und Daten

Vorsicht Fakeshops – Augen auf beim Onlinekauf! Vor allem jetzt in Zeiten von Corona ist man gerne online im Kaufrausch. In Online-Shops zu bestellen, ist bequem und einfach – insbesondere in Zeiten der Pandemie. Allerdings lauern im Netz auch Gefahren: Fakeshops, die Interessenten mit auffällig günstigen Angeboten ködern. Ein 23-Jähriger aus Hildesheim ist auf einen solchen Fakeshop hereingefallen.

Eine Bestellung in Fakeshops ist meist nur gegen Vorkasse möglich, die versprochene Ware wird jedoch nicht geliefert. Das Geld ist in den meisten Fällen weg – wie auch die persönlichen Daten, die sich im Besitz der Betrüger befinden und von diesen illegal weiterverwendet werden können. So erging es dem 23-Jährigen aus Hildesheim, der im Oktober 2020 einen Fernseher kaufte und dafür mehrere hundert Euro auf ein spanisches Konto überwies. Die Ware erhielt er nie.

Die Strafverfolgung ist schwierig, weil sich die Server der Webseiten oft im Ausland befinden. Die einzelnen Fakeshops sind nur relativ kurze Zeit online. Die Geldströme fließen häufig nicht direkt auf Täterkonten, vielmehr bedienen sich die Betrüger sogenannter Finanzagenten, die die Gelder zum Teil über diverse Zahlungsdienstleister nahezu anonym weitertransferieren und somit Geldwäsche betreiben.

Gefälschte Online-Shops sind für die Verbraucher auf den ersten Blick schwer zu erkennen. Daher sollten Interessenten vor einem Kauf den Shop immer genau unter die Lupe nehmen. Internetnutzer können bei Onlinekäu-



fen gut gestaltete und seriös aussehende Fakeshops bei genauerer Recherche und anhand verschiedener Kriterien erkennen und enttarnen:

- Vorsicht bei Vorkasse:** Suggestiert der Shop mit zahlreichen Logos verschiedene Zahlungsarten und bleibt am Ende des Bestellvorgangs aber nur die Option Vorkasse – womöglich auf ein Bankkonto im Ausland – übrig, dann sollten Sie das Geld an einen unbekanntem Verkäufer nicht überweisen.
- Achten Sie auf die Sprache:** Immer noch haben zahlreiche Fakeshops ein Problem mit der deutschen Sprache.
- Prüfen Sie das Impressum:** Nutzen Sie Suchmaschinen wie Google, um mehr über den Firmennamen, die Personen, Adresse oder Telefonnummer in Erfahrung zu bringen. Zudem finden Sie vielleicht auch Warnmeldungen anderer Käufer, offizieller Stellen wie Polizei oder Verbraucherzentralen und Gütesiegelbetreiber.

- Prüfen Sie Handelsregisternummer und Umsatzsteuer-ID:** Auf www.handelsregister.de kann zumindest kostenfrei die Existenz einer angegebenen Nummer geprüft werden. Konkrete Angaben jedoch können nur gegen Gebühr abgerufen werden. Ist die Nummer nicht vergeben, so ist dies ein Indiz für eine mögliche Fälschung. Gleiches gilt für die Umsatzsteuer-ID, die auf ust-id-pruefen.de/ auf Ihre Gültigkeit geprüft werden kann. Doch Vorsicht: Positive Ergebnisse bedeuten nicht, dass der Shop auch echt ist. Betrüger missbrauchen gern solche Angaben von echten Seiten.

- Rufen Sie einfach mal an:** Ist auf der Webseite eine Rufnummer vergeben, fragen Sie telefonisch nach.

Gleiche Tipps gelten auch für Shops auf Handelsplattformen. Wird vom dortigen Verkäufer eine Bezahlung außerhalb der Plattform gefordert, sollten Sie die Finger davon lassen. Der Kauf ist dann nicht abgesichert, und Betrüger gelangen über Vorkasse an Ihr Geld und Ihre persönlichen Daten.



Verkehrslagebild

Corona-Pandemie sorgt für sinkende Unfallzahlen

Im Jahr 2020 war man als 45- bis 54-jähriger, männlicher Autofahrer an einem Freitag im September in der Zeit von 14 bis 15 Uhr innerhalb geschlossener Ortschaften auf einer Gemeindestraße am meisten gefährdet, an einem Unfall mit zumindest Sachschaden beteiligt zu sein – das ist das Ergebnis der Auswertung der Verkehrsunfallstatistik für das vergangene Jahr im Bereich der Polizeiinspektion Hildesheim. Daneben hatte auch die Corona-Pandemie erhebliche Auswirkungen auf den Straßenverkehr.

Besonders im zweiten Quartal 2020 war ein erheblich verändertes Mobilitätsverhalten in der Bevölkerung zu erkennen: Bis zu 25 Prozent weniger Verkehr war unterwegs. Dies spiegelt sich auch in der Verkehrsunfalllage wider: Nach einem Höchststand im Jahr 2019 von polizeilich aufgenommenen 8.255 Verkehrsunfällen gingen die Ge-

samtzahlen um mehr als 21 Prozent auf 6.806 zurück.

Historisches Tief bei Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang

Nachdem im Jahr 2019 noch 15 Unfallopfer zu beklagen waren, starben im Jahr 2020 vier Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Drei Unfälle ereigneten sich auf der Bundesautobahn, einer auf einer Bundesstraße bei Alfeld. Hier blieb von dem Fahrzeug nicht mehr viel über.

Gerade zu diesem Unfall sei erwähnt, dass die Sachbearbeitung der Polizei Alfeld mit Unterstützung eines Gutachters und dem Hersteller des Fahrzeugs sämtliche technische Daten – sogenannte digitale Fahrzeugspuren – ausgelesen werden konnten.

Korrespondierend gingen auch die Zahlen der Schwerverletzten – also jemand,

der nach einem Verkehrsunfall länger als 24 Stunden stationär in einem Krankenhaus aufgenommen wurde – von 229 auf 157 und bei den Leichtverletzten von 1.178 auf 884 enorm zurück.

Deutlich mehr Radverkehr

Gerade in der Corona-Pandemie war ein erhebliches Anwachsen des Radverkehrs (Fahrräder und Pedelecs) zu verzeichnen. In der PI Hildesheim führte dies jedoch nicht zu einer Erhöhung der Unfallzahlen. Wurden 2019 noch 270 Unfälle mit Beteiligung von Radfahrerinnen und -fahrern aufgenommen, waren es 2020 nur 258 Schadensfälle mit 34 schwer- und 158 leichtverletzten Zweiradlenkerinnen und -lenkern. Durch landkreisweit verstärkte Kontrollen wurden 2.309 Radfahrerinnen und -fahrer überprüft, die 1.507 Verstöße begangen, technisch wurden 974 Zweiräder beanstandet.

Hauptunfallursachen

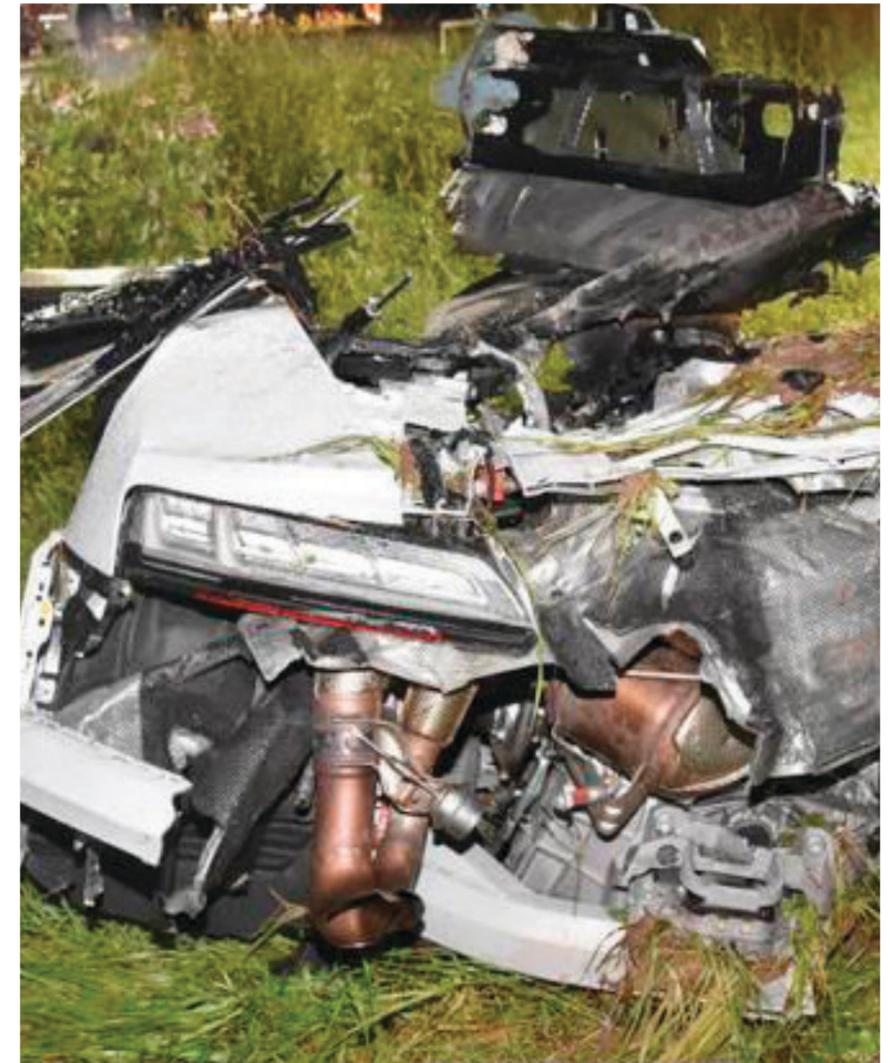
Hauptunfallursachen sind das Resultat von risikobehaftetem Verhalten. Um dieses signifikant zu ändern setzt auch die Polizei Hildesheim weiter auf den ganzheitlichen Ansatz von Prävention und Repression. Die Bekämpfung der Verkehrsuntüchtigkeit durch Alkohol und andere berauschende Mittel ist nach wie vor eines der wichtigsten Themen der Verkehrssicherheitsarbeit. Im Jahr 2020 stiegen die alkoholbedingten Verkehrsunfälle von 91 auf 105, bei der Drogenbeeinflussung sanken sie um 9 auf jetzt 13. Dem gegenüber konnte die Polizei Hildesheim durch allgemeine Verkehrskontrollen 304 alkoholisierte und 260 unter Drogen stehende Lenkralterinnen und -halter aus dem Verkehr ziehen, bevor es zu einem Schadensereignis kam.

Kein Gurt – Handy am Steuer

Mit diesen Schlagwörtern weiß jeder, dass damit das Unfallrisiko und/oder die Erhöhung deren Folgen steigt. Im Rahmen der Streife, bei Verkehrssicherheitswochen einzelner Dienststellen und -zweige und nicht zuletzt bei landesweiten Kontrolltagen war die Polizei in Stadt und Landkreis Hildesheim aktiv – natürlich mit Abstand und Maske zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen und der Kontrollierten. Die Ergebnisse 2020: 1.341 Gurtverstöße und 1.165 unbefugte Handynutzungen. Inklusiv der Bundesautobahn wurden 9.446 Geschwindigkeitsübertretungen geahndet. Für 1.073 Fahrzeugführerinnen und -führer ist ein Fahrverbot die Folge. So auch für eine junge Frau, die jahresrekordverdächtig mit ihrem Auto am 2. Dezember 2020 in einer Baustelle auf der Autobahn bei erlaubten 80 Stundenkilometern mit einer vorwerfbareren Geschwindigkeit von 191 km/h gemessen wurde.

E-Mobilität im Fokus

Die Polizei Hildesheim stellt sich auch weiter den Neuerungen im Straßen-



verkehr – der E-Mobilität. Neben den motorunterstützten Pedelecs gilt dies besonders für die E-Scooter. Im Stadtgebiet Hildesheim gibt es mittlerweile zwei Anbieter mit insgesamt 650 der neuen Fortbewegungsmittel. Wie schon in 2019 gab es auch jetzt keine signifikanten Probleme. Bei acht Unfällen wurden vier Lenkerhalterinnen und -halter leicht verletzt. Im Rahmen der Verkehrsüberwachung wurden 13 Trunkenheitsfahrten unter Alkohol- und drei unter Drogeneinfluss festgestellt. Ein weiteres Augenmerk lag beim Fahren ohne Haftpflichtversicherung mit 34 Strafanzeigen.

Als eine Polizeiinspektion mit großer Fläche und einer Bundesautobahn ist

die Begleitung von Großraum- und Schwertransporten (GST) an der Tagesordnung.

Seit 2016 werden diese größtenteils von ausgebildeten Hilfspolizisten begleitet. Je größer, höher, länger, breiter und schwerer ein solcher Koloss ist, desto eher geben die Regularien vor, dass doch Polizeibegleitung erforderlich ist: Immerhin noch gut 100 Mal im Jahr. Im Frühjahr 2020 wurde ein Transport mit einem Gesamtgewicht von 580 Tonnen von der Verfügungseinheit von Hildesheim nach Lamspringe in das dortige Umspannwerk für die neue 380-KV-Leitung Wahle-Mecklar begleitet. Dies ist mit einem Hybrid-Funkstreifenwagen ein kleiner Beitrag der Polizei Hildesheim zur Energiewende.

Autobahnpolizei

Sicherheit auf
120 Kilometern



Der Volksmund bezeichnete die Verkehrspolizisten wegen ihres Erscheinungsbildes in den Jahren des Wirtschaftswunders als „weiße Mäuse“.

Einsatzgebiet: Die wichtigste Nord-Süd-Achse Deutschlands

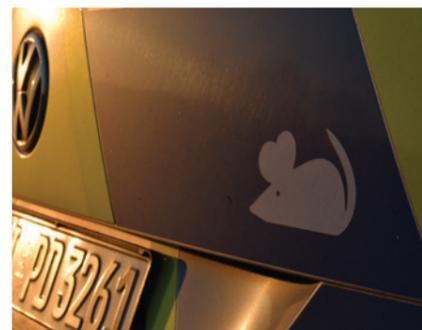
Zum Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen gehören zwei Autobahndienststellen. Neben dem Einsatz- und Streifendienst Bundesautobahn (ESD BAB) Göttingen ist dies ebenso der ESD BAB Hildesheim.

Von 1952 bis 1968 wurden zunächst sogenannte Autobahnstützpunkte in Seesen und Hildesheim (Anschlussstelle Drispfenstedt) unterhalten. Da in der Vergangenheit die Polizei den Bezirksregierungen zugeordnet war, bedeutete dies, dass die damalige Verkehrspolizeistaffel Hildesheim der Verkehrspolizeiinspektion Hannover unterstellt war. Die Verkehrspolizeistaffel Hildesheim unterhielt bis zum Jahr 1974 eine Autobahnwache in Seesen. Es folgte ein Umzug der Autobahnwache auf die Tank- und Rastanlage Hildesheimer Börde. Im Jahr 2002 wurde diese geschlossen. Die Autobahnpolizei bezog schließlich das autobahnahe Gebäude am Bismarckplatz 11.

Mit einer 1994 vollzogenen Umorganisation der Polizei wurde die Autobahnpolizei ein eigenständiges Polizeikommissariat. Im Jahr 2004 wurde im

Rahmen der nächsten Polizeireform das Polizeikommissariat BAB aufgelöst und als ESD BAB der Polizeiinspektion Hildesheim angegliedert. Seit 2017 befindet sich der Einsatz- und Streifendienst BAB wieder im Gebäude der PI Hildesheim.

Unter Leitung des Ersten Polizeihauptkommissars Jürgen Kanngießner und Polizeihauptkommissar Thomas Walter versehen knapp 30 Kolleginnen und Kollegen an sieben Tagen in der Woche und 24 Stunden am Tag ihren Dienst im sogenannten „Bedarfsorientierten Schichtdienst“. Das bedeutet, dass die jeweiligen Schichtstärken dem zu erwartenden Einsatzgeschehen angepasst sind. Das Einsatzgebiet der Auto-



bahnpolizei Hildesheim erstreckt sich über knapp 60 Doppelkilometer: Auf der Autobahn 7 beginnend am Autobahndreieck Hannover-Süd über das Autobahndreieck Salzgitter bis hin zur Anschlussstelle Seesen sowie auf einem Teil der Autobahn 39 vom Autobahndreieck Salzgitter bis zur Anschlussstelle Baddeckenstedt. Somit handelt es sich in Relation streckenmäßig zu einer der kleineren Autobahndienststellen. Da die A7 eine der wichtigsten Nord-Süd-Achsen ist, wird diese entsprechend stark frequentiert. Durchschnittlich 65.483 Fahrzeuge – aus Nord- und Südrichtung – passieren jeden Tag den Zuständigkeitsbereich, wovon etwa 17 Prozent auf den Schwerlastverkehr entfallen.

Rechtliches Wissen erforderlich

Das Einsatzgeschehen im Zuständigkeitsbereich unterscheidet sich zum Teil deutlich von dem der anderen Reviere. Zwar werden auch hier Sachbeschädigungen, Diebstähle oder Beleidigungen angezeigt, diese Einsätze stellen aber eher eine Seltenheit dar. Vielmehr ist ein fundiertes Wissen unter anderem im Ausländerrecht, Arbeitsrecht, Ge-

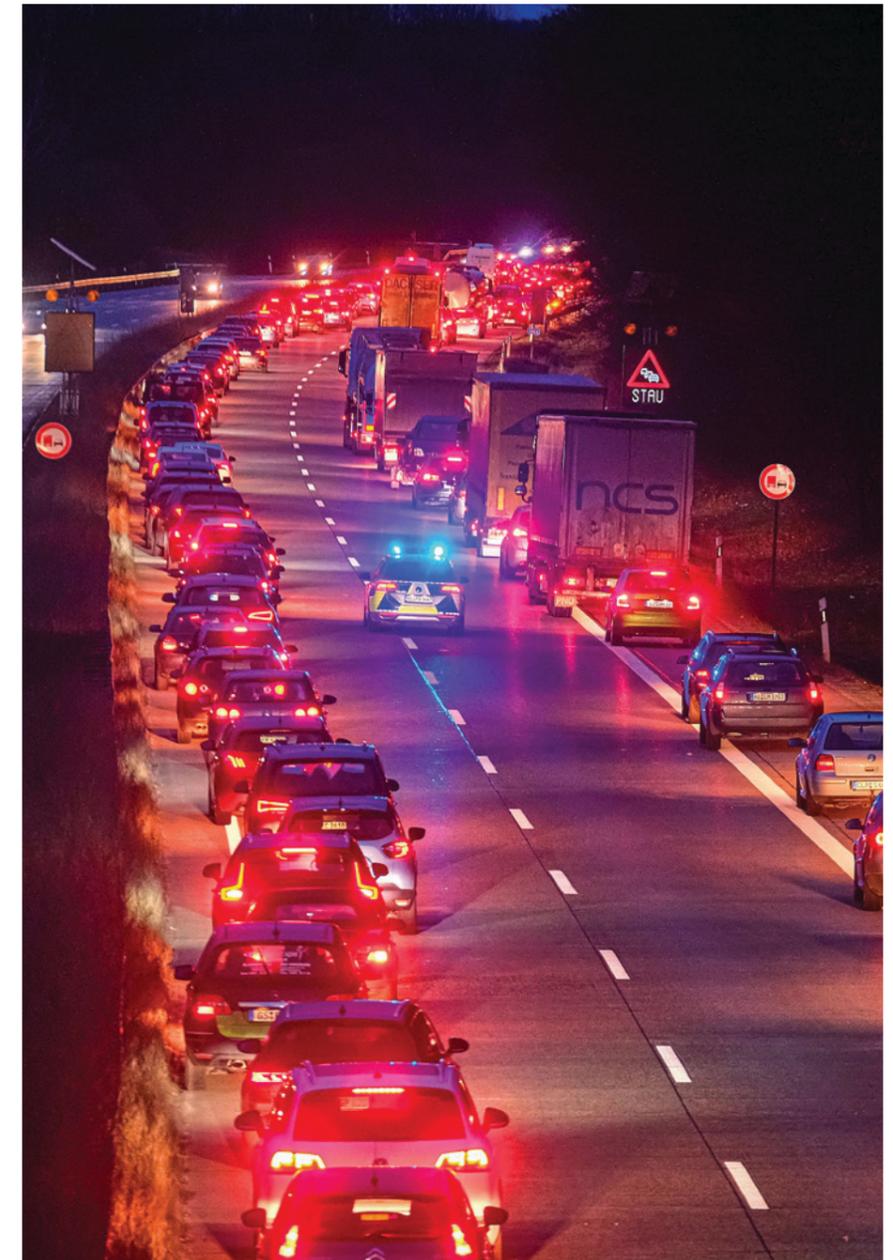
werberecht oder Zulassungsrecht erforderlich – diese Gesetze finden nahezu täglich Anwendung im Zusammenhang mit Kontrollen, nicht nur des gewerblichen Güterkraftverkehrs.

In regelmäßigen Abständen werden durch den ESD BAB schwerpunktmäßige Großkontrollen in Zusammenarbeit mit dem Zoll, den Ausländerbehörden, dem Gewerbeaufsichtsamt und dem Bundesamt für Güterkraftverkehr (BAG) organisiert. Zu den weiteren Aufgaben zählen zudem die Mitarbeit in der Unfallursachenkommission zur Unfallursachenforschung, das Freihalten von An- und Abfahrtswegen für Rettungs- und Hilfsdienste im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen, Geschwindigkeitsüberwachung in Zusammenarbeit mit der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Hildesheim, Fahndungen nach flüchtigen Tatverdächtigen oder Fahrzeugen, die Überwachung des Gefahrgutverkehrs, Verkehrsregelung im Zusammenhang mit Stau und Sperrungen sowie die Beseitigung und Absicherung von Gefahrenstellen.

Als oberster Grundsatz gilt: Die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Autobahn. Den großen Block des Einsatzgeschehens stellt allerdings der Bereich der Verkehrsunfallaufnahme sowie die schwerpunktmäßige Überwachung des Verkehrs in Zusammenhang mit den Hauptunfallursachen dar. Nicht zuletzt durch die Einrichtung von Dauerbaustellen im Zusammenhang mit dem überregionalen Ausbau der A7 gab es eine stete Zunahme von Verkehrsunfällen.

Ein kleiner Sticker am Heck

Während man die Kolleginnen und Kollegen der Autobahnpolizei in erster Linie an ihrem Fahrzeug erkennt – sie fahren derzeit die E-Klasse von Mercedes-Benz – fällt bei genauerer Betrachtung zudem ein kleiner Sticker am Heck

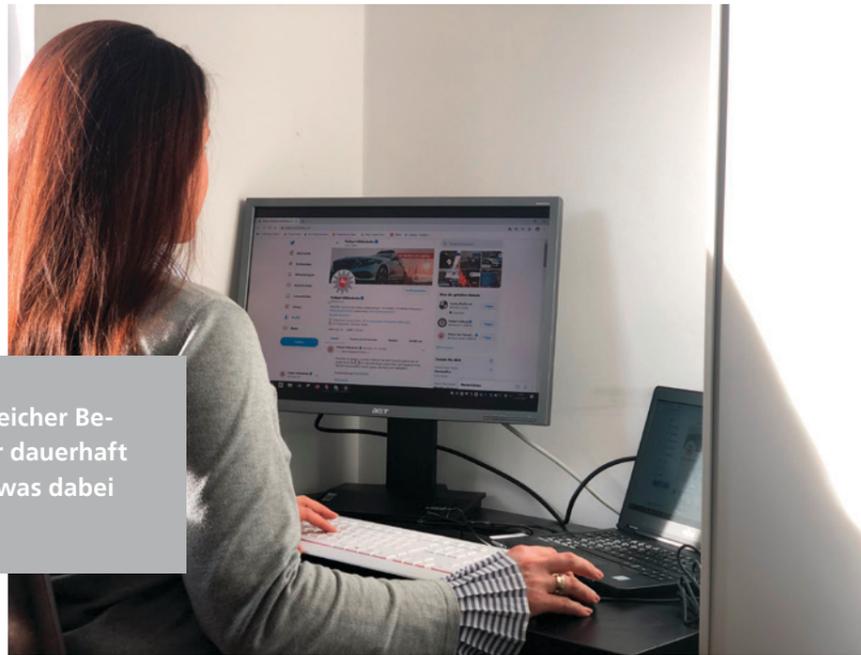


der Einsatzfahrzeuge in Form einer kleinen weißen Maus sofort ins Auge. Hierbei handelt es sich um ein Überbleibsel aus der Nachkriegszeit.

So nahm in der Wirtschaftswunderzeit die Verkehrsproblematik deutlich zu. Für die Polizei wurden die Verkehrsüberwachung sowie die Regelung und Verkehrsunfallaufnahme ein zunehmend wichtigeres Aufgabenfeld. Aufgrund der damals sehr unauffälligen blau-grauen Uniform sowie der matt-dunkelgrünen Lackierung der Polizei-

fahrzeuge musste für die Verkehrsstafeln eine auffälligere Optik her. Man versah kurzerhand die Streifenwagen mit weißen Kotflügeln. Die Verkehrspolizisten erhielten zusätzlich weiße Mützen, weiße Armstulpen, weißes Koppelzeug, sowie zum Teil weiße Jacken und Mäntel. Der Volksmund bezeichnete die Verkehrspolizisten seither als „weiße Mäuse“. Zwar hat sich die Optik der Polizistinnen und Polizisten sowie der Fahrzeuge deutlich verändert – die weiße Maus als Maskottchen blieb jedoch bis heute erhalten.

Erfahrungsbericht Arbeiten im Home-Office



Arbeiten im Home-Office mit zeitgleicher Betreuung meines Kindes kann ich mir dauerhaft nicht vorstellen. Ich glaube, dass etwas dabei auf der Strecke bleiben würde.

Zwischen Presseanfragen und Kinderliedern

Arbeiten im heimischen Wohnzimmer, nebenbei ein Kleinkind betreuen – so geht es seit dem ersten coronabedingten Lockdown nicht nur vielen Arbeitnehmerinnen und -nehmern, sondern auch Polizeibeamtinnen und -beamten. Eine Polizeioberkommissarin berichtet.

Mein Name ist Kristin Möller. Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet und habe ein zweijähriges Kind. Ich arbeite in der Polizeiinspektion Hildesheim als Polizeibeamtin in Teilzeit und betreue mit Jan Paul Makowski den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Inspektion. Neben der externen Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die interne Kommunikation zu unseren Aufgaben. In den vergangenen Monaten musste ich zeitweise aus verschiedenen dienstlichen oder auch privaten Gründen meine Arbeit im Home-Office erledigen. Bereits im ersten Lockdown habe ich mehr als fünf Wochen aus meinem privaten Arbeits- oder Esszimmer gearbeitet. Dies gestaltete sich besonders am Anfang etwas schwierig. Neben der zunächst fehlenden Technik musste ich

einen Zeitplan erarbeiten, der die Betreuung meines Kindes, das ich nicht durchgehend in einer Kindertagesstätte oder bei Verwandten abgeben konnte, und das Arbeitsvolumen in Einklang brachte.

Die Hard- und Software stand nach nur einigen Tagen und verbesserte sich in den folgenden Wochen stetig. Dies ersetzte jedoch nicht die Informationsgewinnung, die ich im persönlichen Kontakt zu meinen Kolleginnen und Kollegen erlange. Und gerade diese Informationen sind für Pressesprecher einer Polizeidienststelle nicht unwichtig. Zudem ist bei jeder Absprache erforderlich, dass der Ansprechpartner an seinem Arbeitsplatz sitzt und das Telefon nicht besetzt anzeigt.

Die Besprechungen in Video- oder Telefonkonferenzen haben mich auch mal an meine Grenzen gebracht. Besonders wenn sie länger dauerten, mein Kind nicht mehr alleine spielen wollte und herzergreifend weinte. Grundsätzlich hatten wir uns zuhause gut eingespielt und der in Prioritäten festgelegte Zeit-

plan trug dazu bei, dass ich meine Arbeit wie gewohnt abliefern konnte.

Zudem war und ist nicht nur die Polizei darauf angewiesen, das Arbeitsverhalten der Pandemie anzupassen. Auch die Ansprechpartnerinnen und -partner der örtlichen Medien arbeiteten überwiegend von zu Hause aus, so dass deren Anfragen nahezu ausschließlich über Telefon oder E-Mail beantwortet wurden.

Arbeiten im Home-Office mit zeitgleicher Betreuung meines Kindes kann ich mir dauerhaft nicht vorstellen. Ich glaube, dass etwas dabei auf der Strecke bleiben würde. Das Working at Home ist sonst für mich eine sehr gute Möglichkeit, meinen Dienst zu versehen. Jedoch sind nur einige Dienstposten bei der Polizei dafür geeignet. Grundsätzlich gehören Polizeibeamtinnen und -beamte „auf die Straße“. Der persönliche Kontakt spielt in der polizeilichen Arbeit eine wichtige Rolle. Auch Großveranstaltungen wie Fußballspiele müssen vor Ort begleitet werden. Es ist demnach nicht für jeden Dienstzweig geeignet oder umsetzbar.

Polizeiarbeit mit Social Media Wie Twitter und Facebook im Dienstalltag helfen

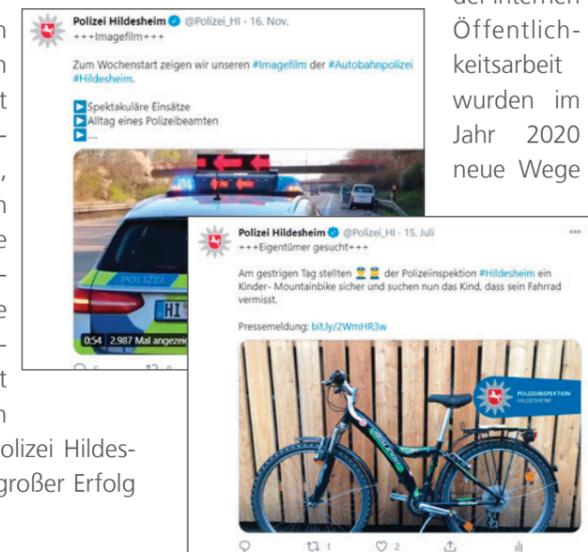
Bereits im Jahr 2018 verschob sich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiinspektion Hildesheim auch in die digitale Welt. Seit mehr als zwei Jahren bedienen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für die externe Pressearbeit nun nicht nur das bekannte Portal ots, sondern nutzen auch einen Kanal auf der Social Media Plattform „Twitter“, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Derzeit folgen mehr als 3.400 Follower den Beiträgen der Polizeiinspektion – das zeigt, dass sich die teilweise Verlagerung der Öffentlichkeitsarbeit ins Internet gelohnt hat. Neben Zeugenaufrufen nach Verkehrsunfallfluchten oder Einbrüchen, werden über die eingestellten Beiträge beispielsweise Eigentümer von Schmuckgegenständen oder auch Fahrrädern gesucht. Ein weiterer wichtiger Punkt bei der digitalen Ausstrahlung sind Präventionstipps, die Straftaten verhüten und Tätern keine Chance geben sollen. Auch Nachwuchsgewinnung und die Imagepflege nehmen einen wichtigen Stellenwert ein. Beispielhaft ist hier ein Imagefilm der Autobahnpolizei Hildesheim zu nennen, der ein großer Erfolg geworden ist.

Ferner hat sich der Twitter-Kanal als probates Mittel bei Öffentlichkeitsfahndungen nach gesuchten Straftätern oder vermissten Personen erwiesen.



Ein großer Personenkreis kann innerhalb kürzester Zeit erreicht werden, wodurch in der Vergangenheit gesuchte Personen identifiziert und Vermisste gefunden werden konnten. Im Bereich der internen Öffentlichkeitsarbeit wurden im Jahr 2020 neue Wege



eingeschlagen. Ein polizeiinterner Nachrichtendienst wird nun seit Mitte des Jahres genutzt, um die Mitarbeiter

und Mitarbeiterinnen zu informieren. Durch Schichtdienste oder die besonderen Umstände im Zuge der Corona-Pandemie, wo sich Mitarbeitende im Home-Office befunden haben, stellte dies eine neue Möglichkeit dar, die Beamten und Beamtinnen schnell und direkt über Neuigkeiten zu informieren. 2021 soll ein neuer Social Media Account freigeschaltet werden: Die Beamten und Beamtinnen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden künftig einen eigenen Facebook-Kanal für die Inspektion Hildesheim bedienen.

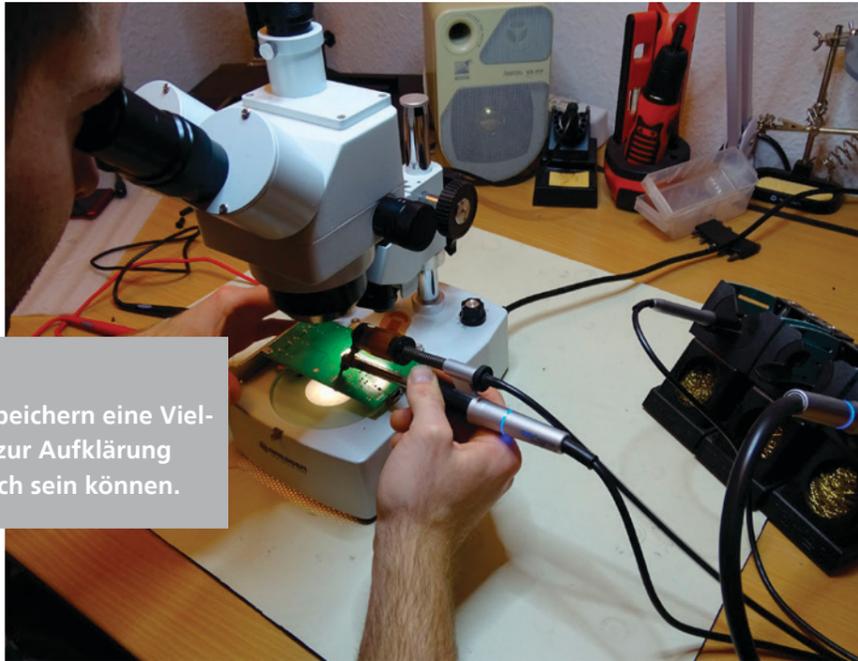
Bisher nutzten sie den Channel der Polizeidirektion Göttingen – nun gehen sie eigene Wege, um die Bevölkerung aus Stadt und Landkreis Hildesheim gezielter ansprechen zu können. Mit dem neuen Kanal, der auch für größere Beiträge und zur Kommunikation genutzt werden kann, möchte die Polizeiinspektion einen größeren Einblick in die polizeiliche Arbeit geben und noch umfassender informieren.

Unsere Methoden

Informations- und Kriminaltechniken



Car-Forensik: Moderne Fahrzeuge speichern eine Vielzahl von Daten, die unter anderem zur Aufklärung von Verkehrsunfallgeschehen dienlich sein können.



Wie Daten gesichert und ausgewertet werden

Die Datenverarbeitungsgruppe (DVG) beim Zentralen Kriminaldienst der Polizeiinspektion Hildesheim wurde vor mehr als 20 Jahren eingerichtet. Sie besteht zur Zeit aus fünf Mitarbeitenden.

Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem die Beratung und Unterstützung der ermittelnden Bereiche bei beweissichernden Maßnahmen im Rahmen der Tatortarbeit – etwa bei Sicherstellungen oder Durchsuchungen. Bei beweiserheblichen Datenträgern werden forensische Sicherungsmaßnahmen vorgenommen. Anschließend werden die Datenträger gesichert und analysiert sowie den Ermittlern gerichtsverwertbar zur weiteren Auswertung bereitgestellt. Über die Untersuchungen werden abschließend sogenannte forensische Beweissicherungs- und Untersuchungsberichte gefertigt, deren Inhalte gegebenenfalls vor Gericht vertreten werden müssen.

Bedingt durch die permanente Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie ist eine autodidaktische Weiterbildung sowie ein hohes Maß an Eigeninitiative zur stetigen Fortbildung

erforderlich. Notwendige Spezialkenntnisse werden im Rahmen zusätzlicher Qualifizierungsmaßnahmen – unter anderem durch die Polizeiakademie Niedersachsen – vermittelt. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Gerätetypen mit voneinander abweichenden Schnittstellen und ungleicher Software ist ein besonderes, teils sehr spezielles Fachwissen hinsichtlich der Untersuchungssoft- und Hardware und den Untersuchungsmethoden erforderlich.

Die forensische Untersuchung von mobilen Endgeräten, wie Smartphones oder Tablets, hat in den vergangenen Jahren einen immer höheren Stellenwert erhalten und ist zu einer Standardmaßnahme bei der Aufklärung vieler Straftaten geworden. Durch spezielle Ausbildung einiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Verfügbarkeit besonderer Hard- und Softwarelösungen konnte bei der DV-Gruppe in Hildesheim die Zentralstelle der Polizeidirektion Göttingen für Untersuchungen mit besonderen Methoden im Mobilfunkbereich angesiedelt werden.

Aufbereitung von Daten im Zusammenhang mit Kinderpornografie

Ein weiterer Schwerpunkt für die Arbeit der DV-Gruppe sind die Aufbereitungen und Untersuchungen von Mediendateien im Rahmen von Ermittlungsverfahren wegen des Besitzes oder Verbreitens von kinder- oder jugendpornografischen Daten. In den vergangenen Jahren sind zudem durch die technologische Weiterentwicklung auch im privaten Bereich völlig neue Herausforderungen für das Aufgabenspektrum der DV-Gruppe erkannt worden. Einer dieser Bereiche liegt bei der Car-Forensik: Moderne Fahrzeuge speichern eine Vielzahl von Daten, die unter anderem zur Aufklärung von Unfallgeschehen dienlich sein können. Die Entwicklung und Verbreitung von Smart-Home-Systemen ist ein weiterer, spurentechnisch immer interessanter werdender Bereich. Die hier vorliegenden Daten können bei verschiedensten Ermittlungsverfahren nützliche Hinweise geben.

Die digitale Forensik und damit die Arbeit in der DV-Gruppe bleibt also auch in Zukunft weiter spannend.

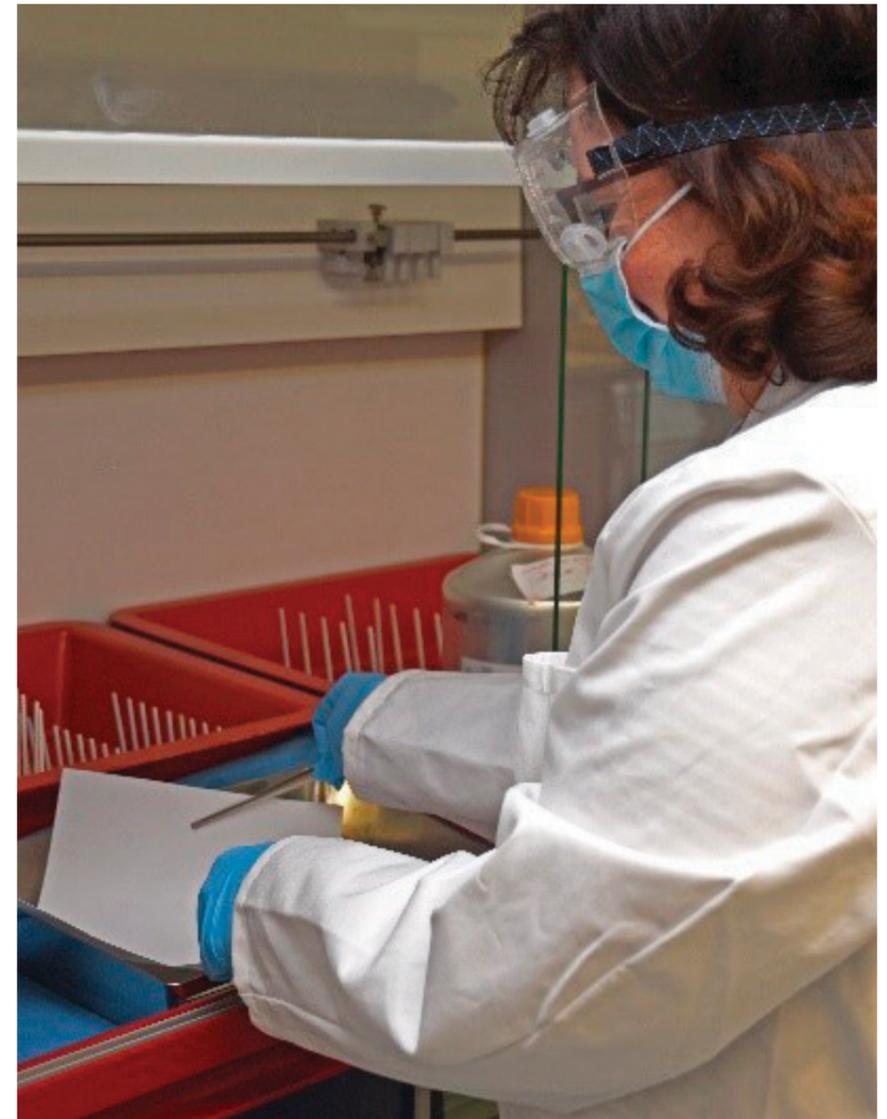
Wie ein Fingerabdruck auf Papier sichtbar gemacht wird

Papier kann als Beweismittel oder Spur bei den unterschiedlichsten Delikten eine Rolle spielen. So kann es Spurenträger von gefälschten Überweisungsträgern, Drohschreiben, Verträgen, Rezepten oder ähnlichen Dokumenten sein. Diese Spuren sichtbar zu machen, ist die Aufgabe der Mitarbeitenden im Fachkommissariat 5 der Polizeiinspektion Hildesheim. Sie haben dafür spezielle Methoden.

Sogenannte daktyloskopische Spuren liegen häufig latent vor und bedürfen der Sichtbarmachung mit Hilfe von physikalischen oder chemischen Hilfsmitteln.

Fasst ein Mensch ein Blatt Papier an, hinterlässt das erhabene Papilarmuster seiner Finger oder Handflächen eine Mischung aus Fett, Hautschuppen und Aminosäuren. Diese bilden die charakteristische und individuelle Fingerspur. Das Einstauben mit Rußpulver oder das Bedampfungsverfahren sind nicht praktikabel, da die Restfeuchtigkeit der Spuren durch den Spurenträger aufgesaugt wird. Die gängigste Methode der Spurensuche auf Papier, Pappe oder anderen saugenden Oberflächen ist das Tauchen oder Einsprühen mit einer Ninhydrinlösung, die zum Nachweis von Ammoniak und Aminosäuren dient. Die Spuren entwickeln sich unter dem Einfluss von 65 Prozent Luftfeuchtigkeit bei etwa 35 Grad Celsius nach 48 Stunden im Klimaschrank.

Die behandelten Spurenträger dürfen auch nach der Behandlung nicht ohne Handschuhe angefasst werden, weil sich nachträglich aufgebrachte Spuren ebenfalls entfalten und sich kontaktierte Hautbereiche aufgrund der Eiweißreakti-



on ebenfalls verfärben. Die Originalspurenträger werden nach ihrer Trocknung in luftdichte Kunststoffütten eingeschweißt, da sich nach der Trocknung gesundheitsschädlicher Ninhydrinstaub entwickelt. Der Wirkstoff Ninhydrin reagiert mit den im Schweiß vorhandenen

Aminosäuren und färbt das Spurenbild in einem Bereich von hellrosa bis dunkelviolett. Anschließend wird die Spur zur Sicherung mit Maßstab fotografiert. Die detaillierte Auswertung der Fingerabdruckspur übernimmt das Landeskriminalamt Niedersachsen.

Präventionsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim

Corona-Betrug, Einbruchschutz und Elterntaxis im Fokus

Die Corona-Pandemie hat sich auch auf die Arbeit des Präventionsteam der PI Hildesheim ausgewirkt. Viele im Vorfeld bereits geplante Veranstaltungen im Bereich der Kriminalprävention, der Jugendprävention und der Verkehrssicherheitsarbeit mussten abgesagt beziehungsweise bis auf Weiteres verschoben werden. Umso wichtiger war es, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch angepasste, kreative Präventionsarbeit zu stärken.

Die dafür erarbeiteten Maßnahmen wurden vom Präventionsteam – unabhängig von den unterschiedlichen Tätigkeits-/Aufgabenfeldern – in ihrer Verwirklichungsphase unterstützt. Entstandene Freiräume wurden genutzt, um neue Konzepte und Projekte zu entwickeln, um bereits vorhandene Unterlagen zu überarbeiten oder zu aktualisieren und die „Coronastreifen“ zu unterstützen.

Kriminalprävention

Der Bereich der Kriminalprävention wird von Kriminalhauptkommissarin Gabriele Freier bearbeitet. Hier lagen die Schwerpunkte unter anderem in den Bereichen „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ und der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls. In diesem Zusammen-

hang wurde durch die Täterschaft auch die Corona-Pandemie ausgenutzt.

Um darauf aufmerksam zu machen, wurden für den Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim zwei Flyer unter den Mottos „Vorsicht Corona Betrug“ sowie „Prävention für ältere Menschen“ entworfen und in bzw. an unterschiedliche Institutionen, wie etwa Alten- und Pflegeheime, Seniorenresidenzen und Bankfilialen ausgegeben.

Im Themenbereich „Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls“ fanden weniger persönliche Beratungsgespräche als in den Vorjahren statt. Auf ausdrücklichen Wunsch wurden betroffene Bürgerinnen und Bürgern telefonisch beraten, was als Alternativlösung sehr positiv aufgenommen wurde.

Bei Bedarf wurde auf Informationsmaterial und -quellen hingewiesen oder aus dem polizeilichen Bestand zur Verfügung gestellt.

Kinder und Jugendprävention

Die Aufgaben des Beauftragten für Ju-gendsachen bei der Polizeiinspektion Hildesheim hat Polizeihauptkommissar Frank Kompe übernommen. In diesem Bereich lag der Schwerpunkt auf Mediensicherheit und dem richtigen Umgang mit den sozialen Netzwerken. Thematisch ging es dabei um Mobbing,



Cybermobbing sowie Beleidigungen und das Versenden von strafrechtlich relevanten Inhalten.

Um auch der Nachfrage seitens der Schulen zu diesen wichtigen Themen gerecht zu werden, wurde ein Elternbrief, der sich inhaltlich unter anderem mit den oben genannten Deliktsbereichen befasst, entworfen und verbreitet. Themenbezogenes Informationsmaterial wurde den Schulen in Stadt und Landkreis Hildesheim zur Verfügung gestellt. Dieses wurde dann durch die Lehrkräfte eigenständig in den Unterrichtseinheiten aufgearbeitet.

Verkehrsprävention

Polizeioberkommissar Helmut Brehme, der als Sachbearbeiter Prävention überwiegend in der Jugendverkehrsschule tätig ist, konnte in den Sommermonaten nur einige Unterrichtseinheiten in der Jugendverkehrsschule anbieten und ein Viertel der Radfahrprüfungen abnehmen. Während der Sommerferien wurde in der Jugendverkehrsschule das Projekt „Ferienpass“, initiiert von der Stadt Hildesheim, begleitet. Temporär unterstützte Helmut Brehme zu-



dem die Betrugssachbearbeitung. Die Kontaktbereichsbeamten haben sich im abgelaufenen Jahr insbesondere mit den sogenannten „Elterntaxis“ beschäftigt. So wurde in der Hildesheimer Nordstadt die Aktion „Elternhaltestelle / ab hier bitte zu Fuß“ umgesetzt. Initiatoren waren neben der Stadt Hildesheim und der Polizei auch der Leiter des Stadteilbüros in der Nordstadt. Im Fokus stand die allmorgendliche „Anlieferung“ der Schülerinnen und Schüler der beiden Grundschulen sowie zwei weiterer Jugendeinrichtungen in der Justus-Jonas-Straße, die bereits seit Jahren massiven Einfluss auf die Schulwegsicherung hat. Das Projekt wurde durchgehend von der Polizei, insbesondere den Kontaktbereichsbeamten, begleitet und von

Fachleuten des Theaterpädagogischen Zentrums Hildesheim und der Verkehrswacht unterstützt. In erster Linie ging es bei der Aktion darum, bei den Eltern Akzeptanz zu schaffen und sie zu bewegen, ihre Kinder in einer eingerichteten „Bring- und Holzone“ abzusetzen, anstatt sie direkt bis vor die Schule zu fahren.

Verkehrssicherheitsberater

Am 30. November wurde der Verkehrssicherheitsberater der Polizeiinspektion Hildesheim, Polizeihauptkommissar Hans-Joachim Kliem, in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Nahtlos zum 1. Dezember 2020 hat Polizeioberkommissar Christian Koplin diesen Tätigkeitsbereich übernommen und wird so das Präventionsteam „verjün-

gen“. Neben den Hauptunfallursachen – Geschwindigkeit, Ablenkung, Alkohol und Drogen – ging es bei der Präventionsarbeit auch um die Regeln und Hinweise zum Führen von E-Scootern. Damit verbunden sind neue Mobilitätsformen und Normen, die nun in die Öffentlichkeit getragen werden. Christian Koplin kann auf eine 28-jährige Polizeidienst Erfahrung zurückgreifen, die er überwiegend im Einsatz- und Streifendienst verschiedener Dienststellen gesammelt hat. Er war mehrere Jahre in seinem Heimatort in der Kommunalpolitik tätig und wirkte bei der Gründung des Präventionsrates der Stadt Sarstedt mit. Nach seiner Tätigkeit im Arbeitskreis Jugend wechselte er in den Arbeitskreis Verkehrsprävention.





Partner für mehr Sicherheit

Enge Zusammenarbeit mit Stadt und Landkreis in der Pandemie

Einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Polizeiinspektion Hildesheim und anderen Behörden, die ebenfalls mit der Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Sicherheit betraut sind, kommt eine besondere Bedeutung zu. Zu diesen Behörden zählen insbesondere die Stadt Hildesheim, der Landkreis Hildesheim mit den dazugehörigen Gemeindeverwaltungen, die Feuerwehren, der Zoll und die Bundespolizei.

Im Jahr 2020 wurde der Stadtordnungsdienst der Stadt Hildesheim personell aufgestockt. Damit wurde der Aufgabenbereich der Stadt im Bereich der Verfolgung von unterschweligen Ordnungswidrigkeiten erweitert. Mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit, wurde im vergangenen Jahr im Fachbereich Öffentliche Ordnung der Stadt und bei der Polizeiinspektion Hildesheim damit begonnen, einen Kooperationsvertrag auszuarbeiten.

Dieser sollte unter anderem mögliche Ausstattungsvarianten des Stadtordnungsdienstes, die Ausbildung hinsichtlich eines systemischen Einsatztrainings (SET) sowie die Umsetzung gemeinsamer Streifen beinhalten. Gerade Letz-

teres soll einerseits der Stärkung der Akzeptanz von Mitarbeitenden des Stadtordnungsdienstes beim Einschreiten gegenüber Angehörigen von Problemszenen dienen, auf der anderen Seite aber auch der Koordination bei der Bewertung von Sachverhalten und möglicher Folgemaßnahmen.

Zusammenarbeit in der Pandemie

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie stand und steht die Polizei Hildesheim in engem Kontakt zum Gesundheitsamt des Landkreises. Im Rahmen täglicher Telefonkonferenzen tauschten sich die Parteien aus und teilten relevante Informationen. Maßnahmen des Landkreises in Zusammenhang mit der Pan-



demie, wie beispielsweise das Erlassen von Allgemeinverfügungen oder die Einrichtung der Impfzentren im Landkreis Hildesheim, erfolgen grundsätzlich in Abstimmung mit dem Einsatzbereich der Polizeiinspektion Hildesheim.

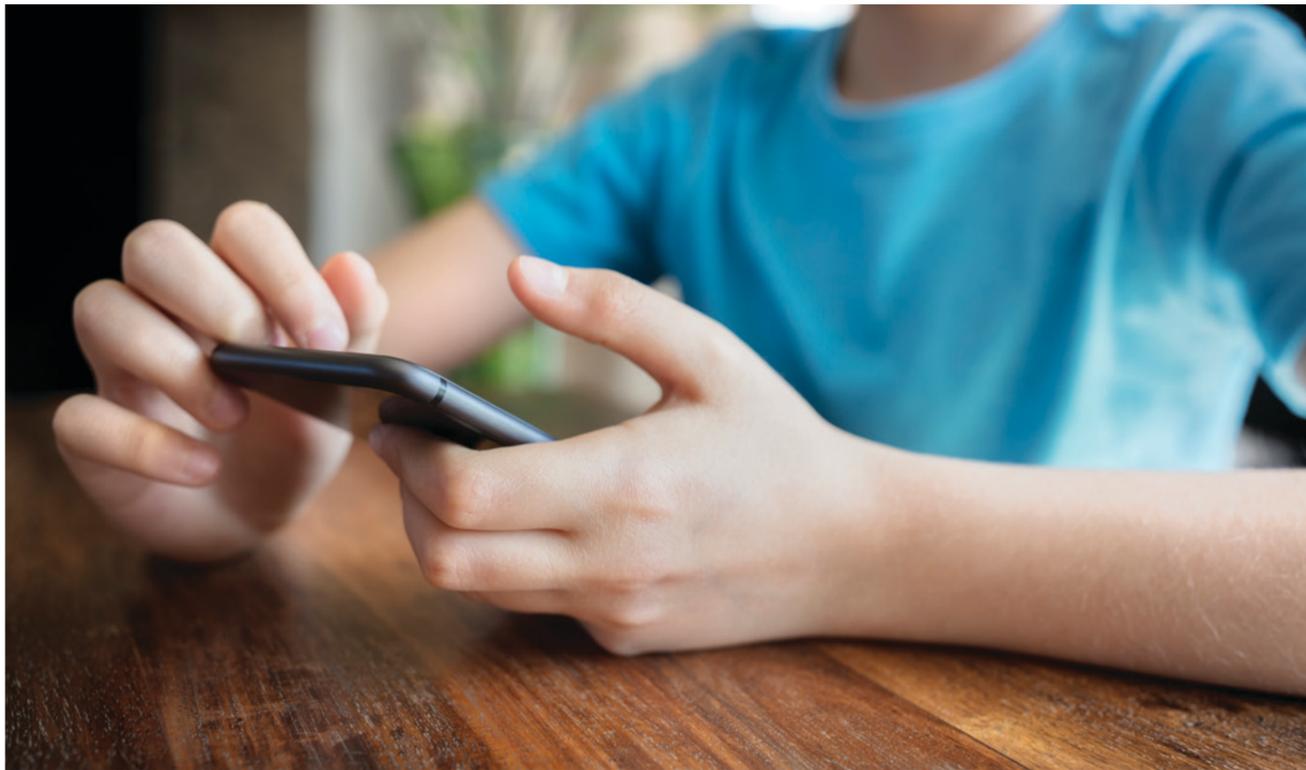
Vollzugshilfe für den Landkreis

Im April 2020 unterstützte die Polizeiinspektion Hildesheim den Landkreis Hildesheim im Rahmen der Vollzugshilfe. Zuvor waren vier Bewohner einer Asylunterkunft durch das Gesundheitsamt als Kontaktpersonen einer mit Covid-19 infizierten Person unter Quarantäne gestellt worden. Die Betroffenen verstießen jedoch – auch nachdem Gespräche mit den Beteiligten geführt und Strafanzeigen gestellt worden sind – mehrfach gegen die Quarantänebestimmungen. Letztendlich erwirkte der Landkreis beim Amtsgericht Hildesheim einen Beschluss, der beinhaltete, dass die Personen in eine geschlossene Unterkunft verlegt werden sollten, in der die Quarantäne überwacht werden sollte. Der richterliche Beschluss wurde am 25. April 2020 von der Polizeiinspektion Hildesheim umgesetzt. Die Betroffenen wurden in die zur Rede stehenden Unterkunft gebracht.



Prävention in der Direktion

Wir informieren und beraten



Mediensicherheit von Kindern

Umgang mit dem Netz und den Sozialen Medien im Mittelpunkt

Digitale Medien haben einen festen Platz im Alltag von Jugendlichen. Sie chatten mit Freunden, recherchieren für die Schule und spielen online. Viele Informationen werden unter Jugendlichen nur noch per Smartphone weitergegeben. Kindern den sicheren Umgang mit sozialen Medien zu vermitteln, ist seit Jahren Schwerpunkt der polizeilichen Prävention in der Polizeidirektion Göttingen.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK) entwickelt dafür gemeinsam mit externen Fachleuten Medien und Kampagnen, die durch die Dienststellen mit polizeilichem Wissen ergänzt werden. Dabei beschränkt sich ProPK nicht mehr allein auf Printmedien und den eigenen Internetauftritt, sondern entwickelt Apps und ist mit einem eigenen Kanal auf Facebook,



Instagram und Twitter vertreten. Speziell für Kinder und Jugendliche wurde die Seite „Polizei für dich“ entwickelt. Dort werden zielgruppengerecht Informationen zu allen Themen bereitgestellt und Hilfen angeboten. Neben Fakten zu Straftatbeständen und Phänomenen nimmt die Aufklärung zur Kriminalität und zum Opfer-

werden im Internet mittels Smartphone und in sozialen Netzwerken einen großen Teil des Angebots ein. Damit bekommen Kinder und Jugendliche auch außerhalb von Schule die Möglichkeit,

sich in Ruhe darüber klar zu werden, wie sie sich im Netz bewegen, welche Daten sie dort von sich selbst freigeben und welches Verhalten strafbar ist. Bestenfalls wird „Polizei für dich“ als Vorbereitung für Präsenzveranstaltungen genutzt, in denen die örtliche Polizei anhand realer Beispiele dazu beitragen kann, Verhaltensänderungen herbeizuführen. Aktuell stehen Themen wie Cybermobbing, Hate Speech, Recht am eigenen Bild, Abofallen und Spielsucht im besonderen Fokus. 2020 hat die Corona-Pandemie den Medienkonsum zumindest während der zwei Lockdown-Phasen deutlich erhöht. Kinder und Jugendliche wurden einerseits online unterrichtet – soweit die digitale Schullandschaft dies ermöglichte – wollten aber gleichzeitig eine Vielzahl sozialer Kontakte aufrechterhalten und sich virtuell mit ihren gewohnten Communities verbinden. Ihr Freizeitverhalten

verlagerte sich zunehmend in den virtuellen Raum, da Sport und Geselligkeit in ihren sozialen Gruppen außerhalb der Wohnung untersagt wurden.

Konflikte im Netz

Unabhängig von Altersgruppen werden Konflikte im Netz ausgetragen. Beleidigungen werden schnell adressiert und noch schneller verbreitet. Peinliche, intime oder rassistische Bilder können aus dem Netz nicht entfernt werden, selbst wenn die schnelle Einsicht zum falschen oder sogar strafbaren Verhalten einkehrt. In die Rolle des Opfers versetzt sich niemand.

Die Präventionsteams, insbesondere die Beauftragten für Jugendsachen (BfJ), verdeutlichen die Konsequenzen dieses leichtfertigen Verhaltens in Schulveranstaltungen. Zielgruppen sind neben Schülerinnen und Schülern auch Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Eltern. Hier gilt es, neben Informationen auf Zivilcourage im Netz hinzuweisen und eine soziale Kontrolle einzufordern.

Während sich die Prävention bei jüngeren Kindern auf den sicheren Umgang mit dem Internet konzentriert und einen gesunden Verhaltenskodex vermittelt, bewegt sich die Aufklärung von Jugendlichen zunehmend in den Themen Gewaltverherrlichung, Verbreitung von Sexbildern und -videos sowie von demokratiefeindlichen Botschaften. Die Polizei ermittelt nicht selten bereits gegen Schülerinnen und Schüler wegen des strafbaren Verbreitens von Kinder- oder Jugendpornografie oder wegen des Verdachts von politisch motivierter Hetze im Netz.

Um die Zusammenarbeit mit Schulen unter anderem auch im Bereich der Mediensicherheit noch weiter zu verstetigen, haben die Leitungen der Polizeidirektion Göttingen und der Regionalstandorte Braunschweig und Hannover der Niedersächsischen Landesschulbehörde im Juni 2020 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.



Kooperation erhält vertragliche Grundlage

Was seit vielen Jahren bereits erfolgreich praktiziert wird, hat im Juni 2020 eine vertragliche Grundlage erhalten: Die gemeinsame Präventionsarbeit von Schulen und Polizei wurde mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Landesschulbehörde festgeschrieben. Unterzeichner der Vereinbarung waren Uwe Lührig, Präsident der Polizeidirektion Göttingen, sowie Torsten Glaser und Mathias Mirowski, Regionalabteilungsleiter der

Landesschulbehörde an den Standorten Hannover und Braunschweig. Der Schulterschluss zwischen Polizei und Schulen ermöglicht eine engere Abstimmung und Planung von Projekten und Veranstaltungen. „Die abgestimmte Zusammenarbeit ist ein wichtiger Baustein für das Gelingen nachhaltiger Präventionsarbeit“, betont Polizeipräsident Uwe Lührig. „Wir stellen unser Expertenwissen zur Verfügung und verstehen unseren polizeilichen Auftrag darüber hinaus auch darin, durch Präsenz für Schulseitige, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler ansprechbar zu sein“, so Uwe Lührig.

Prävention in der Corona-Pandemie

Puppenbühne bringt aktuelles Stück in digitale Form

Die Präventionspuppenbühne (PPB) der Polizeidirektion Göttingen ist an den Standorten Göttingen und Hildesheim vertreten. Im direktionsweiten Einsatz vermittelt sie polizeiliche Präventionsbotschaften mit der Methode des Puppenspiels. Schwerpunktthema – neben Gewalt- und Verkehrsunfallprävention – ist die Mediensicherheit.

Zu diesem Zweck wurde 2017 das Stück „Fit und fair im Netz: Auf dich kommt es an!“ für Kinder des 4. Grundschuljahrgangs an den Start gebracht und wird seitdem mit sehr großem Erfolg in Schulen gespielt.

Ziel des Projektes ist es, dass Kinder verantwortungsvoll und kritisch mit digitalen Medien umgehen. Sie werden auf mögliche Gefahren im Internet aufmerksam gemacht und es werden Verhaltensregeln und Handlungsmöglichkeiten mit ihnen erarbeitet.

Die zugrundeliegende Geschichte besteht aus vier mit Handpuppen gespielten Szenen, die moderiert und mit den Kindern besprochen werden.

Das Hauptthema ist Cybermobbing: Was ist Cybermobbing? Wie kommt es zu Mobbing-Situationen? Wie fühlen sich Opfer? Wie verhalten sich die Täter? Welche Rolle können die Zeugen spielen? Wie hole ich Hilfe? Wann informiere ich Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und/oder Polizei? Darüber hinaus werden Themen wie Informationsvielfalt, Passwortschutz, Datensicherheit und Fairness im Chat angesprochen. Das Jahr 2020 war auch für die Puppenbühne geprägt von der Corona-Pandemie. Im Zuge von Schulschließungen und/oder eingeschränktem Unterrichtsgeschehen mussten Termine in Schulen abgesagt werden. Daraus entstand bereits im März die Idee, wie Kinder in digitaler Form mit polizeilicher Prävention erreicht werden können.

Videospots aus dem Home-Office

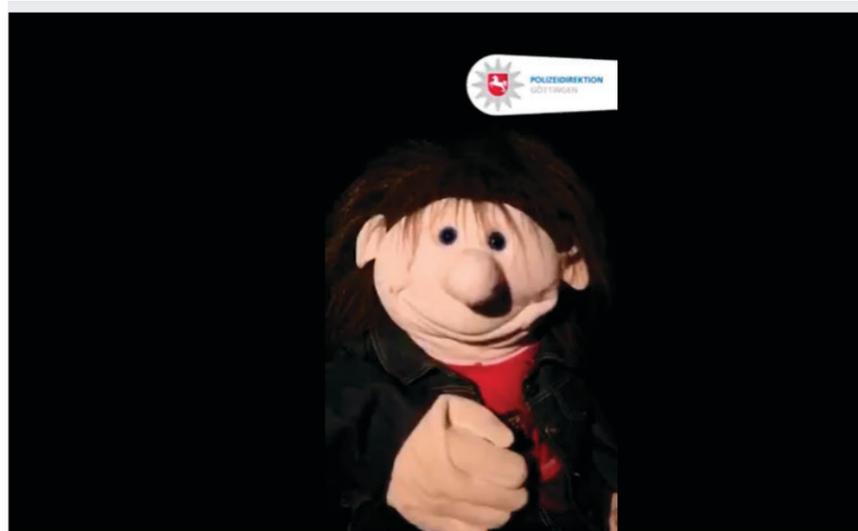
Infolgedessen drehten Mitglieder der Puppenbühne im Home-Office Videospots mit Puppen, die Themen der Gewaltprävention und der Mediensicherheit zum Inhalt hatten. Veröffentlicht wurden diese Kurzfilme unter anderem über die Facebook-Seite der Polizei Göttingen. Die Puppenbühne gehörte damit zu den Vorreitern solcher digitalen Präsenz von polizeilichen Puppenbühnen während der Corona-Krise.

Ebenso wurde das Medienstück mithilfe einer Power Point Präsentation in digitale Form gebracht, die sowohl das Puppenspiel als auch Illustrationen zur Moderation enthält. Diese wurde bereits im Bereich der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg an Schulen präsentiert und fand sehr großen Anklang.

Livestream in die Schulen

Es ist geplant, zu Zeiten, in denen Schulen nicht persönlich bereist werden können, die Power Point Präsentation via Livestream mit direkter Moderation an die Schulen zu schalten. Sobald die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, kann das Projekt realisiert werden. Präsenzveranstaltungen sind allerdings in jedem Fall vorzuziehen, weil sowohl das Puppenspiel wie auch die Interaktion zwischen der Puppenbühne und den Kindern durch persönliche Begegnungen und Besuche am effektivsten ist.

Eine solche alte Methode wie das Puppenspiel hat auch heute noch eine ungebrochene besondere Wirkung auf das Publikum und wird sicherlich auch in Zukunft ein sehr gutes Mittel sein, um Präventionsbotschaften der Polizei nachhaltig in die Gesellschaft zu tragen.



Moderne Technik

Wir nutzen sie



Schutzausstattung und moderne Technik

Corona-Pandemie stellt Polizei vor logistische Herausforderungen

Die fortschreitende Digitalisierung und dynamische technische Entwicklung stellt die Polizei beispielsweise durch die Bearbeitung neuer Kriminalitätsfelder vor immer wieder neue Herausforderungen. Zeitgleich werden dadurch aber auch neue Möglichkeiten eröffnet, den technologischen Fortschritt im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung und polizeilichen Einsatzbewältigung zu nutzen.

Die vielschichtigen Aufgaben der Polizei erfordern dabei eine moderne und zukunftsorientierte Grundausstattung, die als Handwerkszeug für die tägliche Aufgabenerledigung dient. Neben Innovationen im IT-Bereich stand im Jahr 2020 bei der Polizei Niedersachsen schwerpunktmäßig die persönliche Schutzausstattung der Mitarbeitenden

sowie die ökologische Erneuerung des Fuhrparks im besonderen Fokus. Daneben hat im vergangenen Jahr vor allem die Corona-Pandemie in der logistischen Abwicklung im Führungs- und Einsatzmittelbereich die Polizeidirektion Göttingen vor neue Herausforderungen gestellt.

Sichere mobile Kommunikation

Bereits seit dem Jahr 2016 werden bei der Polizei Niedersachsen Tablets und Smartphones mit einem speziell gesicherten Betriebssystem eingesetzt, womit die Nutzerinnen und Nutzer von unterwegs auf die polizeilichen Abfrage- und Auskunftssysteme, das Vorgangsbearbeitungsprogramm sowie auf weitere polizeiliche Anwendungen zugreifen können. Dadurch ist es möglich, die Aufgabenerledigung am

Einsatzort flexibler und effizienter zu gestalten. So können beispielsweise Halterdaten beim Kraftfahrtbundesamt abgefragt oder auch Vorgänge vor Ort ersterfasst werden, sodass eine erneute Dateneingabe im Nachhinein auf der Wache entfällt und die Vorgänge lediglich endbearbeitet werden müssen.

Die Polizei Niedersachsen verfügt bereits über eine Vielzahl von polizeilichen Apps und Anwendungen, die auch zukünftig weiterentwickelt und ergänzt werden. Im Jahr 2021 sollen die dienstlichen Smartphones und Tablets durch neue leistungsstarke Modelle ersetzt werden. Darüber hinaus soll der Gesamtbestand, aufgrund der guten Erfahrungen, weiter erhöht werden, so dass zukünftig mindestens jede Funkstreifenwagenbesatzung innerhalb der Polizeidirektion Göttingen über solch

ein mobiles Kommunikationsmittel im Einsatzdienst verfügt.

Beschaffung neuer Dienstfahrzeuge

Das Land Niedersachsen investierte weiterhin im Jahr 2020 kräftig in die Fahrzeugflotte der Polizei. Vor allem im Rahmen eines Konjunkturpakets, das durch die niedersächsische Landesregierung zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie beschlossen wurde, werden die Dienstfahrzeuge in der gesamten niedersächsischen Landespolizei merklich verjüngt.

Die Beschaffung neuer, moderner sowie ökologischer Einsatzfahrzeuge in der Polizeidirektion Göttingen ist ein Beitrag zur weiteren professionellen Aufgabenerledigung der Polizei im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Bei der Erneuerung des Fuhrparks ist vor allem die Erhöhung des Anteils an Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten handlungsleitend. Zum einen soll damit dem Umweltschutzgedanken Rechnung getragen werden, zum anderen sollen mittel- und langfristig durch eine konsequente Verjüngung der Fahrzeugflotte Einsparungen im Hinblick auf die Gesamtausgaben erwirtschaftet werden. Diesbezüglich werden sowohl hybride, als auch rein elektrische Fahrzeuge eingesetzt. Ne-



ben der Fahrzeugbeschaffung wird hierbei zwingend auch die Errichtung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur an den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen berücksichtigt. Bei einer größeren Anzahl von Ladepunkten an einem Standort wird zwingend ein intelligentes Lademanagement benötigt, um Lastspitzen zu vermeiden. Lösungsmöglichkeiten zu dieser Thematik werden ganzheitlich auf Landesebene erar-

beitet. In der gesamten Polizeidirektion Göttingen sind derzeit 34 Hybridfahrzeuge und zehn rein elektrische Fahrzeuge im Einsatz. Bei einer Flotte von 547 Fahrzeugen stellt dies zwar erst einen Anteil von rund acht Prozent dar, dieser soll aber in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Mit der Beschaffung von weiteren 37 hybriden bzw. rein elektrischen Fahrzeugen im Jahr 2021 wächst der Bestand auf 81 oder 14,8 Prozent. Durch Mittel aus dem allgemeinen Haushalt sowie dem zentralen Konjunkturpaket wurden im Jahr 2020 insgesamt 92 Beschaffungsmöglichkeiten für polizeiliche Fahrzeuge in den unterschiedlichsten Ausführungen geschaffen.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben haben die 547 Dienstfahrzeuge der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020 eine Strecke von rund 9,7 Millionen Kilometern zurückgelegt. Damit könnte man ungefähr 242 Mal die Welt umrunden.





**DEALER HOCHGENOMMEN,
ENTENFAMILIE GERETTET.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2020 hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die vielfältige Arbeit unserer Polizeidirektion mit all ihren Dienststellen in einem ganz besonderen Jahr gewährt. Wir haben einerseits Resümee gezogen, andererseits aber auch einen Ausblick in die Zukunft gewagt.

Trotz der besonderen Umstände der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Herausforderungen in der polizeilichen Arbeit auf allen Ebenen, ist es uns auch im vergangenen Jahr gelungen, das Niveau in der Aufklärung von Straftaten zu halten und sogar noch zu steigern – und zwar auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen. Dieser Erfolg ist dem Engagement und dem umfangreichen Fachwissen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Behörde zu verdanken. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Neben der Bewältigung unserer Kernaufgaben in einem neuen Alltag haben wir aber auch auf neue Entwicklungen und Phänomene reagiert, beispielsweise im Bereich der Internetkriminalität. Parallel dazu wurde die Digitalisierung in unserer Polizeibehörde mit großen Schritten vorangetrieben. Das Tempo ist sicherlich auch aus der Notwendigkeit heraus entstanden, in der Pandemie in allen Bereichen arbeitsfähig zu bleiben. Nichts desto trotz werden wir diesen Schwung auch künftig nutzen. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung kommt auch der Nachwuchsgewinnung eine entscheidende Bedeutung zu, nicht nur mit Blick auf den demografischen Wandel: Um mit den Neuerungen in diesem sich schnell entwickelnden Zeitalter Schritt halten zu können, benötigen wir Personal, das



mit der Digitalisierung des Lebens groß geworden ist – den Digital Natives. Sie für den Polizeiberuf zu begeistern, ihn transparent zu machen und seine Vorzüge zu präsentieren, ist eines unserer zentralen Anliegen. Der Polizeinachwuchs wird es nämlich sein, der künftig mit neuen Formen der Kriminalitätsbekämpfung neuen Kriminalitätsphänomenen, insbesondere unter Zuhilfenahme des Internets, begegnen wird.

Ein weiterer wichtiger Baustein einer erfolgreichen polizeilichen Arbeit werden in Zukunft zudem Kooperationen sein. War es im Jahr 2019 die Hochschule Mittweida, mit der wir unter anderem im Bereich der angewandten Computer- und Biowissenschaften eine Zusammenarbeit vereinbart haben, stand in diesem Jahr der Verein G4C im Mittelpunkt, der gegen Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen im Cy-

berraum vorgeht und nun ebenfalls zu den Kooperationspartnern der Polizeidirektion Göttingen gehört. Aber auch die bereits seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen bestehenden Partnerschaften sind nach wie vor entscheidend für unseren Erfolg – wir werden deshalb auch in Zukunft an ihnen festhalten.

Ich bin zuversichtlich, dass wir vor diesem Hintergrund und der positiven Entwicklung in vielen Bereichen für die Zukunft gut aufgestellt sind und möchte Ihnen versichern, dass Sie sich in allen Fragen der Sicherheit stets voll und ganz auf Ihre Polizei verlassen können.

Gwendolin von der Osten
Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen

Impressionen aus dem Jahr 2020



Impressum

Herausgeber
Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Layout
Dezernat 01
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis
Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheber/innen

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Freepik (www.freepik.de)
- Pixabay (www.pixabay.com),
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Polizeidirektion Göttingen sowie
- nachgeordneten Polizeiinspektionen freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck
Klartext GmbH, Göttingen

Die Polizeidirektion Göttingen in den Sozialen Medien



Polizei Göttingen
Polizei Weserbergland



@Polizei_GOE	@Polizei_NBG	@Polizei_NOM
@Polizei_HM	@Polizei_STH	@Polizei_OHA
@Polizei_HOL	@Polizei_BBG	@Polizei_RI
@Polizei_HI	@PolizeiBadN	



PI Göttingen
Katharina Lohrengel
polizei.goettingen.kl

PD Göttingen
Sven Seidel
polizei.goettingen.cs

PI Northeim
Sabrina Torke
polizei.northeim.st

PI Hameln
Carsten Minasch
polizei.hameln.cm

Interessante Links

⇒ **Fahndung:**
www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung
www.polizei-nds.de/Fahndung

⇒ **Prävention:**
www.polizei-praevention.de
www.polizei-beratung.de

⇒ **Online-Wache:**
www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de
Wählen Sie im Notfall die 110!



Zuverlässigkeit

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN